

125. Sitzung

Mittwoch, den 17. Januar 2001

Mainz, Deutschhaus

AKTUELLE STUNDE

„Konsequenzen aus der BSE-Krise für Rheinland-Pfalz“ 9375
 auf Antrag der Fraktion der CDU
 - Drucksache 13/6693 -

Zu dem Thema findet eine Aussprache gemäß § 98 der Geschäftsordnung des Landtags statt.

Regierungserklärung 9402

„Verkehr in Rheinland-Pfalz - auf gutem Weg in die Zukunft“

Die Regierungserklärung wird von Staatsminister Bauckhage abgegeben.

Daran schließt sich eine Aussprache an.

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „DIZ“ 9426
 Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 - Drucksache 13/6722 -

Der Antrag - Drucksache 13/6722 - tritt an die Stelle des Antrags der Abgeordneten Christoph Böhr, Franz Josef Bischel, Dr. Adolf Weiland und 29 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6690 -, des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6691 - und des Antrags der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/6702 -.

Der Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 9436
 - Drucksache 13/6722 - wird einstimmig angenommen.

Jeweils einstimmig werden Abgeordneter Herbert Schneiders zum Vorsitzenden und Abgeordneter Carsten Pörksen zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt. 9436

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Hans-Artur Bauckhage, Florian Gerster, Frau Dr. Rose Götte, Frau Klaudia Martini, Herbert Mertin, Gernot Mittler, Professor Dr. Jürgen Zöllner, Walter Zuber; Staatssekretär Rüter.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Karl August Geimer, Ute Granold und Margot Nienkämper.

Rednerverzeichnis:

Präsident Grimm	9375, 9376, 9378, 9379, 9381, 9385, 9387, 9388, 9389, 9391, 9392, 9393, 9395, 9396, 9400, 9401, 9402
Vizepräsident Schuler	9409, 9412, 9414, 9416, 9419, 9420, 9421, 9422, 9423, 9424, 9425, 9426, 9427, 9430, 9433, 9434, 9435, 9436
Augustin (F.D.P.)	9390
Billen (CDU)	9391, 9400
Bischel (CDU)	9435
Bracht (CDU)	9409
Bruch (SPD)	9435
Elsner (SPD)	9387
Gölter, Dr. (CDU)	9423
Hatzmann (F.D.P.)	9395, 9401
Heinz (F.D.P.)	9419
Jahns (SPD)	9392
Kiltz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9378, 9393, 9401, 9414
Kuhn (F.D.P.)	9379, 9433
Lelle (CDU)	9425
Licht (CDU)	9385
Mertes (SPD)	9427
Nagel (SPD)	9376
Schmitt, D. (CDU)	9375
Schwarz (SPD)	9412, 9425
Thomas (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9388, 9421, 9430
Weiland, Dr. (CDU)	9426, 9434
Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	9396, 9402, 9422, 9424
Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten	9381

125. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 17. Januar 2001

Die Sitzung wird um 14.00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Grimm:

Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie ganz herzlich zur 125. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz.

Zu Schriftführern berufe ich die Abgeordneten Angela Schneider-Forst und Hendrik Hering. Herr Hering führt die Rednerliste.

Entschuldigt sind für heute die Abgeordneten Karl August Geimer, Ute Granold und Margot Nienkämper.

Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Gibt es Bemerkungen dazu? - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich die ausgedruckte Tagesordnung so feststellen.

Ich rufe Punkt 2 der Tagesordnung auf:

AKTUELLE STUNDE

„Konsequenzen aus der BSE-Krise für Rheinland-Pfalz“
auf Antrag der Fraktion der CDU
- Drucksache 13/6693 -

Für die antragstellende Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dieter Schmitt das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir führen heute die zweite Debatte. Sicherlich wird die BSE-Krise unter Umständen eine Dimension erreichen, die wir heute noch nicht beurteilen können. Sehr wahrscheinlich wird erst dann wieder mehr Sicherheit einkehren, wenn wir am lebenden Tier eine zuverlässige Probe entnehmen können. Bis zu diesem Tag - das ist keine Frage - wird die Verunsicherung und Irritation groß sein. Sie hat eine Dimension angenommen, die all das übertrifft, was ich bisher erwartet habe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Unkenntnis über die Übertragungswege ist groß. Das merkt man überall. Wir wissen, dass wir wenig wissen. Trotzdem sind keine Lösungen in Sicht, und es wird auch keinen Königsweg geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aber es wird Verantwortung geben, und auch die Politik hat eine Verantwortung. Es hilft nichts, in schwierigen Zeiten abzutauchen, Ver-

antwortung wegzudrücken und nicht mehr sichtbar zu sein. Das ist die Verantwortung der Politik.

(Beifall der CDU)

Die täglichen Hiobsbotschaften über neue BSE-Fälle sind uns allen bekannt. Seit der letzten Debatte im Plenum haben sich die Ereignisse überschlagen. Ich hätte eigentlich nicht geglaubt, dass es in den beiden Ministerien in Berlin derartig chaotisch zugeht, dass man dort über Wochen Informationen liegen ließ und nicht weitergab.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe schon immer gesagt, die beiden Ministerien sind schlecht besetzt. Aber ich glaube, kein Mensch wird Fischer und Funke eine Träne nachweinen. Sie waren eine Fehlbesetzung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das Problem löst sich nicht dadurch, dass zwei Minister entlassen werden. Das Problem bleibt genau dasselbe. Ich kritisiere zunächst gar nicht, dass man nun Fachleute an die Spitze dieser Ministerien setzt und dies auch noch als einen politischen Erfolg verkauft. Aber wenn das Gradmesser ist, dann ist die rheinland-pfälzische Landesregierung bestens besetzt.

(Beifall bei der CDU -
Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Mertes, SPD: Ja, ja, ja! -
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in diesem Sinne sollte dies nicht Schule machen. Wir sollten auch keine Schuldzuweisungen vornehmen. Ich hatte den Eindruck, dass durch die Berliner Politik versucht wurde, die Bauern als die Schuldigen darzustellen. Es geht vorrangig um Verbraucherschutz, und das ist das Gebot der Stunde und nichts anderes. Das hat mit der Frage des ökologischen Landbaus oder der konventionellen Landbewirtschaftung absolut nichts zu tun.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hätte BSE etwas damit zu tun, wäre ich der Erste, der sich für eine Kehrtwende aussprechen würde. Dann wären wir auf einem sicheren Wege. Aber jeder von uns weiß, dass dies nichts damit zu tun hat.

(Beifall der CDU -
Zurufe der Abg. Dr. Braun, Frau Thomas und
Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie sind ein Stoiber-Anhänger,
Herr Schmitt!)

- Es geht in diesem Fall nicht um Herrn Stoiber.

(Mertes, SPD: Das glaube ich Ihnen gern!)

Herr Ministerpräsident Stoiber hat als einer von wenigen Ministerpräsidenten konsequent gehandelt.

(Beifall der CDU -
Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zurufe von der CDU: So ist es!)

Herr Ministerpräsident, erklären Sie mir einmal, was Sie in letzter Zeit in Sachen „BSE“ getan haben.

(Beifall der CDU -
Böhr, CDU: Ja!)

In allen anderen Punkten gründen Sie runde und ovale Tische. Aber wenn es wirklich einmal ernst wird, wenn es in Rheinland-Pfalz einmal an den Nerv geht, haben Sie einen Lenkungsausschuss. Sie sind abgetaucht mit Ihren Ministern. Sie sind nicht mehr sichtbar. Das ist nicht die Führungsaufgabe einer Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Anhörung, die im Plenarsaal durchgeführt wurde, hat eindeutig gezeigt, dass der CDU-Antrag in allen Punkten übereinstimmend angenommen wurde. Dort wurde gesagt, die Landesregierung muss tätig werden.

Herr Ministerpräsident, wenn in drei oder vier Ministerien Zuständigkeiten liegen, frage ich Sie: Welche Antworten geben Sie heute? - Vielleicht können Sie die Fragen später beantworten.

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU -
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Antwort gibt diese Landesregierung den betroffenen Bauern derjenigen Betriebe, in denen sich ein Tier mit Verdacht auf BSE befindet? - Diese Landesregierung ist nicht auf den ersten Fall vorbereitet. Sie hatten genügend Zeit, dies zu tun.

(Beifall der CDU -
Zurufe der Abg. Pörksen
und Mertes, SPD)

Gehen Sie den Weg, den Bayern gegangen ist, oder sind Sie für eine generelle Keulung?

(Ministerpräsident Beck:
Unglaublich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme nun zu meiner zweiten Frage. Geben Sie nachher eine Antwort darauf.

(Ministerpräsident Beck: Ich gebe Antworten, wenn ich will und nicht, wenn Sie herumblöken!)

Was sagen Sie heute einem Metzgerei- oder Schlachtbetrieb, in dem ein BSE-Fall auftritt und der Besitzer nicht weiß, ob sein Betrieb geschlossen wird oder er auch weiterhin produzieren darf? Was sagen Sie diesem Betriebsinhaber?

(Glocke des Präsidenten)

Wie ist es mit der Kostenübernahme der Schnelltests und anderer Maßnahmen? - Jedes andere Land hat verbindlich entschieden.

Wie gehen wir schließlich mit der Frage der 400 000 Tiere um? Welche Antworten geben wir aus ethischer Sicht, aber auch aus der Sicht der Betroffenen? - Es geht letztlich darum: Schaffen wir es, dem Verbraucher - dieser ist für mich der Gradmesser - halbwegs zuverlässige Daten, Fakten und Informationen zu geben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu ist die Landesregierung aufgerufen. Ich wäre dankbar, wenn dies erfolgen könnte. Sie haben nachher die Chance. Sagen Sie etwas zur Klarheit, damit in Rheinland-Pfalz jeder weiß, dort handelt die Landesregierung. Man ist nicht nur für das verantwortlich, was man tut, sondern auch für das, was man nicht tut. In Fragen BSE haben Sie eine ganze Menge nicht getan.

Präsident Grimm:

Herr Kollege, Sie haben 30 Sekunden überzogen. 30 Sekunden! - Das ist nicht gewaltig, aber immerhin.

Abg. Schmitt, CDU:

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Nagel das Wort.

Abg. Nagel, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man nach nahezu 26 Parlamentsjahren heute wahrscheinlich zum letzten Mal an dieses Rednerpult tritt, hätte man sich eigent-

lich ein schöneres Thema als das Thema „BSE“ gewünscht. Aber in der Politik ist es wie manchmal auch im Leben: Man kann sich die Dinge nicht immer aussuchen.

Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn ich diese Thematik etwas grundsätzlicher angehe, als dies der Kollege Schmitt getan hat. Herr Kollege Schmitt, ich denke, dieses Thema ist nur zu bewältigen, wenn man es mit Seriosität angeht, um wieder Glaubwürdigkeit zu erreichen,

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

und nicht mit tagespolitischer Kleinerbsenzählerei, wie Sie dies getan haben. Sie reden davon, keine Schuldzuweisungen machen zu wollen. Aber was tun Sie von diesem Pult aus?
- Sie machen eine Schuldzuweisung nach der anderen.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -

Schmitt, CDU: Ich habe
Fragen gestellt!)

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Thema ganz nüchtern und selbstkritisch angehen, müssen wir feststellen, dass wir es mit einem Symptom von vielen anderen Symptomen der letzten Monate und Jahre zu tun haben. Ich nenne nur Stichworte: Problematik Antibiotika, PCB-haltige Milch, dioxinbelastetes Mastgeflügel, Salmonellen bei Geflügel. Das alles sind für mich Symptome. Ein Symptom mehr ist BSE, das zeigt, dass sich Natur nicht vergewaltigen lässt, dass perversiertes Handeln des Menschen mit und in der Natur seine Folgen hat,

(Beifall bei der SPD)

Folgen unserer Lebensweise und Folgen, die wir nur noch schwer oder gar nicht mehr in den Griff bekommen.

Meine Damen und Herren, es wird immer offenkundiger, wo von ich auch fest überzeugt bin, dass mit dem Symptom „BSE“ möglicherweise jener letzte Tropfen erreicht ist, der das Maß voll macht.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass wir nach Überwindung dieser Krise, deren volkswirtschaftliche Schäden wir überhaupt noch nicht quantifizieren können, einfach wieder zur Tagesordnung übergehen. Ich denke, die Verbraucherinnen und Verbraucher sind inzwischen so sensibilisiert, dass sie nicht mehr blind ins Warenregal greifen, sondern mehr denn je etwas über Herkunft, Produktion und Zusammensetzung ihrer Lebensmittel wissen wollen.

Ich denke, auch die Landwirte sind nicht länger bereit, einfach hinzunehmen, dass sie Leidtragende dieses Systems sind.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich denke ich, auch die Medien sind inzwischen so sensibilisiert, dass sie keine Gelegenheit auslassen werden, über diese Problematik insgesamt zu berichten. Das Wichtigste in diesem Augenblick ist nicht in erster Linie das, was wir tun müssen, sondern das, was wir auf gar keinen Fall tun sollten, nämlich erstens gegenseitige Schuldzuweisungen und zweitens blinder Aktionismus, der etwas suggeriert, was gar nicht gegeben ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe drittens an die Medien die Bitte, dass nicht Hysterie nach dem Motto „je mehr Rinderblut in der Überschrift steht, je höher die Auflage oder gar die Einschaltquote“ verbreitet wird.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Apropos Rinderblut. Wenn ich eingangs von Perversion gesprochen habe, dann teile ich die Auffassung von Frau Ministerin Mertini, --

(Zurufe von der CDU: Martini!)

- Habe ich etwas Falsches gesagt?

(Mertes, SPD: Naja, in deinem Alter!)

-- dass die Abschlachtung von 400 000 Rindern nur zum Zwecke der Marktentlastung für mich Perversion menschlichen Denkens ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Vernichtung von pflanzlichen Lebensmitteln aus Gründen der Preisstabilität ist schon verrückt genug, wenn andernorts auf diesem Globus Menschen verhungern. Aber das massenhafte Töten von Tieren allein aus Gründen der Marktregulierung hat für mich noch einmal eine andere Qualität.

Was wir jetzt brauchen, um diese Krise zu überwinden, sind erstens Nüchternheit, Besonnenheit und Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Produzenten und Verbrauchern gleichermaßen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich möchte noch zwei Sätze sagen.

Zweitens brauchen wir vertrauensbildende Maßnahmen, die nur darin bestehen können, dass wir eine gläserne Kette erstellen, die dem Verbraucher Auskunft über Herkunft, Produktion und Zusammensetzung der Lebensmittel gibt.

Drittens brauchen wir eine Intensivierung der Forschung, nicht nur um Krisen zu bewältigen, sondern vor allen Dingen auch, um Krisen vorzubeugen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Schließlich brauchen wir den Einsatz staatlicher Mittel verstärkt in Richtung naturnaher Produktion statt eine Agrarindustrie. Die rheinland-pfälzische Landwirtschaft ist eine andere als in anderen Ländern und innerhalb dieser Bundesrepublik oder innerhalb der EU. Ich bitte, das mit zu bedenken.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe, dass es mir der Präsident nachsieht, wenn ich an dieser Stelle die Geschäftsordnung strapaziere und mit einigen persönlichen Sätzen meine Redezeit überschreite.

Wenn man kurz davor steht, nach 26 Parlamentsjahren dieses Hauses zu verlassen, geschieht dies mit dem viel zitierten lachenden, aber auch weinenden Auge. Mit dem lachenden, weil man sich erhofft, mehr Zeit für die Dinge zu haben, für die man in der Vergangenheit nur wenig Zeit hatte. Aber ich scheide auch mit einem riesengroßen weinenden Auge aus. 26 Jahre Parlamentarier prägt und schafft menschliche Beziehungen und Verbindungen, die man nicht einfach ablegen kann und nicht ablegen will.

Ich verkneife es mir, eine Latte guter Ratschläge eines Altersfahrenden an die jungen Hasen und Häsinnen zu geben. Aber zwei Bemerkungen seien doch gestattet, die ich versucht habe, in den letzten Jahren zu verinnerlichen.

1. Wir sind nicht wirklich wichtig, auch wenn wir uns gelegentlich so darstellen.

(Beifall im Hause)

Dabei ist es unerheblich, ob der Abgeordnete X beim Neujahrsempfang der Gemeinde Y namentlich begrüßt wird oder nicht.

(Kramer, CDU: Das kann man nur sagen, wenn man dabei war! -

Heiterkeit im Hause)

- Mag sein, Herr Kollege Kramer. Ich gebe zu, in der Vergangenheit habe ich auch in dieser Frage schon opponiert:

(Mertes, SPD: Die Altersweisheit kommt eben erst im Alter!)

2. Seien wir behutsamer mit dem Bedrucken von Papier mit unseren geistigen Ergüssen,

(Vereinzelt Beifall bei CDU und F.D.P.)

nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus humanitären Gründen. Nicht jede Kleine Anfrage oder Pressemitteilung ist die Baumscheibe wert, aus der das Papier hergestellt wurde.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Zum Schluss möchte ich mich bei meiner Fraktion bedanken, die mich all diese Jahre ertragen hat, was allerdings gele-

gentlich auch reziproke Gültigkeit hatte. Bedanken möchte ich mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, insbesondere jenen, mit denen ich im Umweltbereich gearbeitet habe. Ich denke, wir sind trotz einiger Scharmützel in der Sache immer fair miteinander umgegangen und haben uns nie gegenseitig die Ernsthaftigkeit bestritten, etwas für die Umwelt tun zu wollen.

Menschlich habe ich mich immer bemüht, das Geschäft nach der Pfälzer Devise zu betreiben: „Mer soll Politik nit weiter treiwe, als dass man nit hinnerher noch e Vierte! Wein zusammen trinke kann.“

Dank auch für die vielfältigen Hilfen und Unterstützungen seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung, den Fraktionen, der Landesregierung und meiner Partei.

Ganz zum Schluss möchte ich ein Dank an dieses Haus sagen, ein Dank an diese Stadt, die mir zur zweiten Heimat wurde. Ich hoffe, dass ich oft Gelegenheit haben werde, sie zu besuchen.

Vielen Dank.

(Beifall im Hause)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, nach der bewegenden Rede des Herrn Kollegen Nagel wieder zum Thema zu kommen. Bevor ich dahin zurückgehe, kann ich Ihnen versichern, ich werde Sie vermissen, Ihr „Café Nagel“ an Fasching ganz besonders. Es tut mir sehr leid.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Thema. Herr Kollege Nagel, jetzt muss ich auch noch einmal inhaltlich auf Ihre Rede eingehen. Sie haben sich eben über die Krokodilstränen der Ministerin Frau Martini über die 400 000 Rinder in Deutschland und die 2 Millionen Rinder EU-weit ausgelassen, die nach Plänen der EU ungetestet geschlachtet und in den Müll geschmissen werden sollen. Frau Martini hat das als einen perversen Auswuchs der verfehlten EU-Agrarpolitik bewertet. Dem kann ich zustimmen. Aber ich frage Sie, Frau Martini, Sie sind doch eine Ministerin in Verantwortung in einem Landeskabinett und schauen seit Jahren zu, was Brüderle und Bauckhage mit dazu beitragen, damit diese Politik so ist, wie sie ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur sagen, dann können die Krokodilstränen noch so groß sein, sie können nicht darüber hinwegtäuschen, und Sie können damit auch ihre Verantwortung nicht abwaschen. Das ist so, dass Sie Verantwortung haben. Ich rede jetzt nicht von Schulduweisungen an Berufsgruppen, an Bauern, an das Schlachtergewerbe, an Verbraucher. Darüber haben wir bei der letzten Aktuellen Stunde lang und breit diskutiert. Ich rede über Versäumnisse oder nicht angenommene Verantwortung. Man muss sagen, die Landesregierung ist nicht vorbereitet gewesen, was auch nachvollziehbar ist. Sie hat lange gemeinsam mit vielen anderen an das Märchen geglaubt, dass Deutschland BSE-frei sei.

Das war zuletzt in der Ausschusssitzung des Umweltausschusses bei der Debatte um das Tierkörperbeseitigungsgesetz zu vernehmen, als Frau Martini vehement die EU-Kommission kritisiert hat, weil sie Deutschland als Risikoland eingestuft hat und Risikomaterial separat entsorgen wollte. Das wollten Sie partout nicht. Sie haben auch verkündet, Sie kämpfen gemeinsam mit anderen Bundesländern dafür, dass das nicht so kommt. Das heißt, Sie haben sehr, sehr lange sehr, sehr falsch in der Wahrnehmung und in der Abschätzung des Risikos gehandelt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Nächste geht an die Adresse von Herrn Bauckhage, der übrigens im Dezember untergetaucht ist. Er war nicht mehr zu hören. Er ist erst wieder aufgetaucht, als er zu kommentieren hatte, was Schröder in Bonn neu organisiert hat. Da kann man nur sagen, man kann sich über Stil streiten. Wenn ein Bäckermeister aus Rheinland-Pfalz meint, er müsse „Vorschusslorbeeren“ nach Berlin verteilen, die mit der beruflichen Herkunft einer Ministerin zu tun haben, dann kann ich nur sagen, das ist kein guter Stil und auch keine Art, mit dem ernsten Thema umzugehen, um das es hier geht, was viele Verbraucherinnen und Verbraucher bewegt und vor allem die Landwirtschaft und das Fleischerhandwerk in eine existentielle Krise bringt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde in der nächsten Runde noch einmal darauf eingehen. Wir sind sehr hoffnungsfroh, was aus Berlin kommt. Wir werden das noch einmal ansprechen.

Ich möchte jetzt noch einmal bei der Landesregierung bleiben. Herr Bauckhage und Frau Martini haben im Duett die Arie von der Sicherheit der deutschen Futtermittel, vom Tiermehl gesungen. Erst als Kanzler Schröder das Machtwort auf Vorschlag von Frau Ministerin Andrea Fischer gesprochen hat, das Tiermehl aus den Futtermitteln herauszunehmen, haben Sie endlich gemerkt, dass Sie mit dieser Haltung nicht weiterkommen und haben klein beigegeben. Sie haben in der Landesregierung bislang keinen Versuch unternommen, alternative Schlachtungsmethoden zu probieren, zu erforschen und testen zu lassen, die artgerecht wären und die verhindern könnten, dass man das Risikomaterial noch mehr im

Körper verstreut. Ich rede jetzt nur vom Bolzenschuss und von der Entfernung des Rückenmarks mit der Kreissäge.

Ein letztes Wort in dieser Runde noch zu den Futtermitteln. Herr Bauckhage - wo ist er denn? - hat, als der Dioxinskandal gerade ganz aktuell war, ganz vollständig verkündet, wir werden jetzt direkt reagieren, wir werden die Futtermittelkontrolle ganz massiv verstärken. Ich habe eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt. Herr Bauckhage hat geantwortet. Just in dem Jahr sind die Futtermittelkontrollen zurückgegangen.

(Glocke des Präsidenten)

Die Landesregierung war unvorbereitet auf diese Krise im Verbraucherschutz, auf diese Krise in der Lebensmittelsicherheit. Die Landesregierung ist gefordert, in ihren eigenen Reihen ganz schön etwas in Ordnung zu bringen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, ich darf Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler und Ihre Lehrer der 10. Klasse der Karl-Fries-Hauptschule Bendorf und Auszubildende und Mitarbeiter der Firma Schott Glas in Mainz. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Werner Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Kollege Nagel, zunächst einmal von dieser Stelle vielen Dank für die Jahre der Zusammenarbeit. Wir hatten uns bei einer Fahrt auf der Wieslauter vor ca. fünf Jahren kennen gelernt. Da saßen wir zum ersten Mal in einem Boot. Ich muss gestehen, ohne Sie hätte ich diese Fahrt mit Sicherheit nicht erfolgreich abschließen können.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zunächst einmal klarstellen, dass Verbraucherschutz für die F.D.P.-Fraktion absolute Priorität hat. Diesem müssen alle weiteren Interessen und Forderungen untergeordnet werden. Ein vorsorgender Gesundheits- und Verbraucherschutz muss für alle Beteiligten im Mittelpunkt stehen. Der Verbraucherschutz ist in Rheinland-Pfalz gut organisiert,

(Billen, CDU: Wo denn, Herr Kuhn? -
Weitere Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Kompetenzzuordnung ist klar und stimmig. Deshalb besteht auch kein Anlass, eine Änderung der Zuständigkeit ins Auge zu fassen.

(Beifall der F.D.P. -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wovon träumen Sie eigentlich nachts?)

Vor diesem Hintergrund lehnen wir die Forderung der grünen Landtagsfraktion nach einem neuen Ministeriums zuschnitt mit geänderten Zuständigkeiten nach Berliner Muster entschieden ab.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Zuschnitt eines für den Verbraucherschutz zusammengefassten Landwirtschaftsministeriums ist problematisch, weil damit der Bevölkerung, dem Verbraucher suggeriert wird oder suggeriert werden soll, dass die Landwirte letztendlich für ungesunde Nahrungsmittel verantwortlich sind.

(Billen, CDU: Da haben Sie Recht,
Herr Kuhn!)

Hiermit wird bewusst ein künstlicher Dissens ohne Anlass und ohne Not zwischen Verbrauchern und Landwirten suggeriert. Das ist die Botschaft, die von Ihnen ausgeht.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

Verbraucherschutz, der, wie ich schon betont habe, absolute Priorität haben muss, beschränkt sich aber nicht nur auf die Produktion von Nahrungsmitteln. Verbraucherschutz und -beratung ist, um Beispiele zu nennen, auch im Bereich der Baustoffe, Kinderspielzeug, Elektronikprodukten, bei Versicherungen und anderen Finanzdienstleistungen genauso notwendig. Wollen Sie diese Bereiche auch dem Verbraucherministerium zuordnen? Warum ausschließlich dieses eine Segment?

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

Die alleinige Zuordnung der Landwirtschaft zum Verbraucherschutz, wie dies auf Bundesebene vor einer Woche geschehen ist, bedeutet aber, dass man die Ursache des BSE-Problems bei den deutschen Landwirten sucht.

Wir haben in dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und F.D.P. klargemacht, unsere Bauern trifft an der BSE-Krise keine Schuld. Sie sind vielmehr Opfer derselben und sitzen mit den Verbrauchern in einem Boot.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei F.D.P. und CDU -
Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es ist das ureigenste Interesse der heimischen Bauern, gesunde Nahrungsmittel zu produzieren.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Auffassung der F.D.P.-Fraktion ist es sträflich, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als würden die Bauern quasi aus Profitgier die Konsumenten täuschen wollen. Das ist unerträglich.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD)

In diesem Zusammenhang wende ich mich auch entschieden gegen den undifferenzierten Gebrauch des Begriffs „Agrarlobby“, wenn er einseitig auf die Landwirte bezogen wird. Darunter kann man sehr viel mehr verstehen. Man kann da auch Kritik üben. Aber das zu reduzieren und „Agrarlobby“ zu sagen und die Bauern zu meinen, ist nicht in Ordnung.

Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, dass die gegenwärtige Situation doch dazu ausgenutzt wird, auf dem Rücken der Bauern ohne ausreichende Kenntnis der Lage eine ideologisch gefärbte Politik zu transportieren.

(Beifall der F.D.P. und vereinzelt
bei der SPD -
Billen, CDU: Das setzt sich im
Land Rheinland-Pfalz fort!)

Meine Damen und Herren, die GRÜNEN hängen an überholt archaischen Leitbildern einer heimischen Landwirtschaft,

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Weitere Zurufe von dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die einen überflüssigen Gegensatz zwischen ökologischem Landbau und der traditionellen Landwirtschaft provoziert.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

In diesem Zusammenhang appelliere ich an die Bauern im Land, sich nicht auseinander dividieren zu lassen. Sie werden es auch nicht tun. Es darf kein Keil zwischen die Bauern, die herkömmlich nach strengsten Auflagen der guten fachlichen Praxis produzieren, und diejenigen, die nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus wirtschaften, getrieben werden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da geht die Angst um bei der F.D.P. !)

Auch der ökologische Landbau in Rheinland-Pfalz wird im Rahmen des FUL-Programms anerkanntermaßen erfolgreich unterstützt.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, ich möchte abschließend bemerken, wir lassen in Rheinland-Pfalz in der gegenwärtigen Situation unsere Bauern nicht im Regen stehen. Wir werden das Bündnis zwischen Landwirten und Verbrauchern in Rheinland-Pfalz stärken. Nur so kann das notwendige Vertrauen der Menschen wieder gewonnen werden.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der SPD - Billen, CDU: Verbraucher stehen derart im Regen!)

Präsident Grimm:

Für die Landesregierung erteile ich Umweltministerin Frau Martini das Wort.

Frau Martini, Ministerin für Umwelt und Forsten:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Zitat: „Der Entschließungsantrag, den Rheinland-Pfalz eingebracht hat, unterscheidet sich von den bisher eingebrachten insofern, als er auf die Gefährdungspotenziale Bezug nimmt, die im britischen Tiermehl liegen. Es war immer unbestritten auf allen fachlichen, aber auch auf allen politischen Ebenen, dass die Gefährdungspotenziale aus der Verfütterung von kontaminiertem Tiermehl erwachsen sind.“ - 15. Dezember 1995 Bundesrat.

Zitat: „Nach wie vor liegen keine Erkenntnisse darüber vor, welche Mengen von Tiermehl, die aus dem Vereinigten Königreich verbracht wurden, heute noch in anderen Mitgliedsstaaten vorhanden sind. Wir wissen auch nicht, welche dieser Mengen heute noch an andere Tierarten verfüttert werden können. Es kann also immer noch nicht ausgeschlossen werden, dass BSE-kontaminierte Futtermittel innerhalb der Europäischen Union oder anderswo an andere Tierarten verfüttert werden.“

Zitat: „Meine Damen und Herren, ich fürchte, dass noch viele unschuldige Tiere getötet werden müssen, nur weil der Kreislauf des Tiermehls europaweit entgegen besserer Erkenntnis nicht entschlossen genug unterbrochen wurde. Meine Befürchtung ist, dass die grauen oder schwarzen Märkte für Tiermehl aus dem Vereinten Königreich in dem Umfang zunehmen werden, in dem aufgrund der Schlachtpläne im Vereinigten Königreich riesige Mengen von Tiermehl anfallen, die nicht nach den entsprechenden Standards hergestellt wurden.“ - 29. November 1996 Bundesrat, 706. Sitzung.

Meine Damen und Herren, dies sind Zitate von Reden gewesen, die ich gehalten habe. Das war der Fakt. Frau Kiltz, deswegen verstehe ich zwar Ihr Bemühen, jetzt nachträglich eine Geschichtsklitterung vorzunehmen,

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Das deutsche Tiermehl ist sicher“, auch Martini!)

Sie liegen aber hier völlig falsch, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P. - Zurufe der Abg. Frau Thomas und Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das waren und sind die Ursachen.

Meine Damen und Herren, um der Geschichte die Wahrheit zukommen zu lassen - ich gebe zu, das ist in aufgeregten Zeiten immer ein Stück schwieriger als in normalen Zeiten -, das ist damals nicht nur gesagt, sondern auch beantragt und versucht worden, auf politischer Ebene umzusetzen. Es war aber nicht oder nur unzulänglich möglich, weil die damalige Bundesregierung, Landwirtschaftsminister Borchert und Gesundheitsminister Seehofer, diesem Anliegen des Bundesrats nicht, und schon gar nicht rechtzeitig, nachgekommen sind, meine Damen und Herren.

(Dr. Schiffmann, SPD: Hört, hört! - Mertes, SPD: So war das!)

Das war dann auch der Grund dafür, weshalb in der Europäischen Kommission die Maßnahmen, die Mitte der 90er-Jahre notwendig gewesen wären, von denen wir wussten, dass sie ergriffen werden mussten, nämlich den Kreislauf des Bösen in Sachen Tiermehl zu stoppen, nicht mit dem entsprechenden Nachdruck umgesetzt wurden.

(Staatsminister Bauckhage:
Das ist der Punkt!)

Meine Damen und Herren, das ist die Tatsache. Da hilft es nicht, wenn Herr Fischler oder Herr Byrne heute so tun, als hätten wir in Deutschland geschlafen und nichts getan. Das ist die Wahrheit, wie ich sie Ihnen vorgetragen habe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wenn wir uns die Situation in Deutschland anschauen, die stark zu beklagen ist - wir müssen alles tun, um aus der jetzigen Situation heraus noch die Bremsen anzu ziehen, die wir heute anziehen können -, dann ist auch klar, dass bei den jetzt festgestellten positiven Verdachtsfällen bzw. bei den Positivtests in Deutschland die Rinder - jetzt mit dieser einen Ausnahme, aber in der Regel alle - in einer Zeit gefüttert wurden, die genau mit diesem Zeitpunkt zusammenhing, als die Europäische Kommission das Tiermehl aus Großbritannien nicht gestoppt hat, als die Kommission die Voraussetzungen für die Herstellung von Tiermehl mit dem Hochdrucksterilisationsverfahren nicht europaweit festgeschrieben hat.

Meine Damen und Herren, das sollten wir bei allem, das wir heute an Notwendigem zu tun haben, nicht vergessen. Wir sollten vor allen Dingen eines nicht tun, uns jetzt sozusagen gegenseitig irgendwelche Schuldzuweisungen zuzuordnen,

wo es doch die Situation nicht hergibt. Deswegen will ich auch auf die Angriffe der CDU einiges sagen.

Herr Schmitt, Sie haben heute so getan - Herr Schmitt, ich schätze Sie durchaus in Ihrer Sachlichkeit -, als hätten wir ---

(Schmitt, CDU: Ich habe Fragen gestellt!)

- Nein, nein. Sie haben nicht nur Fragen gestellt, Sie haben Behauptungen in den Raum gestellt. Diese Behauptungen treffen schlicht nicht zu. Sie müssten es eigentlich, da Sie durchaus ein beachtlicher Mensch in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft sind, auch wissen. Sie müssten nämlich wissen, dass nicht nur ein Krisenstab existiert. Sie müssten wissen, dass ein Lenkungsstab existiert. Sie müssten wissen, dass dieser Lenkungsstab umgehend einberufen wurde, als das erste positiv getestete Rind in Schleswig-Holstein auftauchte. Sie müssten wissen, dass in diesem Lenkungsstab selbstverständlich die Bauernverbände einbezogen sind.

(Mertes, SPD: So ist das! Alle sitzen sie dabei und schweigen!)

Sie müssten wissen, dass die Landwirtschaftskammer dabei ist. Sie müssten wissen, dass die Verbraucherschutzverbände dabei sind und und und. All das müssten Sie eigentlich wissen.

(Starker Beifall der SPD und der F.D.P. -
Hammer, SPD: Ich würde rausgehen und weinen, Herr Schmitt!)

Herr Schmitt, Sie müssten natürlich auch wissen, welcher Maßnahmenkatalog in Rheinland-Pfalz für den Fall existiert, dass. Wir alle hoffen, dass dieser Fall nicht eintritt, aber wir können es nicht ausschließen.

(Pörksen, SPD: Da muss man aber lesen! -
Nagel, SPD: Minutiös! Auf die Minute!)

Das müssten Sie wissen. Sie müssten auch wissen, dass dieser Maßnahmenkatalog ein Maßnahmenkatalog ist, wie er im Seuchenzentrum bzw. im Krisenstab auf Bundesebene verabredet wurde.

(Billen, CDU: Den kennen wir! Den lese ich euch dann einmal vor!)

Ich lese Ihnen das gern sehr ausführlich vor, auch auf die Gefahr hin, meine Redezeit zu überschreiten.

Bereits am Freitag im November, als ein erster BSE-Fall in Schleswig-Holstein festgestellt worden ist, am Tag darauf, am Samstag hat in Bonn ein Krisenstab getagt, in dem das rheinland-pfälzische Ministerium selbstverständlich vertreten war.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit wem denn?)

Wir haben über das Wochenende Maßnahmen erarbeitet. Am Montag nach diesem Freitag hat sich nicht nur die Verbrauchergemeinschaft, der runde Tisch „Verbraucherschutz“ getroffen, der von mir unabhängig von diesem Tatbestand schon vorher auf diesen Montag eingeladen war, sondern gleich im Anschluss danach ist der Lenkungsstab zusammengekommen. Am runden Tisch „Verbraucherschutz“ waren die Präsidenten der Bauernverbände und der Präsident der Landwirtschaftskammer mit dabei. Herr Blum und Herr Schartz saßen mit am Tisch neben denen, die aus der Metzgerinnung und der Verbrauchersseite in Rheinland-Pfalz stammen. Im daran anschließenden Lenkungsstab, der das formelle Krisenmanagement zu organisieren hat, waren nicht nur die beteiligten Ministerien der Landesregierung vertreten, sondern auch hier wieder selbstverständlich die Gremien und die Spitzenvertreter der Landwirtschaft neben vielen anderen auch.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es ein reines Politgetöse, wenn Sie den Eindruck erwecken, Rheinland-Pfalz oder gar die beiden Ministerien hätten sich nicht ordnungsgemäß vorbereitet und kein Szenario entworfen, wie im jetzigen Fall vorzugehen ist und im Fall, wenn wir einen positiven Verdachtsfall hätten.

Auch die Maßnahmen, die zu treffen sind, sind genau in dem jeweiligen Text festgelegt, nicht nur die Maßnahme, dass ein Schnelltest zu validieren ist, sozusagen abzuklären ist, auch die Frage, ob es sich um einen Verdacht oder tatsächlich um einen Krankheitsfall handelt, sondern auch alle anderen Maßnahmen, die die Krisenzentren betreffen. Es sind dann nämlich umgehend auch Krisenzentren bei den örtlich zuständigen Veterinärbehörden nicht nur in Gang zu setzen, sondern sie müssen ihre Arbeit aufnehmen. Das tun sie auch. Von dort aus sind auch die entsprechenden tierseuchenrechtlichen Maßnahmen zu treffen, von der Sperrung der Bestände bis zur Ermittlung der Herkunft des Bestands, des Lieferanten, des Viehhändlers, wie es mit den Tierkörpern weitergeht und und und bis hin zu minutiös vorgeschriebenen Abläufen, wie in den Schlachthöfen, in denen dieses Tier geschlachtet wurde, zu verfahren ist.

Ich will an dieser Stelle jetzt nicht alle Punkte im Einzelnen aufführen. Ich könnte das sehr wohl. Vielleicht sollten Sie sich auch einmal in Ihren Gremien erkundigen, wie wir das gemacht haben.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Gesamtlage muss ich sagen, dass wir dringend darauf angewiesen sind, über alle Berufsgruppierungen hinweg, die aus der BSE-Krise enorme Nachteile haben, aber natürlich auch zwischen und über die Parteien hinweg eine sinnvolle zukünftige und weitere Entwicklung der Verbrauchersicherheit und vor allen Dingen auch der Sicherheit der landwirtschaftlichen Betriebe zu erreichen, von der Futtermittelüberwachung angefangen. Auch hier war Rheinland-Pfalz mit Sicherheit Vorreiter, weil wir uns bereits 1995 auf die Suche nach britischem Tiermehl machten, ob irgendwo in den Beständen auf den Höfen noch

etwas vorzufinden war, ebenso bei der Verbraucherpartner-
schaft, die seit 1995 existiert und auch sehr vertrauensvoll im-
mer mit uns zusammengearbeitet hat, wofür ich auch herz-
lich danke.

Wir haben in Rheinland-Pfalz, auch was die Organisation an-
langt, mehr gemacht als in manchen anderen Bundesländern.
Es gibt seit 1. Januar 2000 - ich darf Sie daran erinnern - ein
neues Landesuntersuchungsamt in Koblenz. Dieses Landesun-
tersuchungsamt ist ein Amt für Verbraucherschutz; denn in
diesem Landesuntersuchungsamt arbeiten 500 kompetente
Fachleute in allen Bereichen, die mit Verbraucherschutz und
Veterinärwesen zu tun haben, eng und einvernehmlich zu-
sammen, von der Überwachung der Nahrungsmittel - Wurst
als Beispiel genannt - bis hin zu tierseuchenrechtlichen und
veterinärrechtlichen Maßnahmen. All dies ist bei uns in
Rheinland-Pfalz in dem Verbraucherschutzamt im Landesun-
tersuchungsamt in Koblenz gebündelt, meine Damen und
Herren. Wir haben nicht nur geredet, wir haben gehandelt.
Das funktioniert seit dem 1. Januar 2000 vortrefflich.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal darauf hin-
weisen - aber das ist im Grund genommen Eulen nach Athen
getragen -: Wir hätten die Situation in Deutschland und auch
in anderen europäischen Staaten erheblich positiv beeinflus-
sen können, wenn die Kommission und die frühere Bundesre-
gierung unseren Forderungen rechtzeitig nachgekommen
wäre, anstatt uns immer neue Knüppel zwischen die Beine zu
werfen.

(Beifall der SPD und vereinzelt
bei der F.D.P.)

Wir haben uns von dieser „bockigen“ Haltung der alten Bun-
desregierung gleichwohl nicht abhalten lassen. Wir haben
über die Jahre hinweg mit ausgefeilten Labortests
- Schnelltests waren zu diesem Zeitpunkt weder auf dem
Markt noch zugelassen; auch das muss man wissen - über
Tausende von Tieren untersucht, die Risikogruppen angehö-
ren; nicht nur Rinder, sondern auch Schafe und Ziegen. In all
diesen Ergebnissen konnten wir Gott sei Dank kein BSE nach-
weisen. Alle Tests waren negativ.

Seit jetzt die Schnelltests validiert, also zugelassen sind, und
wir auf die Kapazitäten zugreifen können, haben wir schon
über 3 000 Tests an Schlachttieren durchgeführt, auch hier
Gott sei Dank mit negativem Ergebnis.

Wir haben im Landesuntersuchungsamt seit Dezember 2000
neben den sowieso durchzuführenden Lebensmittelproben
zahlreiche Wurstproben durchgeführt. Von den dort - Stand
Anfang Januar - 170 untersuchten Proben waren drei positiv,
das heißt, in drei Proben befand sich Rindfleisch, obwohl dies
laut Deklaration nicht hätte enthalten sein dürfen. Alle drei
Proben stammten aus dem Sortiment einer einzigen Firma
und sind einer Fleischtheke meines Verbrauchermarkts ent-
nommen worden.

Nach den bisherigen Ermittlungen, die noch nicht ganz abge-
schlossen sind, stammen diese aus einer Produktion vor der
Umstellung auf rindfleischfreie Rezepturen.

Auch die Überprüfung der Rinder haltenden Betriebe auf die
Verfütterung nicht rechtskonformer Futtermittel ist durchge-
führt worden. Die zuständigen Landräte, die Veterinärämter
die das zu organisieren haben, sind angewiesen worden. In
der ersten Kalenderwoche dieses Jahres ist im Landkreis
Mayen-Koblenz in drei Betrieben eine Feststellung getroffen
worden, die zur Konsequenz hatte, dass die Rinder vorläufig
unter Sperre gestellt wurden, weil Futtermittel mit tierischem
Fett festgestellt wurden. Die Recherchen ergaben dann, dass
die Futtermittel Schweineschmalz enthielten, ein Produkt,
das auch für den menschlichen Verzehr geeignet war. Das
war dort untergemischt. Der Grund, weshalb nach dem Ver-
stoß gegen futterrechtliche Bestimmungen, denen die ADD
nachgeht und die dies nachvollzieht, die Sperre dieses Be-
stands wieder aufgehoben werden konnte, war, dass keine
Gefährdung der Verbraucher bestand.

Meine Damen und Herren, es ist noch eine Menge mehr ge-
schehen und geschieht noch in Rheinland-Pfalz. Ich darf un-
ter anderem darauf hinweisen, dass Ministerpräsident Kurt
Beck von Anbeginn an intensiv in der Diskussion um die Pro-
bleme und das, was in Sachen BSE zu tun ist, in Kontakt mit
seinen Ministerien und Häusern stand. Die Besprechung des
Bundeskanzlers mit den Regierungschefs der Länder Mitte
Dezember hatte als Vereinbarung zur Folge, dass wir bis Ende
dieses Monats die Finanzierungsfragen geklärt haben wollen,
nämlich, welche Menge an finanzieller Unterstützung vom
Bund und aus Brüssel kommt. Daraus können wir in den Län-
dern, auch in Rheinland-Pfalz, ableiten, welche zusätzlichen
Finanzierungshilfen für die betroffene Landwirtschaft und
die betroffenen Kreise aus Sicht des Landes noch bereitge-
stellt werden müssen. Alles andere macht keinen Sinn.

Im Übrigen verfahren auch alle anderen Länder so. Lassen Sie
sich nicht von der einen oder anderen Presseerklärung täu-
schen. Dort werden zum Teil Selbstverständlichkeiten ver-
breitet oder das, was wir in Rheinland-Pfalz auch machen:
Wir übernehmen die Kosten der Schnelltests. - Wir werden
dem Zweckverband Tierkörperbeseitigung unter die Arme
greifen. Erst wenn wir das gesamte Finanzierungspaket ge-
schnürt haben, kann man sagen, wer was zahlt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wir können zum jetzigen Zeit-
punkt noch gar nicht vollständig abschätzen, welche Kosten
an welcher Stelle exakt entstehen werden. Sollten sich bei
uns Bestände ergeben, die positiv getestete Tiere haben, dann
verändert sich von einer Stunde auf die andere die Ko-
stensituation schlagartig, und es wird ein Unterschied sein,
ob wir einen Bestand mit 100, 80 oder 50 Tieren haben, die
wir sperren und wo wir entsprechende Finanzmittel leisten
müssen. Deshalb ist es richtig - ich sage dies noch einmal

deutlich -, dass die Landesregierung die Landwirte, die Höfe, nicht „im Regen stehen lassen“ wird. Wir stehen selbstverständlich zu unserem Wort.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir werden aber die Größe und die Menge der jeweiligen Unterstützung auch an der momentanen Situation vor Ort auszurichten haben.

Meine Damen und Herren, neben den finanziellen Folgen, die wir aus dieser BSE-Situation in Deutschland haben, erwachsen noch weitere, andere Problemstellungen. Wir sind der Auffassung - ich glaube, das bisherige Verhalten der Landesregierung hat dies auch unterstrichen -, Verbraucherschutz hat oberste Priorität. Das Verhalten der Landesregierung hat auch unterstrichen, dass es keine Gleichung geben kann, die da lautet: entweder für Verbraucherschutz oder gegen Bauern oder für Bauern und gegen Verbraucherschutz.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es geht nur miteinander. Wer für die Verbraucherinnen und Verbraucher richtig handeln möchte, handelt automatisch richtig für die Landwirtschaft. Wer für die Landwirtschaft richtig handelt, handelt auch automatisch im Sinn der Umwelt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Deshalb mein dringender Appell in dieser schwierigen Situation, in der sich die Schlagzeilen überschlagen, die Gruppierungen nicht gegeneinander auszuspielen.

(Kuhn, F.D.P.: Richtig!)

Viele Gespräche, die ich mit Bauern, Landwirten, geführt habe, zeigen mir, dass das dort auch so gesehen wird. Die Landwirte haben einen hohen Anspruch an ihre Produkte. Sie haben diesen hohen Anspruch an ihre Produkte völlig zu Recht. Die Landwirte wollen gute, hochwertige Produkte in den Verkehr bringen, den Verbraucherinnen und Verbrauchern anbieten. Umgekehrt dürfen und sollen Verbraucher nicht den Eindruck haben, dass die Landwirtschaft sozusagen zu ihrem Nachteil produziert. Deshalb müssen beide zusammenkommen. Wir haben gute Gespräche am runden Tisch „Verbraucherschutz“ geführt. Das muss weitergeführt werden.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, wenn wir in die Situation kommen sollten, was bislang Gott sei Dank noch nicht der Fall war, dass wir einen BSE-Fall in einer Herde hätten, wird sich die Frage stellen, wie wir mit dem gesamten Bestand umgehen. Im Einzelfall wäre zu prüfen, ob man aus Gesichtspunkten der Forschung und aus Gesichtspunkten des Tierschutzes auf die Keulung des gesamten Restbestands verzichten oder dies

verhindern könnte. Unsere Position ist die, dass wir versuchen sollten - dies wollen wir auch -, auf diese Keulung des gesamten Bestands zu verzichten und eine Maßnahme, ähnlich wie in der Schweiz, zu ergreifen, also die Herausnahme bestimmter Tiere aus dem Bestand, bei denen der Verdacht am ehesten begründet ist, dass sie sozusagen mit dem gleichen Futter in Kontakt kamen, und die anderen Tiere stehen zu lassen.

Welche Probleme es in der Landwirtschaft mit sich bringen kann, wenn auf der Abnehmerseite die Kette nicht funktioniert, ist uns selbstverständlich klar und bekannt.

Meine Damen und Herren, es ist auch klar und bekannt, dass eine solche Lösung nur dann machbar ist und auch durchgehalten werden kann, wenn wir vom Bundesamt entsprechende Möglichkeiten eingeräumt bekommen; denn eines darf nicht sein: Dass wir sozusagen bundesweit unterschiedliche Regelungen in dieser Frage haben und dann von Bundesland zu Bundesland gegeneinander ausgespielt werden, je nachdem, wir sind mehr für Verbraucherschutz, und die anderen sind mehr für Tierschutz, wer ist der Bessere, und wer ist der Schlechtere.

Deshalb ist unser Bemühen - dies findet sowohl heute in einer Besprechung in Potsdam als auch morgen in einer Bundesländer-Runde in Bonn statt -, diese Fragen mit der Zielrichtung dort vorzutragen, eine einheitliche, für die ganze Bundesrepublik geltende Regelung zu bekommen. Was wir wollen und was wir uns wünschen, das haben wir formuliert. Ich hoffe, dass wir Wege finden, um dieses Ziel zu erreichen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das Gleiche gilt für die Frage, wie es mit dem so genannten Marktbereinigungsprogramm in Europa weitergeht, das vorsieht, bis zu 2 Millionen Rinder europaweit aus dem Verkehr zu ziehen. Das hört sich harmlos an, bedeutet aber nichts anderes, als Kreaturen zu töten und zu verbrennen, also wegzuwerfen. Ich halte das - diesbezüglich bin ich bereits zitiert worden - für eine perverse Ausformung dessen, was wir als Menschen in unserer Nahrungs- und Produktionskette auf den Weg gebracht haben.

Die einzelnen Landwirte sind die Betroffenen; denn sie sind sozusagen Bestandteil des Systems. Sie haben sich das System nicht selbst ausgesucht, sondern sie sind in das System hineingeraten. Ich bin überzeugt und sicher, dass so mancher Landwirt, wenn er seinen Bestand in seinem Ställ sieht, alles andere als Freude hat, wenn er sich vorstellt, was das bedeutet.

Deshalb macht es keinen Sinn, und es bringt nichts, wenn wir jetzt politische Scharmützel abhalten und „Hin-und-her-und-Her-und-hin-Spiele“ veranstalten. Es geht um ganz konkrete Schicksale von Betrieben, die in ihrer Wirtschaftlichkeit massiv beeinträchtigt sind, aber auch um Schicksale von Kreatu-

ren, von Tieren, deren Wohlergehen wir uns auf die Fahne und sogar in die Verfassung geschrieben haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir sind also alle miteinander in dieser Situation in einer schwierigen Entscheidungslage. Man kann fast sagen, dass es das ist, was in einer griechischen Tragödie geschrieben ist: Egal wie Sie sich entscheiden, die Entscheidung wird immer schlecht sein. Sie wird immer mit einer großen Belastung verbunden sein. - Das ist der Stoff, aus dem griechische Tragödien geschnitten sind.

Vielleicht liegt die Chance in dieser schwierigen und dramatischen Situation aber auch darin, dass sie uns innehalten lässt, Überdenken lässt, was wir tun und wie wir unsere Nahrung, unsere Lebensmittel, das sind die Mittel, die wir zum Leben benötigen - dieses Wort ist verloren gegangen -, bewerten.

Wir geben für alles und jedes viel Geld aus. Es ist egal, ob man sich schnell eine neue Alufelge für das Auto kauft, wenn man sich das oder sonst irgendeinen Schnickschnack leisten kann. Aber unsere Lebensmittel - das, was wir zum Leben brauchen - sind uns immer weniger wert geworden.

Wenn man die Wertmaßstäbe in einer Gesellschaft genauer betrachtet und wenn sich die Wertmaßstäbe einer Gesellschaft so verändern, dass das, was uns wirklich etwas wert sein sollte, nämlich unsere Lebensmittel, immer weniger wert geworden sind, erkennen wir, wie wir uns von der Natürlichkeit des Lebens wegentwickelt haben. Eine Gesellschaft, die eine solche Ausprägung angenommen hat, wird auf Dauer nicht mehr lebenswert sein können.

Meine Damen und Herren, deshalb und genau aus diesem Grund sehe ich in all dem Schlimmen eine Chance zur Umkehr und eine Chance zur Neuerung, die aus Deutschland, aus Europa heraus erwachsen kann. Wenn das dazu führt, dass wir uns in Europa über unsere Agrarpolitik, über den Umgang mit Leben - Tiere bedeuten Leben - und über den Umgang mit unseren Flächen neue und andere Gedanken machen und sukzessive vor diesem schwierigen Hintergrund - ich weiß sehr wohl, wie schwierig das ist - Zeichen setzen und mit einer Umsteuerung beginnen, wird aus dem Schlimmen am Schluss noch etwas Gutes.

Das bedeutet nicht, dass es gute und schlechte Landwirte gibt. Ich bin weit davon entfernt, einen Ökobauern gegen einen konventionell arbeitenden Landwirt auszuspielen. Davor bin ich sehr weit entfernt. Es gibt nur einen richtigen Weg: Im Einklang mit der Kreatur und der Natur zum Wohl der Verbraucherinnen und Verbraucher, also der Menschen, Nahrung zu erzeugen und auf europäischer und natürlich auch auf internationaler Ebene Instrumentarien zu erarbeiten, die dies ermöglichen.

Ich bin der Auffassung, dass das allen nutzt. Das nutzt den Menschen, den Tieren, den Erzeugern und der Umwelt. Wir alle wären Nutznießer einer solchen Politik.

(Anhaltend Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Licht das Wort.

Abg. Licht, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Martini, neben den allgemeinen Dingen erfordert die Krise aber auch Antworten. Auch darauf müssen wir uns einstellen. Wir müssen jetzt und nicht irgendwann darüber debattieren, was mit diesen rund 400 000 Tieren werden soll oder nicht werden soll.

Dabei kann durchaus darüber diskutiert werden, dass wir wissen, dass in den Schlachthäusern ungeprüftes Fleisch liegt und wie wir diese rund 400 000 Tiere nach der Prüfung zur Marktentlastung in den Schlachthäusern lagern können. Das wäre zum Beispiel eine Möglichkeit, die dem Bauern und dem Verbraucher helfen würde. Lassen Sie uns gemeinsam über diesen Vorschlag nachdenken. Das ist sicher ein der Krise entsprechender Vorschlag und eine Lösung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich mache drei Feststellungen, die von namhaften Professoren gemacht worden sind und heute in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ standen:

1. Die Ursachen der BSE-Krise liegen nicht in der konventionellen Landwirtschaft, sondern in den Versäumnissen des Staates.
2. Die Frage nach einem verantwortungsvollen Handeln in der Vergangenheit hat mit dem 25. November vergangenen Jahres eine Bruchstelle in der Bewertung. Deshalb will ich nicht über das diskutieren, was vorher war.
3. Spätestens seit diesem Zeitpunkt musste sich auch die rheinland-pfälzische Landesregierung auf einen möglichen Fall vorbereiten bzw. mit allen Fragen vertraut machen.

Das ist noch kein Vorwurf, sondern das sind drei Feststellungen, die ich deutlich mache. Zu den Vorbereitungen und zu der Entwicklung seit Ende November wurde in der Anhörung in der vergangenen Woche einiges gesagt.

Frau Martini, wenn Sie in einem kurz andauernden Feuerwerk die Opposition beschimpfen, erweist sich das als Strohfeuer;

(Mertes, SPD: Wo waren Sie denn?)

denn Sie müssten wissen, dass es keinen Krisenstab gibt. Das ist deutlich in der Anhörung diskutiert worden.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Sie müssten wissen, dass der so genannte Lenkungsausschuss - wir haben darüber debattiert, Herr Kollege Nagel - nur nachrangig besetzt ist.

(Mertes, SPD: Was gibt es da?)

Sie müssten wissen, dass in der Anhörung zahlreiche Fragen gestellt worden sind, die nach wie vor ungeklärt sind. Sie müssten wissen, dass die Veterinäre Briefe mit vielen Fragen geschrieben haben, die nach wie vor unbeantwortet im Ministerium für Umwelt und Forsten liegen. Sie müssten wissen, dass die gleichen Fragen von der Landwirtschaft und von der Fleisch verarbeitenden Industrie gestellt und alle noch nicht beantwortet worden sind.

Frau Martini, Sie müssten auch wissen, dass es durch diesen Kompetenzwirrwarr, den es offensichtlich in den Ministerien gibt, beispielsweise keine klaren Regelungen der laufenden Futtermittelkontrolle gibt. Es gibt keine klaren Regelungen.

(Staatsministerin Frau Martini:
Stimmt doch gar nicht!)

- So weit weg vom Land sind Sie doch gar nicht. Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich habe Sie bisher immer für viel klüger gehalten. Ich habe immer gedacht, dass Sie sich erzählen lassen, was im Land geschieht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

- Herr Ministerpräsident, dann hören Sie doch einmal zu.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Beck)

- Dann ziehen Sie doch wenigstens die Lehren daraus.

(Beifall der CDU -
Mertes, SPD: Falsche Behauptung!)

Die Rinder haltenden Betriebe werden durch die Veterinäre der Kreisverwaltungen geprüft. Neuerdings prüft auch noch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Ferner prüfen die Stellen der Landwirtschaft, und die Staatliche Lehr- und Versuchsanstalt ist mit Prüfern unterwegs. Es gibt keine Koordinierung zwischen diesen drei Stellen. Es passiert, dass der Bauer draußen sagt: Heute Morgen war ein Prüfer der ADD bei mir. - Mittags erzählt er das dann dem Veterinär. Meine

Damen und Herren, das ist Fakt. Reden Sie doch einmal mit den Menschen draußen.

(Beifall der CDU)

Sie erzählen uns, dass Sie alle Hausaufgaben gemacht haben. Das führt draußen zu einem riesigen Durcheinander.

(Ministerpräsident Beck: Ein solcher Unfug ist schon schwer zu ertragen!)

- Herr Ministerpräsident, dann antworten Sie doch auf die Frage, was ein Bauer erwartet, der sein Futtermittel seit dem 2. Dezember nur als Sondermüll im Haus lagert. Er weiß bis heute nicht, was er damit machen soll. Was erwartet die Bauern bzw. die Tiere, die nach dem 2. Dezember diese Futtermittel verbraucht haben? Es gibt derartige Feststellungen, die draußen im Land gemacht worden sind.

- Meine Damen und Herren, was geschieht mit den Tieren, die unter die Rubrik des so genannten Ansteckungsverdachts fallen?

Das sind Fragen, die die Landwirte interessieren und auf die der Veterinär draußen antworten muss. Was passiert damit? Herr Beck, das ist nach wie vor völlig ungeklärt.

Regeln Sie das und sagen Sie, was damit geschehen soll. Dann können die Menschen vor Ort auch ordentliche Antworten geben. Sie sind nicht dazu in der Lage.

(Staatsministerin Frau Dr. Götte:
Sind Sie dazu in der Lage?)

- Sie sind an der Regierung. Das ist eine gute Frage. Nicht an mich, sondern an die Regierung, die verantwortungsvoll handeln soll, ist die Frage zu stellen.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, dann haben Sie Ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Daraum geht es. Sie lassen die Menschen allein.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind auf die Fragen, die Herr Kollege Schmitt angesprochen hat, überhaupt nicht eingegangen. Wie lauten denn Ihre Antworten, wenn morgen ein solcher Fall auftritt?

(Staatsministerin Frau Martini: Darauf habe ich Antworten gegeben!)

- Sie haben überhaupt keine Antwort darauf gegeben, mit welchem Risiko --

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

- Herr Kollege Mertes, dann reden Sie doch mit Ihrem Schlachter.

- er heute noch Schlachtungen vornimmt. Er weiß nicht, mit welchem Risiko er sie vornimmt.

(Mertes, SPD: Ich habe einen Schlachter im Ort und einen Bauern gegenüber!)

Er weiß nämlich nicht, was mit ihm passiert. Das sind alles Fragen, die draußen ungeklärt sind. Das ist doch kein Punkt, der mich besonders befriedigt, wenn draußen solche Fragen nicht geklärt werden. Sie sind draußen zu klären, und Sie sind dazu nicht in der Lage.

Meine Damen und Herren, dadurch wird auch erreicht, dass Schlachtbetriebe ihre Schlachtungen einstellen

(Glocke des Präsidenten)

und es demnächst für die Verbraucher nicht mehr die kurzen Wege geben wird. Es wird auch eine Struktur im Land Rheinland-Pfalz zerschlagen, und zwar aus der Sorge heraus, nicht zu wissen, was in einem Krisenfall auf sie zukommt. In diesem Fall hat die Landesregierung noch einiges an Hausaufgaben zu machen. Das Risikomanagement ist desolat. Das ist die Feststellung, die wir zu treffen haben.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Elsner das Wort.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Licht, Sie muss ich zunächst einmal fragen, ob Sie vielleicht zeitweise den Raum verlassen haben, als die Ministerin gesprochen hat.

(Licht, CDU: Nein, ich war bei der Anhörung von morgens bis abends dabei!)

- Herr Licht, Sie müssten es eigentlich besser wissen.

(Mertes, SPD: Das stimmt auch alles, was einem da gesagt wird!)

Herr Licht, ich habe Ihnen auch zugehört. Das Veterinärwesen - all das, was Sie kritisch ansprechen - ist kommunalisiert worden. Das hat die Ministerin deutlich erläutert. Davon müssen wir nun einmal ausgehen.

(Unruhe im Hause)

Wir können nicht überall darauf einwirken. Die Vorbereitungen dafür sind erfolgt. Vorrangiges Ziel in dieser Debatte - daran erinnere ich - ist wohl - ich hoffe, dass das auch bei Ihnen und der Opposition der Fall ist -, dass wir gemeinsam das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückgewinnen, da die Konsumenten die Abnehmer der bäuerlichen Produktion sind.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist keine neue Erkenntnis!)

- Ich weiß selbst, dass das keine neue Erkenntnis ist.

Bisher ist Rheinland-Pfalz BSE-frei, was allerdings auf Dauer keine Garantie darstellt. Unser größter Fehler wäre es, wenn wir uns gegenseitig in Schuldzuweisungen, wie das bisher aus zwei Beiträgen, nämlich aus dem der Frau Kollegin Kiltz und aus dem des Herrn Kollegen Licht hervorgegangen ist, ergehen würden. Sie waren genauso wie ich bei der Anhörung anwesend. Bauernpräsident Schindler hat dies in der Anhörung am Dienstag vergangener Woche ganz klar und deutlich ausgesprochen, nämlich dass gegenseitige Schuldzuweisungen weder den Verbrauchern noch den Bauern irgendetwas nutzen.

Allerdings können auch die Verbraucher nicht ganz aus der Verantwortung entlassen werden. Wer ein Kilo Hackfleisch für 5 DM kauft, muss wissen, dass in diesem Fall keine artgerechte Tierhaltung erfolgt.

(Beifall der SPD)

Ebenso sieht das bei einem zerlegten Hähnchen für 4 DM aus, das in einer Tiefkühltruhe in einem Supermarkt liegt. Das würde auf einem DIN-A4-Blatt-Papier gehalten, diese Größe nämlich.

(Abg. Frau Elsner, SPD, hält ein DIN-A4-Blatt hoch)

All diejenigen, die jetzt so laut nach Öko-Bauern rufen, waren lange Zeit nicht bereit, für unbelastete Lebensmittel den entsprechenden Preis zu zahlen, damit Tiere artgerecht gehalten werden können. Wir sind uns sicherlich alle einig, dass das der größte GAU für die Bauern und die Verbraucher in der Lebensmittelgeschichte ist.

Festzuhalten ist allerdings auch, dass der Bauernverband jetzt nicht nach dem Motto „Wenn es nur genügend Geld gibt, sind wir alle Sorgen los“ verfahren kann.

(Beifall bei der SPD)

Er ist aufgefordert, Alternativen vorzulegen, wie eine Umstrukturierung in der Landwirtschaft erfolgen kann. Hierbei dürfen die Bauern nicht allein gelassen werden. Sie benötigen Beratung vonseiten des Verbands.

Was wir von der Politik aus machen können, das werden wir tun. Fest steht, ein „Weiter so!“ in der Agrarpolitik kann es nicht geben.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jede Krise beinhaltet auch eine Chance. Wir haben jetzt unsere letzte Chance. Das bedeutet eine veränderte Agrarpolitik, um das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zurückzugewinnen.

Es gibt inzwischen verschiedene Resolutionen. Ich nenne jetzt nur einmal die aus dem Landkreis Bitburg-Prüm. Was steht drin? Geld, Geld, Geld! Es wird nicht ein einziges Mal aufgezeigt, was getan werden kann. Ich vermisste auch absolut die Alternativen.

(Mertes, SPD: Die ehemaligen Neoliberalen wissen plötzlich wieder den Staat zu schätzen!)

Es ist geradezu unerträglich, dass in diesen Resolutionen immer nur Geld gefordert wird. Die bäuerliche Landwirtschaft muss umstrukturiert werden. Darüber sind wir uns meiner Meinung nach alle einig.

Ich bedanke mich bei Herrn Minister Bauckhage in Bezug auf das Gütesiegel. Das sind Anfänge.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenfalls bedanke ich mich für das, was die Umweltministerin bisher getan hat und was sie auch künftig tun wird. Wir werden nicht wie Bayern dastehen, nämlich völlig chaotisch. Wir haben Pläne, falls es so kommen sollte.

(Unruhe bei der CDU)

Ich vermisste - das will ich Ihnen einmal ganz klar sagen - die Konsequenzen von Gesundheitsministerin Stamm und Landwirtschaftsminister Miller. Das muss auch einmal gesagt werden.

Was ist aus der Sicht der Verbraucher zu tun?

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme sofort zum Schluss.

Vorrangig muss die Forschung in Bezug auf die BSE-Tests vorangetrieben werden. Ebenfalls muss eine verstärkte Kontrolle - das kam auch von allen Bauern - der Futtermittelindustrie, die an der Situation einen Hauptanteil hat, erfolgen. Die Deklaration muss ganz glasklar überwacht werden.

(Glocke des Präsidenten)

Hierzu ist sicherlich noch viel anzumerken.

Ich komme zum Schluss. Die Verbraucherinnen und Verbraucher und mithin die Käufer der Agrarprodukte werden es nicht länger hinnehmen, getäuscht zu werden. Wenn wir das Kontrollsysteem nicht drastisch verschärfen, werden die Bauern ihre Produkte nicht absetzen können. Die Bauern ebenso wie ---

Präsident Grimm:

Frau Kollegin, ich habe zweimal ---

Abg. Frau Elsner, SPD:

Ein allerletzter Satz.

Präsident Grimm:

Nein, jetzt ist wirklich der Punkt erreicht.

Abg. Frau Elsner, SPD:

Wir können die Existenzen nur dann sichern, wenn wir alle zusammenarbeiten.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren! Frau Ministerin Martini, es gab gewisse Parallelen zwischen Ihrer Rede und der von Herrn Nagel. Daher habe ich mich gefragt, ob das auch Ihre Abschiedsrede war.

(Heiterkeit bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und CDU)

Sie haben am Ende weitgehende Visionen entworfen, aber Antworten auf die Fragen, die im Plenum und im Ausschuss im Rahmen der Anhörung gestellt wurden, haben wir von Ihnen nicht gehört.

(Billen, CDU: Keine eine!)

Sie haben über die Wertigkeit von Lebensmitteln und den Verlust von Wertigkeit gesprochen. Da gebe ich Ihnen Recht. Welche Antworten haben Sie? Warum packen Sie nicht Ihren Ministerkollegen und starten sofort eine Kampagne unter dem Titel „Qualität hat ihren Preis“? Warum werben Sie

nicht für die Werthaltigkeit von Lebensmitteln? Warum werben Sie nicht dafür, dass Lebensmittel, die gesund und entsprechend hergestellt sind, einen gewissen Preis haben, und sichern damit auch die Einkommenssituation der Bauern?

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den allgemeinen Hinweisen ist es nicht getan und mit diesen visionären Abschiedsworten auch nicht. Wenn Sie sich auf das Landesuntersuchungsamt und auf andere Maßnahmen, die Sie im Verbraucherschutz durchgeführt haben, beziehen, dann erklären Sie mir, warum heute in der „Allgemeinen Zeitung“ steht, dass am 11. Januar ein Hof im Donnersbergkreis geschlossen wurde und weder in Ihrem Ministerium noch in dem Ministerium von Herrn Bauckhage gestern Abend irgendjemand etwas über Futtermittelfunde und Verstöße gegen derzeitige tierseuchenrechtliche Verfügungen wusste.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das müssen Sie schon erklären. Sie müssen aber auch erklären, warum in Koblenz beim Futtermittelhersteller nicht frühzeitig interveniert wurde, sondern es erst zu diesen Funden kommen musste. Es gab vorher Hinweise darauf. Auch das wissen wir. Diese Antworten kamen von Ihnen nicht, Frau Ministerin.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Herr Creutzmann, zu Ihnen komme ich noch. Herr Kuhn hat sich schon im Vorfeld vor den Landwirtschaftsminister gestellt, und zwar aus guten Gründen; denn Sie wissen, in welcher Gefahr sich dieser Landwirtschaftsminister befindet. Er kündigt quasi eine Sabotage gegen die Bundeslinie an, die jetzt in der Landwirtschaftspolitik gefahren wird, dass es einen Perspektivwechsel in der Landwirtschaftspolitik geben muss, die Lebensmittelsicherheit wiederhergestellt werden muss, neue Perspektiven für landwirtschaftliche Betriebe zu eröffnen sind und mit der Verschwendungen der Steuermittel für falsche Agrarpolitik Schluss sein muss. Er sagt: Das kann nicht unsere Linie sein.

Herr Kuhn, es laufen Ihnen natürlich Ihre Leute weg. Vor allen Dingen müssen Sie auf Ihren Minister aufpassen. Es geht nicht an, dass sich ein Landwirtschaftsminister in diesem Land in dieser Form über eine neue Landwirtschafts-, Ernährungs- und Verbraucherschutzministerin äußert und das Ganze mit „Gute Nacht deutsche Landwirtschaft“ kommentiert.

Herr Bauckhage, Sie offenbaren mit diesen Äußerungen nur, dass Sie aus der BSE-Krise nichts, aber auch gar nichts gelernt haben und an Ihrer alten Linie der Landwirtschaftspolitik festhalten wollen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben mit Ihrer Linie der Landwirtschaftspolitik in der Vergangenheit noch nicht einmal den konventionellen Bauern eine Perspektive bieten können. Das Höfesterben ging unaufhaltsam weiter. Sie haben auf Masse statt auf Qualität gedrängt. Eines muss klargestellt werden: Wer wie Frau Künast für mehr Lebensmittelsicherheit ist, ist nicht gegen die Landwirtschaft. Herr Bauckhage, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere Sie. Im Oktober haben Sie eine Regierungserklärung zur Landwirtschaftspolitik abgegeben. Ich habe noch einmal nachgeschaut. Darin war nicht eine Silbe zum Thema Verbraucherschutz. Dann sagt Herr Kuhn: Das ist für uns die oberste Diktion in der Landwirtschaftspolitik. - Herr Kuhn, dass ich nicht lache.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Wer wie Sie die Verbraucherinteressen hinter wirtschaftliche Interessen von Futtermittelindustrie, Agrarindustrie und Handel gestellt hat, hat uns mit in die BSE-Krise getrieben.

Genau aus diesem Grund ist es wichtig, in Rheinland-Pfalz eine Grundlage für eine andere Landwirtschaftspolitik zu legen. Das wird nicht stattfinden, wenn Sie sie von der Interessenvertretung für Verbraucherschutz und für Verbraucherpoltik losgelöst lassen. Genau aus diesem Grund fordern wir

(Glocke des Präsidenten)

den Ministerpräsidenten Beck auf, aktiv zu werden. Es geht um Ressortzuständigkeiten. Kommen Sie dem Modell nach, das sich in Nordrhein-Westfalen bereits bewährt hat! Gehen Sie den Weg, den Schröder, Clement und sogar Stoiber gegangen sind, indem Sie eine eigenständige Ressortzuständigkeit für Verbraucher- und Verbraucherinnenschutz haben. Einen grundsätzlichen Wechsel in der Landwirtschaftspolitik wird es mit einem liberalen Landwirtschaftsminister nicht geben. Deswegen muss es eine andere Zuständigkeit geben. Es muss die Zusammenlegung mit dem Umwelt- und Verbraucherschutz geben.

(Glocke des Präsidenten)

Nur so wird der Weg für neue Perspektiven frei.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Gäste im Landtag begrüßen, und zwar das Lehrerkollegium der Dualen Oberschule Irlich und Schülerinnen und Schüler und

ihre Lehrer der 10. Klasse der Geschwister-Scholl-Hauptschule Germersheim. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich erteile Herrn Abgeordneten Augustin das Wort.

Abg. Augustin, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bis jetzt ist in Rheinland-Pfalz noch kein BSE-Fall aufgetreten.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Gott sei Dank!)

Trotzdem leiden die Schlachtungen erheblich - 70 % Rückgang, 20 % Preirückgang. Bis jetzt haben die Landwirte noch kein Zeichen des Ausgleichs von Berlin bekommen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Es ist so. Frankreich hat 1 Milliarde bereitgestellt, aber vom Bund ist keine konkrete Aussage getroffen worden.

Oberstes Ziel muss natürlich sein, den Verbraucher wieder zu gewinnen. Hier ist vor allen Dingen die Futtermittelindustrie gefordert. Die Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass die bezogenen Futtermittel verantwortungsbewusst produziert werden und die Wissenschaftler zuverlässige Aussagen treffen.

Die F.D.P.-Fraktion fordert deshalb die offene Deklaration der Einzelkomponenten und die Einführung einer Positivliste zugelassener Futtermittel. In diesem Zusammenhang begrüße ich die von Landwirtschaftsminister Bauckhage ergriffenen Sofortmaßnahmen. Beide Maßnahmen sind für die deutschen Bauern nicht neu. Im Zuge der europäischen Rechtsverordnung wurde dies vor Jahren gestrichen.

Meine Damen und Herren, in Abstimmung zwischen EU, Bund und Land muss gewährleistet sein, dass unsere Bauern nicht allein gelassen werden. Ich darf für die F.D.P.-Fraktion erklären, dass die Landwirte in Rheinland-Pfalz in der jetzigen Situation unsere uneingeschränkte Unterstützung haben.

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Zuruf des Abg. Billen, CDU)

- Ich komme noch einmal darauf zurück.

Frau Thomas, BSE ist keine Frage der Betriebsgröße und der Form der Tierhaltung.

(Billen, CDU: Sehr richtig!)

auch nicht, ob Kühe biologisch oder konventionell gehalten werden.

(Billen, CDU: Auch das ist richtig!
So ist das!)

Die extrem hohe Zahl an BSE-Fällen in Portugal und der Schweiz beweisen dies; denn dort sind mit die kleinsten Tierbestände in Europa.

(Beifall des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Unverständlich ist, dass man von Berlin aus versucht, die Agrarpolitik umzugestalten. Ich zitiere den Slogan „Weg von der konventionellen Landwirtschaft“. Ich erinnere an die Signale zur Agenda 2000 - Preisdruck und Strukturwandel. Das waren bis vor kurzem die Forderungen auch vom jetzigen Bundeskanzler. Die deutschen Bauern hätten sich hinsichtlich ihrer Produktion mehr am Weltmarkt zu orientieren. Das waren ebenfalls Forderungen.

Nun entdecken die gleichen Politiker, die uns bisher rückständige Strukturen angekreidet haben, in Deutschland auf einmal Agrarfabriken.

Frau Thomas, hören Sie bitte einmal zu. Noch nicht einmal 3 % der Bevölkerung kaufen regelmäßig Bioprodukte.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Hören Sie bitte weiter zu. Nur hier liegt das Problem der so genannten alternativen Landwirtschaft nicht an den Bauern. Pauschale Diffamierungen so genannter größerer Betriebe, das heißt, wettbewerbsfähiger Haupterwerbsbetriebe, durch grüne Ideologien sind fachlich und in keiner Weise gerechtfertigt. Deshalb werden sie von uns abgelehnt.

(Beifall der F.D.P. -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Qualitativ hochwertige Produkte werden in landwirtschaftlichen Betrieben unabhängig von ihrer Größenordnung hergestellt. Aus bürgerlicher Sicht möchte ich betonen, dass es unbedingt erforderlich ist, die Forschung zu intensivieren und voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, in Rheinland-Pfalz gibt es keine agrarindustriellen Großbetriebe. Selbst der viertstärkste Landkreis weist einen Viehbesatz aus, der unter den Vorgaben des ökologischen Landbaus liegt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb begrüßen wir das Hilfsprogramm von Minister Bauckhage, das Transparenz und größtmögliche Sicherheit

vom Stall bis zur Ladentheke fordert. Ich begrüße ausdrücklich die Weiterentwicklung des rheinland-pfälzischen Herkunftszeichens zu einem Gütesiegel, so wie es von Hans-Artur Bauckhage gefordert wird.

(Beifall bei der F.D.P. -
Glocke des Präsidenten)

Präsident Grimm:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Augustin, F.D.P.:

Es gibt weitere Sofortmaßnahmen, zinsverbilligte Darlehen zu 5,7 % bis 50 000 DM, die Ausgleichzulage im Frühjahr. Minister Bauckhage hat den Bund aufgefordert, eine Zinsverbilligung bis zu 5 % der Betriebsmittel für Rinder haltende Betriebe sowie der Vieh- und Fleischwirtschaft aufzulegen. Weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Futtermittel sind ebenfalls vorgesehen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Problematik in der Sache ist sehr groß. Aktionismus und Schnellschüsse sind fehl am Platz. In der öffentlichen Diskussion dürfen die Landwirtschaft, der Tier- und Verbraucherschutz nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie werden sich wundern, womit ich beginne. Frau Martini, Sie haben Mitte der 90er-Jahre eine Position in Deutschland vertreten, die nicht selbstverständlich war und die sich auch im Nachhinein als mehr als richtig herausstellt. Das ist so.

Aber Frau Martini, wir befinden uns im Januar 2001. Wir haben seit zwei Monaten in Deutschland BSE-Fälle. Die entscheidende Diskussion führen wir hier. Ich bedaure zunächst einmal, dass wir nicht die Absprache einhalten konnten, die alle Fraktionen im Dezember getroffen haben, dass wir in der Plenarsitzung im Januar über unsere Anträge entscheiden. Das ist von den regierungstragenden Fraktionen verhindert worden, weil man bestimmte Antworten nicht geben will, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu den Antworten, die die betroffenen Menschen erwarten. Die Schlachter, diejenigen, die die Rindviecher schlachten sollen, sagen, wir schlachten keine Tiere mehr, die über 30 Monate alt sind und die wir testen müssen, weil wir sonst russisches Roulette mit unserem Schlachthof und mit unseren Arbeitnehmern spielen. Das ist der entscheidende Punkt. Sie sagen: Wenn wir eine BSE-Kuh haben, ist keine einzige Kostenfrage geregelt. Es ist nicht geregelt, ob das ganze Fleisch, einschließlich Schweinefleisch, das an diesem Tag oder an dem nächsten Tag geschlachtet worden ist, weggeworfen werden muss. - Ihren Katalog kenne ich. Er heißt, informieren, zumachen und abwarten, wie es ausgeht. So lange ist alles geschlossen. Das bedeutet für einen Schlachthof den Ruin, weil er sich dagegen nicht versichern kann.

Meine Damen und Herren, in der nächsten Woche, am 21., weil die Landwirte sich gegen Ertragsausfall absichern können, läuft die Sperrfrist der Versicherung ab. Dann sage ich Ihnen, dann werden 21 000 bis 30 000 Kühe - 21 000 ist das Minimum -, die über 30 Monate alt sind, den Weg in den Schlachthof suchen. Sie werden keinen finden, der sie schlachtet. Sie werden dann genau an diesem Problem ihre Existenz festmachen müssen und kaputtgehen. Das ist auch nicht beantwortet. Dann hilft es überhaupt nichts, wenn man sagt, es gibt eine Kommission. Bis Ende Januar wollen wir Kostenfragen regeln. Dann müssen wir einmal schauen, wer was bezahlt.

Verstehen Sie, das entscheidende Argument ist: Der Bauer sitzt dann auf seinem Vieh, das er zuviel hat. - Prämienansprüche wollen wir jetzt gar nicht diskutieren. Der Schlachthof sagt - das ist Verbrauchertäuschung, meine Damen und Herren -: Sicheres Fleisch wäre auch das, was getestet ist, auch unter 30 Monate. - Ein krankes Tier ist mit dem Schnelltest feststellbar. Also muss die logische Konsequenz sein, wenn wir Verbraucherschutz herausstellen - wir als CDU wollen Verbraucherschutz -, dass wir sagen: Wir testen alle Tiere, --

(Zuruf des Staatsminister Bauckhage)

- Jawohl, Herr Bauckhage.

-- und wir geben dem Schlachthof, der dieses Rindfleisch verarbeitet und zum Verbraucher bringt - unter hohen Ansprüchen in Deutschland -, eine Sicherheit, dass er daran nicht kaputtgeht. Zurzeit testet niemand mehr freiwillig, weil er sagt: Das ist russisches Roulette, mein Schlachthof geht kaputt. - Das kann doch nicht unser Interesse sein. Unser Interesse ist doch: Gesichertes Rindfleisch, soweit wir es absichern können, auf den Teller des Verbrauchers zu bringen. - Wir wollen doch die Verbraucher wiedergewinnen. Wir wollen sie doch nicht weiter veräppeln.

Meine Damen und Herren, das ist auch das Schlimme an der Landwirtschaftspolitik dieser Bundesregierung. Zu der Diskussion, wie sie hier geführt wird - Herr Nagel, auch wenn es

Ihre Abschiedsrede war -, sage ich Ihnen trotzdem in aller Ruhe: Wer BSE und ökologische Landwirtschaft miteinander verbindet, der macht den Versuch, dem normal wirtschaftenden Bauern den Schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben und den Verbraucher zu täuschen. -- BSE und ökologische Landwirtschaft haben überhaupt nichts miteinander zu tun, weil bei den ökologischen Betrieben genauso BSE auftreten kann wie bei den konventionellen Betrieben. Das ist das Schlimme an dieser Landwirtschaftspolitik,

(Beifall bei der CDU)

dass man versucht, die Keule nach dem Motto einzusetzen: gute und böse Bauern.

(Glocke des Präsidenten)

Frau Martini, Sie haben gesagt: Wir wollen nicht trennen. - Dann müssen wir in der Diskussion ehrlich sein. Diese Ehrlichkeit halte ich für außerordentlich wichtig.

Es will doch kein Mensch damit ein politisches Feld aufmachen. Wir, die betroffenen Bauern, Verarbeiter, einschließlich Verbraucher stellen nur fest: Die entscheidenden Fragen sind im Land Rheinland-Pfalz nicht gelöst, nicht beantwortet. Glauben Sie mir, die haben alle erhebliche Existenzängste. Wer als Politiker mit den Betroffenen so umgeht, der handelt fahrlässig.

Meine Damen und Herren, das beklagen wir und fordern Sie, Herr Ministerpräsident, auf, statt zu sagen, was Künast macht, ist gut, oder so - das mag alles einmal dahingestellt sein -:

(Ministerpräsident Beck: Habe ich das gesagt?)

Holen Sie bitte einmal die Betroffenen an einen Tisch und erklären Sie ---

(Ministerpräsident Beck: Habe ich gesagt, was Frau Künast sagt, ist richtig?)

- Nein, aber Sie haben den Umbau der Landwirtschaft mit unterstützt. Insofern ist das doch richtig.

(Ministerpräsident Beck: Sie erzählen die Unwahrheit!)

Sie müssen doch noch wissen, welche Erklärungen Sie abgeben. Insofern fordere ich ausgerechnet Sie auf. Dieses Thema war in Bayern, in allen betroffenen Ländern im Kabinett das Thema. Scheinbar ist das bei Ihnen im Kabinett kein großes Thema,

(Ministerpräsident Beck: Waren Sie dabei?)

sonst hätten Sie einmal einen Kabinettsbeschluss, bei dem einmal etwas herauskäme.

(Ministerpräsident Beck: In jeder Kabinettsitzung! Sie haben keine Ahnung!)

- Was haben Sie denn beschlossen? Was kommt denn dabei herum? Wie viel Mark geben Sie denn? Was geben Sie denn den Leuten für Zusagen?

(Zurufe im Hause)

Das ist doch die entscheidende Frage. Sie wollen aber nicht. Sie wollen das Thema über den 25. März hinwegschieben,

(Ministerpräsident Beck: Sie sagen die Unwahrheit!)

weil sich die SPD-Fraktion deutschlandweit aus der Landwirtschaftspolitik verabschiedet hat und den GRÜNEN die Spielwiese überlässt, und Sie,

(Ministerpräsident Beck: Herr Kollege, Sie sagen die Unwahrheit!)

Herr Kollege Bauckhage, kommen nicht dagegen an.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, wir haben uns selbst Regeln in Form der Geschäftsordnung gegeben. Darin steht: Fünf-Minuten-Beiträge. - Herr Billen, Sie sind nicht der Einzige. Es kamen auch viele Zwischenrufe. Man darf auch darauf reagieren.

Aber ich darf doch daran erinnern, dass wir uns an diese selbst gesetzten Regeln in unserem Interesse auch halten sollten.

(Bischel, CDU: Es gibt noch mehr schwarze Schafe!)

Für die SPD-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Jahns das Wort.

Abg. Frau Jahns, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Herren Redner von der CDU, das lobe ich mir: Sie sagen zuerst, Sie wollen keine Schuldzuweisungen machen, und im gleichen Atemzug geht es los. Herr Schmitt, hören Sie einmal zu:

(Zuruf des Abg. Kramer, CDU)

Es ist eine Tatsache, dass sich die Kühe, die heute mit BSE auffallen, bereits vor vier oder fünf Jahren infiziert haben. Damals waren Sie an der Regierung. Damals trugen Sie die Verantwortung. Insofern ist dies eine Altlast, die wir von Ihnen übernommen haben.

(Beifall der SPD -
Zurufe von der CDU)

Nun sind in Berlin zwei Minister zurückgetreten. Sie haben die Verantwortung für das übernommen, was in ihrem Ministerium nicht ganz so positiv gelaufen ist. Wenn ich dem „Spiegel“ glaube, so ist die gleiche Warnung vor vier Jahren an Herrn Seehofer gegangen. Weder er noch Herr Borchert haben etwas getan. Nun können sie nicht mehr zurücktreten. Das ist nun einmal so, das hat der Wähler entschieden.

Aber was ist der Unterschied zwischen Berlin und München? In Berlin übernehmen die Ministerinnen und Minister die Verantwortung für Fehler, die vorgekommen sind, in München kleben sie an den Stühlen. Dort wird ein neuer Minister installiert. Das ist Ihre Art, damit umzugehen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Herr Licht, ich komme nun zu Ihnen. Die Schlachthöfe wissen ganz genau, was zu tun ist, wenn ein positiver Fall von BSE eintritt. Ich weiß, dass sie Probleme haben. Aber man kann nicht jedes Betriebsrisiko auf den Steuerzahler abwälzen. Das geht auch nicht. Sicherlich wird es Hilfen geben, aber die Risiken müssen die Betriebe zum großen Teil selbst tragen.

Meine Damen und Herren, die Landwirtschaft insbesondere in Rheinland-Pfalz ist nicht Täter, sondern sie ist Opfer in dieser schwierigen Situation. Das ist festzuhalten. Wir werden die Landwirtschaft nicht im Regen stehen lassen.

Es ist aber auch festzustellen, dass die Landwirtschaft auf das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher angewiesen ist. Deswegen wird sie auch auf Forderungen der Verbraucher reagieren müssen. So brauchen wir eine naturnähere Landwirtschaft, die noch mehr als bisher im Kreislauf wirtschaftet. Wir brauchen sie bundesweit, europaweit, in Rheinland-Pfalz weniger.

Der Vorteil des Öko-Betriebs besteht darin, dass er sein Futter selbst produziert und die Kälber mit Milch aufzieht. Aber ansonsten ist BSE keine Frage der Betriebsgröße oder der Form, wie gewirtschaftet wird. Darin sind wir uns einig. Ich sage ausdrücklich, auch artgemäße Tierhaltung ist keine Frage der Größe eines Betriebs und des Stalls, sondern seiner Qualität. Gerade in der Rinderhaltung haben wir mit den modernen Boxenlaufställen sehr positive Ergebnisse erzielt.

Ich darf auch sagen, dass es große Öko-Betriebe gibt. Ich nenne in diesem Zusammenhang den Musterbetrieb aus Hessen, die Domäne Mechthildshausen, ein großer Betrieb mit

Schlachtung und modernem Management. Das muss sich gegenseitig nicht ausschließen.

Dennoch müssen wir darüber nachdenken, flächengebundene Landwirtschaft zu betreiben. Das kann uns in Rheinland-Pfalz nur zum Vorteil gereichen. Wir müssen davon abkommen, dass vorbeugend oder zur Leistungsförderung Medikamente verabreicht werden, gerade dann, wenn sie antibiotisch wirken. Daran müssen wir etwas ändern, und daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

Meine Damen und Herren, aber auch die Verbraucher müssen wissen, wenn sie Öko-Produkte fordern, müssen sie sie auch kaufen, und dafür muss ein höherer Preis erzielbar sein.

(Beifall der SPD und bei der F.D.P. -
Zuruf des Abg. Mertes, SPD -
Staatsminister Bauckhage: So ist es!)

Wenn die Verbraucher artgerecht erzeugte Produkte haben möchten, müssen sie sie auch kaufen. Wir wollen die regionale Vermarktung und möglichst auch die ökologische Produktion. Aber zunächst einmal müssen der Absatz und der Markt dafür vorhanden sein. Dann können wir über weitere ökologische Betriebe reden.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist aber ganz neu! Das ist wie
in der Planwirtschaft! -
Mertes, SPD: Das müsste Ihnen
doch gefallen, Herr Dr. Braun!)

Ich bin froh darüber, dass wir die Milcherfassung und die Fleischvermarktung und -verarbeitung unterstützen. Das sind Schritte in die richtige Richtung. Aber es gibt kein alles oder nichts. Wir wollen in der Tat so viel ökologischen Landbau wie möglich. Aber wir sagen auch, jeder Bauer, der verantwortungsvoll produziert, handelt im Sinn der Verbraucher, handelt vernünftig, und ihn wollen wir gern erhalten wissen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

(Dr. Gölter, CDU: Wir sind immer
ganz ruhig, wenn Sie reden!)

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Martini, gestern haben Schlachtbetriebe mit großer Vehemenz vorge tragen, dass sie auf den Kosten für die BSE-Tests sitzen, zum Teil auf 70 000 DM, zum Teil auf 120 000 DM, zum Teil auf 150 000 DM. Ich könnte Ihnen die Betriebe aufzählen. Sie

werden aufhören zu testen, und dann tritt genau das ein, was Herr Billen soeben beschrieben hat. Darin bin ich mit ihm einer Meinung. Dann finden wir keinen mehr, der schlachtet. Die Bauern bleiben auf noch mehr überständigen Tieren sitzen. Das dient nicht dem Verbraucherschutz, und das dient auch nicht den Strukturen, die wir in Rheinland-Pfalz zunächst einmal erhalten müssen, um sie anschließend zu verändern.

(Licht, CDU: Darin besteht eine große Gefahr!)

Das heißt, in diesem Bereich sind Sie gefragt, und Sie müssen eine klare Aussage treffen, damit die Betriebe eine Sicherheit haben, mit der sie auch weiterhin agieren können.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen nicht, dass durch die aktuelle BSE-Krise unsere regionalen Schlachthöfe zerstört werden. Wenn wir den Weg in eine andere Agrarpolitik gehen wollen und müssen - das werden wir -, die stärker an der Umwelt, einer artgerechten Nutztierhaltung und einer regionalen Orientierung ausgerichtet ist, brauchen wir die regionalen Verarbeitungsstrukturen genauso wie die landwirtschaftlichen Betriebe, Herr Beck. Das heißt, wir können sie in dieser Krise nicht kommentarlos untergehen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, deswegen würde ich Sie bitten, schreien Sie an diesem Punkt nicht gleich wieder „keine Subventionen“, sondern überlegen Sie sich sehr gut, mit welcher Art von Hilfe man vermeiden kann, dass wir in dem Bereich, in dem wir eigentlich in eine andere Richtung gehen wollen, eine Ödnis bekommen.

Herr Minister Bauckhage hat ein umfangreiches BSE-Hilfsprogramm für die Bauern angekündigt. Über das Schlachterhandwerk hat sich Mister Mittelstand noch keine Gedanken gemacht. Die Betriebsinhaber haben gesagt, wir haben vom zuständigen Minister noch nichts gehört: Herr Bauckhage, vermutlich reicht es Ihnen, wenn zwei bis drei Schlachthöfe übrig bleiben.

(Staatsminister Bauckhage:
Ach, Quatsch!)

Das ist dann die Fortentwicklung der Schlachthöfe analog der Molkereien. Wir haben in Rheinland-Pfalz nur noch zwei oder drei.

(Kuhn, F.D.P.: Das sind die besten
in Deutschland!)

Ich warne davor, sich auf einen solchen Weg einzulassen. Wir würden es bitter bereuen, wenn wir in der Fläche keine regionalen Schlachthöfe mehr hätten. Frau Martini, in diesem

Punkt wären Sie mit Ihren Krokodilstränen wegen der Tiertransporte wieder gefragt und müssten sich bei dem Kollegen einsetzen.

Herr Bauckhage, das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft ist im Übrigen nicht der Rede wert. Genauso wie das Zehn-Punkte-Programm für die Winzer, das Sie vor einigen Plenarsitzungen vorgestellt haben, enthält es jede Menge Maßnahmen, die zum laufenden Geschäft gehören müssten: Beratung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten, ein Darlehensprogramm der ISB, Zinsverbilligungen, Tilgungsaussetzungen, nichts, was irgendwie aufregend wäre oder eine neue Richtung vorgeben würde..

(Licht, CDU: Sehr richtig, Frau Kollegin!)

Die Ausgleichszahlungen sollen vom Herbst auf das Frühjahr vorgezogen werden. Das ist gut, das wird helfen. Aber das alles sowie auch die Neustrickung dieses völlig unzureichenden Herkunftszeichens „Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz“, in das Sie noch einmal 2,1 Millionen DM investieren, nachdem schon etliche Millionen hineingeflossen sind, obwohl es überhaupt keine Sicherheit gegeben hat, Herr Bauckhage, wird die landwirtschaftlichen Betriebe nicht retten, vor allem dann nicht, wenn die rheinland-pfälzische Agrarpolitik unbeeinträchtigt weiter auf den Wettbewerb am Weltmarkt ausgerichtet ist.

Frau Martini, wenn Sie so weit gehen, dass Sie die Folgen der EU-Agrarpolitik mit griechischen Tragödien vergleichen, möchte ich Sie darauf hinweisen, dass die EU-Agrarpolitik ein handfestes Aushandeln von Interessen ist. Dabei sind viele Stimmen gefragt, und es wäre gut, wenn eine rheinland-pfälzische Stimme die Stimme der Bundesregierung verstärken würde, diese Fehlsteuerung der letzten 30 Jahre endlich anzuhalten und auf ein anderes Gleis zu setzen. In diesem Punkt sind Sie ebenso gefragt wie der Kollege Bauckhage. Ich fürchte, Sie bekommen es beide nicht geregelt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo waren Sie, als wir die Agenda 2000 sowie auch unsere Anträge zur Förderung der artgerechten Tierhaltung sowie der regionalen Vermarktung diskutiert haben? - Geschwiegen haben Sie. Unsere Anträge sind in den Papierkorb geworfen worden.

(Creutzmann, F.D.P.: Da gehören
sie auch hin! -
Zuruf des Abg. Kuhn, F.D.P.)

Gegen die F.D.P. und ihren Landwirtschaftsminister konnten Sie sich nicht durchsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Schauen Sie nach Nordrhein-Westfalen. Dieses Bundesland ist für die Musik vorbereitet, die nun aus Berlin kommt. Die haben die Noten schon geschrieben, während Herr Bauckhage

am liebsten seinen Kabinettskollegen die Ohren zuhalten würde, damit sie diese Musik nicht hören und ihn nach den Noten fragen können; denn da könnte er ihnen überhaupt nicht weiterhelfen. Da ist er, um mit seinen eigenen Worten zu sprechen, mit denen er Andréa Fischer bezeichnet hat, eine Lusche. Mein Stil ist es nicht; aber seiner.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor fast genau einer Woche fand hier im Plenarsaal die Anhörung zur BSE-Krise statt. Alle Anzuhörenden, die weit mehr als zwei Drittel dieses Raums einnahmen, waren sich in ihrer Gesamtheit einig - bis auf eine Ausnahme -, dass sich das BSE-Thema nicht für parteipolitisches Geplänkel eignet. Es eignet sich nicht für Wahlkampfgeplänkel und Schuldzuweisungen. Meine Damen und Herren vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von der CDU, alle diese drei Dinge haben Sie nicht beachtet - ganz im Gegenteil.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ob es die Vertreter der Bauernverbände oder des Verbands Ökologische Landwirtschaft oder die Verbraucherschutzzentrale waren, alle haben davor gewarnt, dies zu tun, da sie gesagt haben, dass man zu wenig weiß. Wir wissen nicht, wie BSE entsteht. Wir vermuten, dass Tierfutter eine Rolle spielt. Aber allein kann es die Rolle nicht spielen, weil es in England Regionalstrukturen gibt, die statistisch sagen, es kann nicht die alleinige Ursache sein. Es ist eine komplexe Ursache, die BSE entstehen lässt. Selbstverständlich gibt es aber Komponenten, die wir heute schon identifizieren können, auf die wir heute auch politisch reagieren.

Wir wissen nicht, wie BSE übertragen wird. Wir vermuten es, wir wissen es aber nicht. Wir wissen eigentlich viel zu wenig. Auch dies ist von der Forschung immer wieder bestätigt worden, die auch mit in der Anhörung vertreten war. Sich hierhin zu stellen und plötzlich dieses Gut-Böse-Spiel aufzumachen, also traditionelle Landwirtschaft gegen Ökolandwirtschaft, macht überhaupt keinen Sinn.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das kam nur von der F.D.P., sonst von niemandem!)

Vertreter des Ökolandbaus haben hier selbst gesagt - Frau Thomas, Sie waren nicht anwesend, fragen Sie einmal die Kollegen, die dabei waren -, sie sind nicht sicher, ob es ihnen nicht genauso geschehen kann. Wir sprechen von Risiko und

von Risikominderung. Wir sprechen nicht von Wahrheit. Um Risikominderung geht es hier. Dafür sind auch die Maßnahmen, die wir ergreifen können.

Zu dieser Risikominderung gehört auch, was hier deutlich gesagt wurde, dass wir wesentlich stärker in Forschung investieren müssen. Es ist für mich ein großer Skandal, wenn ich hin und wieder zurück schaue und unter anderem sehe, was zum Beispiel in England passiert ist. In der „Süddeutschen Zeitung“ stand ein Artikel „Fälschung statt Forschung“. Es wurde dort systematisch Forschung behindert. Man ist nicht an BSE-Proben herangekommen, um uns an der Forschung zu beteiligen. Sie hatten ein Exportverbot. Die BSE-Kuh ist dort Eigentum des Ministeriums. Das dürfen wir nicht wiederholen. Ich sehe auch für unser Bundesland nicht die Gefahr, dass sich dies wiederholt - ganz im Gegenteil. In unserem Antrag sprechen wir ausdrücklich davon, dass man Forschung unterstützen muss.

Bevor die Geschichte die Runde macht, möchte ich betonen, es ist nicht so, dass es keinen Krisenstab bei der Landesregierung gab - ganz im Gegenteil. Die Ministerin hat sogar die Termine der ersten Sitzungen genannt. Es sind Protokolle und alles vorhanden. Sie können jeden Bauernpräsident und jeden Verbandspräsidenten und die Verbraucherzentrale fragen, die daran teilgenommen haben.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Das ist eine Mär, die entstanden ist. Diese Mär lasse ich auch so nicht stehen.

Es gibt dann noch eine Mär, die entstanden ist. Sie betrifft die Frage der Unterstützung. Wir haben mehrfach gesagt, dass selbstverständlich unterstützt wird, auch bei den Probenahmen. Bevor aber die EU nicht erklärt, ob sie unterstützt oder nicht, können wir keine Finanzierung zusagen, sonst bezahlen wir es am Schluss. Zuerst muss sich die EU erklären. Dann muss sich der Bund erklären. Wir haben gesagt, im Zweifel dann, wenn gar keiner mitmacht, stehen wir selbstverständlich hinter unseren Landwirten und den Schlachtbetrieben, stehen dafür gerade und helfen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Das ist doch nicht ihre Verursachung. Also müssen wir helfen. Die Schlachtbetriebe haben es nicht verursacht, auch die bürgerliche Landwirtschaft hat BSE nicht verursacht. Also müssen wir helfen. Das ist doch das Selbstverständnis einer jeden Regierung. Ich würde es Ihnen auch genauso zugestehen, wenn Sie umgekehrt die Regierung stellen würden. Dass Sie das unterstellen, ist schlichtweg politisches Wahlkampfgeplänkel und für eine solch wichtige und notwendige Diskussion nicht geeignet, die nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie einigermaßen sachlich geführt wird.

Wir haben einige Gruppierungen noch nicht benannt, die dringend mit in dieses Szenario, in die Komplexität dieses

Themas eingebunden werden müssen. Tierfutter ist ange- sprochen worden. Es sind selbstverständlich die Einzelhan- delsverbände, die sich sehr moderat in der Anhörung ausge- sprochen und gesagt haben, dass sie Mitverantwortung an den Preisen tragen. Sie haben dies explizit gesagt. Sie haben gesagt, dass sie sich auch in der Mitverantwortung sehen. Deswegen muss auch den Kunden das entsprechende Ange- bot gegeben werden. Der Verbraucher fragt nach. Wir müs- sen dem Verbraucher auch deutlich erklären, dass bestimmte Qualität auch ihren Preis hat. Die Einzelhandelsverbände se- hen sich mit in der Verantwortung. Diese Mitverantwortung sollten wir positiv nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sollten dies für uns und die Verbraucher nutzen. Wir soll- ten es gemeinschaftlich in diesem Sinne machen, nicht ge- geneinander. Das ist kein Wahlkampfthema.

Vielen Dank.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile Herrn Landwirtschaftsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Maßnahmen zur Eindämmung der Risiken aus der Rinder- krankheit BSE müssen zweifellos oberste Priorität haben, um einen wirksamen Verbraucherschutz mit größtmöglicher Si- cherheit zu gewährleisten und eine nachhaltige und tierge- rechte Rinderhaltung zu sichern.

Meine Damen und Herren, wenn man sich hierhin stellt und verbal um sich schlägt, dann ist das erstens zunächst einmal der Beleg der eigenen Hilflosigkeit.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, das wäre nicht schlimm. Wer aber wie Sie, Frau Kiltz und Frau Thomas, und Sie, Herr Billen, ar- gumentiert, der schafft nicht Verbrauchervertrauen, sondern der schürt weiteres Misstrauen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Es ist schon sehr merkwürdig, wenn Sie sagen, nun testen Sie doch bitte einmal alle, dann haben wir das Problem gelöst.

(Billen, CDU: Das habe ich
nicht gesagt!)

Meine Damen und Herren, die Verbraucherinnen und Ver- braucher in diesem Land sind höchst sensibel. Das ist auch gut so. Sie lassen sich nicht verhohnen. Wir können nur dann testen, wenn wir auch wissenschaftlich nachweisen können, dass ein Test ein Ergebnis erbringt. Wer dann noch solchen Aussagen zugejubelt, macht sich ein Stück mitverantwortlich dafür, dass in diesem Hause versucht wird, ein Stück Verbrau- chertrauen zu verlieren.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Billen, CDU: Das ist der Gipfel
der Frechheit!)

Meine Damen und Herren, wer in diesen Fragen Aktionismus betreibt, macht natürlich einen klaren Fehler. Aktionismus ist nichts anderes als das, was jetzt in Bayern gemacht wird. Ich glaube, in Bayern gibt es jetzt 18 Ministerien. Was es bedeutet, ein Verbraucherschutzministerium auf den Weg zu bringen und was damit erreicht werden soll, muss mir dann einmal jemand sagen. Nur indem man ein Türschild verändert, hat man noch nicht Verbraucherschutz auf den Weg ge- bracht. Damit hat man noch nicht Verbrauchervertrauen ge- wonnen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Frau Kiltz und Frau Thomas, wer an dieser Stelle so tut - ohne dafür den wissenschaftlichen Beleg zu erbringen; denn das ist immer entscheidend -, dass dies ein Problem des Viehbe- satzes und ein Problem der nicht vorhandenen Agrarfabriken in Rheinland-Pfalz sei - in Rheinland-Pfalz gibt es keine Agrar- fabriken und Großbetriebe -, der geht fahrlässig mit dem Verbraucherschutz um.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Er will bewusst falsch informieren, um eigenen Aktionismus betreiben zu können, sonst nichts.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Sie suchen wieder nach einem
Feindbild, sonst nichts!)

- Ich weiß, das ist alles unangenehm. Es muss aber einmal ge- sagt werden. Wir reden heute von Verbraucherschutz und Verbrauchervertrauen. Wenn man das Verbrauchervertrauen erhalten will, dann muss man mit diesem Thema seriös, sach- lich und solide umgehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das ist kein Thema, das sich für verbale Schlagabtausche eignet.

(Beifall bei F.D.P. und SPD -
Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer hat denn damit angefangen?)

- Sie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer so tut, wie Sie es machen, dass wir in Rheinland-Pfalz Agrarfabriken hätten und es eine Frage des Viehbesatzes war ---

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich doch gar nicht gesagt!
Hören Sie doch zu!)

Herr Kollege Augustin hat ganz klar erklärt, in Rheinland-Pfalz gibt es von der Viehbesatzdichte her keinen Betrieb, der oberhalb der Ökolandwirtschaft liegt. Meine Damen und Herren, wer dies alles ohne wissenschaftliche Erkenntnisse macht, begeht einen fahrlässigen Fehler und versucht, die Landwirtschaft zu diskreditieren. Das werde ich nicht zulassen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Mir wurde eben vorgeworfen, ich wäre untergetaucht. Am 24. November 2000 ist in Schleswig-Holstein der erste BSE-Fall bekannt geworden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe sofort eine zusätzliche verstärkte Futtermittelkontrolle mit dem Ergebnis angeordnet, was wir aus Koblenz RWZ kennen.

Ich sage nun noch einiges zur Frage des Risikomanagements und des Managements eines Risikos. Übrigens war ich an dem gleichen Tag in einem Schlachterbetrieb und habe genau das erklärt, was ich jetzt hier erklären werde, nämlich der Versuch, mit Verbraucherschutz für Verbrauchertrauen zu werben, und zwar mit den Schlachtern und der Landwirtschaftskammer gemeinsam.

Darüber hinaus gibt es in Rheinland-Pfalz schon immer eine hohe Kontroldichte, im Verhältnis zum Viehbesatz mit die höchste in Deutschland. Damit das einmal klar ist, ich rede von Futterkontroldichte. Meine Kollegin Frau Martini hat einige Zitate gebracht. Ich habe sie eigentlich immer bewundert, weil sie am Schluss immer allein war und sich nicht durchsetzen konnte. Der wahre Skandal liegt nicht in Deutschland, nicht in Berlin, nicht in Bonn, er liegt eindeutig in Brüssel.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Ich sage das nicht aus Selbstgerechtigkeit heraus. Herr Dr. Gölter, ich sage das auch nicht, weil ich ein Stück Nationalismus führen will. Wenn wir erreichen wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit Europa identifizieren, dann darf so etwas nicht passieren. Man kann auch nicht zulassen, dass ein Herr Byrne sagt, in Deutschland wird ein Skandal hochkommen, und zwar 180 000 Fälle gegenüber 15 Fällen, derzeitiger Sachstand. Das muss der Sachlichkeit halber gesagt werden. Darin liegt der wahre Skandal. Die Kollegin Frau Martini hat sich über einen langen Zeitraum vehement für das Aufrechterhalten des Exportverbots eingesetzt. Das wäre der richtige Weg gewesen; denn darin liegt die eigentliche Ursache.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich füge hinzu: In Rheinland-Pfalz managen wir das Problem, ob Ihnen das passt oder nicht. Wir machen kein Krisenmanagement, sondern wir managen das Problem. Darauf können Sie sich verlassen.

(Licht, CDU: Wenn man sich darauf verlassen kann! -

Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen umfassend informiert werden und auf die Informationen vertrauen können, dass ihre Lebensmittel von hoher Qualität und gesundheitlich unbedenklich sind. Aus meiner Sicht müssen sich unsere Anstrengungen exakt auf folgende Bereiche konzentrieren: Zum einen sind die Änderungen des Futtermittelrechts zu nennen. Zum anderen ist dies ein umfangreiches Hilfsprogramm für unsere Landwirte, das ich vor wenigen Tagen der Öffentlichkeit vorgestellt habe und das auch das Ziel einer umfassenden Verbraucherinformation beinhaltet.

Zunächst komme ich zu den Änderungen des Futtermittelrechts. Seit Anfang Dezember vergangenen Jahres gelten das Gesetz über das Verbot des Verfütterns, des innergemeinschaftlichen Verbringens und der Ausfuhr bestimmter Futtermittel sowie dazu eine Eilverordnung des Bundes und eine entsprechende EU-Entscheidung. Mit diesem Gesetz wird das Verfüttern proteinhaltiger Erzeugnisse und das Verfüttern von Fetten aus dem Gewebe warmblütiger Landtiere und von Fischen verboten. Dieses Verbot gilt auch für Mischfuttermittel, die diese Einzelfuttermittel enthalten. Ausnahmen von diesem Verfütterungsverbot gibt es nur für wenige, wie zum Beispiel Milch und Milcherzeugnisse. Das mit der EU-Entscheidung ausgesprochene Verbot umfasst weitestgehend die gleichen Futtermittel. Die EU-Entscheidung ist jedoch bis zum 30. Juni 2001 befristet. Das heißt, das Verfütterungsverbot ist nach derzeitiger Sachlage nur von beschränkter Dauer.

Die EU-Entscheidung geht andererseits in einem Punkt über das deutsche Gesetz hinaus. Sie verpflichtet die Mitgliedstaaten sicherzustellen, dass alle Futtermittel, die für die Verfütterung an Nutztiere bestimmt sind und tierische Proteine enthalten, vom Markt genommen werden und aus den Vertriebswegen und Lagern der landwirtschaftlichen Betriebe entfernt werden. Deshalb wurde die amtliche Futtermittelüberwachung in Rheinland-Pfalz stark intensiviert. So soll über verschärzte Kontrollen sichergestellt werden, dass Futtermittel, die nach dem 2. Dezember 2000 verboten worden sind, nicht mehr in den Verkehr gelangen und nicht mehr verfüttert werden.

Ich werde an dieser Stelle etwas zu den Kontrollen sagen, weil sie vorhin eine Rolle spielten. Es ist nach wie vor so, dass es bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion und den

Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten amtliche Probenehmer für Futtermittel gibt. Diese sprechen sich im Übrigen ab.

(Zuruf von der CDU: Von wegen!)

Das sage ich bezüglich des hier hochgespielten Szenarios, wie Sie es getan haben. Die Probenehmer werden richtigerweise von der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion koordiniert. Verbogene Futtermittel werden von dort sichergestellt. Um es klar zu sagen, das ist ein klarer, sauberer Ablauf.

Meine Damen und Herren, die für die Futtermittelüberwachung zuständige Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Trier trifft mit Unterstützung der Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalten die notwendigen Maßnahmen, um die Futtermittel sicherzustellen. Jetzt komme ich auf den Punkt. Ein Hersteller hat angekündigt, sein Futtermittelwerk in Rheinland-Pfalz wegen der zu scharfen Kontrollen zu schließen.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist ein Kompliment!)

Ich bedauere das zwar ausdrücklich sehr, aber es gibt keine Alternative zu umfangreichen und stengsten Kontrollmaßnahmen.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD -

Kuhn, F.D.P.: Sehr gut!)

Dies gilt nicht nur für die Futtermittelkontrollen, auch die Futtermittelindustrie ist gefordert; denn so einfach kann man sich das nicht machen. Der Ministerpräsident, Frau Martini oder ich können das alles nicht überprüfen. Man kann uns dafür nicht verhaften. Auch die Futtermittelindustrie ist in einer Eigenverantwortung; denn so verstehe ich unseren Staat.

Aus Gründen des Gesundheits- und Verbraucherschutzes müssen alle notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um sicherzustellen, dass keine unerwünschten tierischen Bestandteile im Futtermittel enthalten sind. Die Futtermittelwirtschaft muss daher selbstständig geeignete Qualitätssicherungsmaßnahmen einführen. Ich fordere sie auf, dies unverzüglich umzusetzen.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, vor dem Hintergrund der aktuellen Situation habe ich zu Beginn meiner Rede das Hilfsprogramm erwähnt und initiiert und möchte die Gelegenheit nutzen, es in den Grundzügen darzustellen. Als erste Maßnahme nenne ich die Qualitätssicherung der Futtermittel. Ziel ist es, die Produktsicherheit vom Ursprung der Rohstoffe, über Umschlag, Transport und Verarbeitung bis hin zum Futtertrog zu garantieren. Dazu ist eine Erhöhung der Prüfkapazitäten bei der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Speyer, eine Verstärkung der Futtermittelkontrollen, eine Intensivierung der Futtermittelberatung vorgesehen. Die Landesuntersuchungs- und Forschungsanstalt erhält deshalb aus meinem Haus rund 70 000 DM für Investitio-

nen in Analysegeräte zur Futtermittelkontrolle. Daneben wird auch die Beratung zum Anbau und zur Verfütterung von Eiweißpflanzen entsprechend verstärkt werden.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die offene Deklaration, das heißt, die prozentuale Angabe der einzelnen Komponenten im Futtermittel und die so genannten Positivlisten zugelassener Futtermittel auf EU-Ebene wieder eingeführt werden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, beide Maßnahmen sind ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung des Verbrauchertrauens. In diesem Fall ist auch der Landwirt Verbraucher als Nutzer durch den Zukauf von Futtermitteln.

Die offene Deklaration und die Positivlisten sind im Übrigen in Deutschland nichts Neues. Sie waren im Futtermittelrecht in den 80er- und 90er-Jahren bereits verankert. Sie wurden nur auf dem Altar der EU-Rechtsangleichung geopfert. Das ist die Wahrheit.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD -
Mertes, SPD: So war das!)

Die zweite Maßnahme ist die Weiterentwicklung des Herkunftszeichens „Rindfleisch aus Rheinland-Pfalz“ zu einem Prüfzeichen im Sinn einer umfassenden Verbraucherinformation. Das geschieht in einem Erzeuger-Verbraucher-Dialog mit dem Ziel, Transparenz und Sicherheit vom Stall bis zur Ladentheke mit einem verbesserten Verbraucherschutz zu erreichen. Das ist die Philosophie, die dahinter steht. Es ist vorgesehen, neben der Angabe von Qualitäts- und Herkunftsangaben auch Angaben über Futtermitteluntersuchungen in den Erzeugerbetrieben vorzusehen, die über den obligatorischen BSE-Test hinausgehen.

An dieser Stelle möchte ich auch die pauschale Diskriminierung der Tierhaltenden Landwirte noch einmal zurückweisen. Eine artgerechte Tierhaltung und Tierernährung ist in keiner Weise immer von der Zahl der gehaltenen Tiere im Betrieb abhängig. Ich sage das alles deshalb, weil wir natürlicherweise dieses neue Herkunftszeichen, Gütesiegel, in enger Partnerschaft mit der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz durchführen werden, weil wir zutiefst davon überzeugt sind, dass die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz die Institution sein wird, die am ehesten in der Lage ist, in dieser aufgeregten Diskussion Klarheit, Sicherheit und objektive Information zu geben.

Deshalb habe ich heute beispielsweise entschieden, dass aus einer Staatlichen Lehr- und Versuchsanstalt heraus eine Person an die Verbraucherberatung abgestellt wird, um die notwendige Woman- und Manpower dort zu erreichen, damit sachgerecht informiert werden kann.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir haben darüber hinaus - das ist keine Frage - auch noch einmal aus wirklich geringen Mitteln 100 000 DM zur Verfügung gestellt. Das muss man auch seriös und sachlich tun. Das ist meines Erachtens ein Weg, wie wir Verbrauchertrauen zurückerobern können, das wir dringend brauchen; denn nur mit dem Vertrauen der Verbraucher werden wir auch wieder eine wirtschaftlich bessere Situation sowohl bei den Schlachtbetrieben als auch bei den Landwirten herstellen können, und nicht durch Rundumschläge hier, die, wie gesagt, nur der Dokumentation der eigenen Hilflosigkeit dienen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang weise ich auf den vierstärksten Landkreis in Rheinland-Pfalz hin. Ich sage das ganz bewusst noch einmal. Wenn man schon Landwirte kritisiert und wenn man schon Bewirtschaftungsformen kritisiert, sollte man wenigstens die Geschäftsgrundlage kennen. Man muss auch wissen, dass bisher noch in keinem Fall klargestellt ist, noch nicht wissenschaftlich erwiesen ist, woher das kommt. Man kann also nicht sagen: Das kann nur daran liegen, wir müssen es nur gerade einmal umändern.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, die Besatzdichte im Landkreis Bitburg-Prüm liegt mit weniger als 1,4 Großvieheinheiten je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche weit unter den entsprechenden Vorgaben des ökologischen Landbaus.

Meine Damen und Herren, die Neukonzeption des Herkunftszeichens wird, kurzfristig abgeschlossen, am 25. Januar vorgestellt. Projektpartner sind die Landwirtschaftskammer, die Bauernverbände, die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz - die Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz ist einer der entscheidenden Partner - und natürlichweise die Schlachthofbetriebe und die Metzger, meine Damen und Herren. Wer mir Vorwürfe macht, wir hätten die Schlachthofbetriebe und die Metzger nicht einbezogen, der wird dann das Gegenteil erleben dürfen.

Ich füge hinzu, es ist merkwürdig, dass man hier alles weiß, ohne es zu wissen. Vorurteile kann man natürlich hegen. Wir haben uns natürlichweise im Kabinett in jeder Kabinettsitzung seit dem Fall mit der Problematik befasst, weil wir das sehr ernst nehmen, und zwar aus zweierlei Gründen. Kollegin Frau Martini hat es gesagt, es geht zum Ersten um Lebensmittel. Es geht zum Zweiten um Berufsstände. Zum Dritten geht es um das Vertrauen. Das kann man nur gewinnen, indem man sachlich und seriös mit einem solchen Thema umgeht.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir machen ernst mit dem Erzeuger-Verbraucher-Dialog, ohne dass wir Türschilder wechseln müssen. Für die Weiterentwicklung des Herkunftszeichens zu einem Prüfzeichen und für die erforderlichen Marketingmaßnahmen haben wir für die Landwirtschaftskammer und die Partner noch einmal erhebliche Fördermittel bereitgestellt.

Als dritte Maßnahme muss über die Hilfen zur Minderung der Liquiditätsprobleme in den Betrieben gesprochen werden. In der Ergänzung zu den auf EU- und Bundesebene beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Liquiditätslage halte ich folgende Maßnahmen für erforderlich, die teilweise bereits eingeleitet wurden:

Sie wissen, dass die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz am 14. Dezember auf meine Initiative hin aus eigenen Mitteln ein zinsgünstiges Darlehen für Rinder haltende Betriebe beschlossen hat. Die Konditionen sehen vor, dass 1 000 DM pro Rind und je Betrieb bis zu 50 000 DM für zwei Jahre zu einem Zinssatz von 5,7 % in Anspruch genommen werden können. Die Auszahlung der für den Herbst vorgesehenen Ausgleichszulage, die für die Rinderhalter eine wichtige Einkommen stützende Funktion hat, soll auf das Frühjahr vorgezogen werden. Mit der Europäischen Kommission soll hierzu ein unbürokratisches Verfahren abgestimmt werden. Bei Liquiditätsproblemen in Betrieben, die in den letzten Jahren in die Rinderhaltung investiert haben, kann nach Prüfung im Einzelfall darüber hinaus in Abstimmung mit den jeweiligen Hausbanken eine Stundung bzw. Tilgungsaussetzung der begünstigten Darlehen genehmigt werden.

Meine Damen und Herren, außerdem habe ich das damalige Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten aufgefordert, in Abstimmung mit den Ländern ein gemeinsames Liquiditätsprogramm für die Rinder haltenden Betriebe sowie die Vieh- und Fleischwirtschaft aufzulegen.

Als viertes Maßnahmenbündel zur Minderung der Folgen der BSE-Krise will ich unser Programm zur Förderung des ländlichen Raums entsprechend anpassen. Im Einzelnen ist vorgesehen:

1. Eine Aufstockung der Ausgleichszulage für Grünland im Jahr 2001 um bis zu 10 %. Dazu sollen noch einmal aus Umschichtungsmitteln bis zu 3 Millionen DM zusätzlich bereitgestellt werden.
2. Eine Erhöhung der Förderung des Landeskontrollverbands Rheinland-Pfalz um bis zu 0,5 Millionen DM. Er soll damit stärker in Maßnahmen zur Sicherstellung der Transparenz in der Produktion einbezogen werden.
3. Eine Anhebung der Obergrenze des Subventionswerts der kapitalisierten Zinsverbilligung im Rahmen der Investitionsförderung von 26 % auf 30 %.
4. Eine befristete Aussetzung der im „Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung“ vorgegebenen Viehbestandsobergrenzen. Ein entsprechender Antrag wurde der Kommission vorgelegt.
5. Die Bildung von regionalen Entwicklungsschwerpunkten im Rahmen der Zukunftsinitiative für den ländlichen Raum, um eine integrierte Entwicklung auf dem Land gemeinsam mit allen örtlichen Entscheidungsträgern voranzutreiben.

6. Schließlich die Förderung der Erstellung von Vermarktungskonzepten für regional und ökologisch produzierte Produkte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit diesem Hilfsprogramm wird deutlich, dass wir unseren gesetzlichen Kontrollaufgaben strengstens gerecht werden. Wir haben damit Maßnahmen eingeleitet, die für die Bauern gezielte Hilfendarstellen und geeignet sind, einen umfassenden Verbraucherschutz zu gewährleisten, um so - nur so können wir das Vertrauen der Verbraucher zurückgewinnen - das Verbrauchertrauen zurückzugewinnen. Das ist der entscheidende Punkt.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, nach dem bisherigen Ablauf der Diskussion darf ich Ihnen Folgendes mitteilen: Es besteht noch Redezeit für die Fraktionen. Die CDU-Fraktion verfügt noch über eine Redezeit von drei Minuten, die SPD-Fraktion von vier Minuten, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von fünf Minuten und die F.D.P.-Fraktion von vier Minuten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Billen das Wort. Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! So gibt es dann vielleicht auch noch am Ende der Diskussion eine Zeitgerechtigkeit mit den Minuten.

Herr Minister Bauckhage, Sie haben gesagt, Sie diskutieren das immer im Kabinett, und ich stelle einmal fest, wie wichtig der Verbraucherschutz für diese Landesregierung ist. Wenn ich richtig informiert bin - Sie mögen mich verbessern -, hat man alles getan, ein Mitglied der Landesregierung noch in den Fernsehrat hineinzubekommen. Somit sitzt Herr Staatssekretär Rüter -

(Staatsminister Bauckhage: Was hat das damit zu tun?)

- Ich sage Ihnen das nur, um die Ernsthaftigkeit für manche Argumente darzustellen

-- für Verbraucherschutz im Fernsehrat.

(Mertes, SPD: Jetzt zu dieser verrückten Kuh!)

Sie haben eben am Anfang Ihrer Diskussion - dafür habe ich mich eigentlich nur gemeldet - einfach behauptet, die CDU-Fraktion - Sie haben mich dann auch noch namentlich genannt - würde unqualifizierte Forderungen in die Welt setzen und mehr oder weniger dummes Zeug reden. Das haben Sie nicht gesagt, aber so kam es herüber.

Ich habe für die CDU gefordert, um Verbraucherschutz zu gewährleisten - jetzt sagen Sie nicht, das geht nicht -, ist jedes kranke Tier, das Prionen hat, zu testen. Wir vermuten zwar, dass es keine Prionen oder kein krankes Tier bis zu 24 Monaten gibt, aber jedes ist zu testen. Wer wirklich hohe Verbrauchersicherheit haben will, testet jedes geschlachtete Rind, egal wie alt es ist,

(Ministerpräsident Beck: Das verstehe ich jetzt nicht!)

um dem Verbraucher sagen zu können, es ist kein krankes Tier, das verkauft wird.

(Mertes, SPD: Auch für den Fall, dass der Test das bei dem 24 Monate alten Rind nicht bringt!)

- Bitte?

(Mertes, SPD: Auch für den Fall, dass der Test das bei dem 24 Monate alten Rind nicht bringt!)

- Herr Mertes, ich habe gerade noch einmal betont, wenn ein Tier BSE hat, ist das unabhängig vom Alter über den Test feststellbar. Herr Mertes, das ist genau der Punkt.

(Mertes, SPD: Machen Sie weiter! - Kuhn, F.D.P.: Das verstehe ich nicht!)

- Herr Kuhn, das muss aber nicht an meinen Äußerungen liegen, dass Sie das nicht verstehen, aber ich sage es Ihnen noch einmal. Wir reden normalerweise von Tieren über 30 Monaten, die automatisch getestet werden.

Darf ich jetzt vielleicht ein bisschen mehr Redezeit für die Erklärung haben? -

(Zuruf aus dem Hause: Nein!)

Wenn Sie die Tiere über 30 Monate jetzt schlachten, müssen Sie testen. Das sind in der Regel Kühe. Bullen werden im Alter von 18 oder 19 Monaten geschlachtet.

(Kuhn, F.D.P.: Das ist okay!)

Die müssen nicht getestet werden und werden mittlerweile nicht mehr getestet, weil die Schlachtbetriebe sagen: Das Risiko ist uns zu hoch.

Unsere Forderung ist begründet, weil bei jedem Tier, das BSE hat, egal wie alt es ist, wenn es geschlachtet wird, über den Prionentest festgestellt werden kann, dieses Tier ist krank. Wer Verbrauchersicherheit haben will, der testet jedes geschlachtete Rind, bevor es auf die Ladentheke kommt. Das war unsere Forderung.

Herr Minister, interessanterweise werden Sie diese Forderung für Ihr Prüfsiegel „Rheinland-pfälzisches Markenfleisch“ selbst erheben. Insofern kann diese nicht so unsinnig sein. Sie ist richtig.

Unsere Bitte ist, lassen Sie es uns tun, damit wir Verbrauchersicherheit haben. Alles andere hat keinen Wert. Das ist Verbrauchertäuschung. Das wollen wir nicht.

(Beifall der CDU)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Hatzmann das Wort.

Abg. Frau Hatzmann, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es wäre so schön, wenn wir einen Test hätten, der aussagefähig ist.

Herr Billen, Sie gestehen mir zu - das war in der Anhörung und ist in allen wissenschaftlichen Ergebnissen deutlich -, dass ein Test, der negativ verläuft, nicht hundertprozentig aussagefähig ist. Wir haben eine 95%ige oder 98%ige Wahrscheinlichkeit bei Rindern über 30 Monaten. Diese Chance, diese Sicherheit nutzen wir für den Verbraucher, also testen wir. Alles, was darunter liegt, ist ein 50 %-Treffergebnis ja oder nein.

(Billen, CDU: Nein!)

Die Prionen müssen sich im Gehirn erst so massiv vermehren, dass ich sie erkennen kann; denn einen Bluttest haben wir noch nicht. Daran arbeiten wir mit Hochdruck. Sie wissen dies alle. Es gibt mehrere Institutionen, die dies tun, unter anderem eine rheinland-pfälzische. Wir müssen Gewebe untersuchen. In dem Gewebe muss die Krankheit manifest sein. Sie ist manifest ab 30 Monaten. Das ist das, was die EU sagt. Sie hat entsprechende Tests notifiziert, das heißt, das sind Tests, auf die die Verbraucher sich verlassen können. Davor zu testen, ist sinnvoll, richtig und notwendig, aber das Ergebnis ist nicht aussagekräftig. Da, wo ein negatives Rind in den Handel kommt, heißt das noch lange nicht, dass es BSE-frei ist.

(Mertes, SPD: Scheinlösung!)

Deswegen ist es auch verboten worden, diese Teile mit „BSE-getestet“ auszuzeichnen. Es würde den Zorn, die Verunsicherung und die Angst des Verbrauchers noch weitertreiben,

wenn plötzlich in der Ladentheke ein Stück Fleisch gefunden würde, das dann doch BSE-haltig ist.

Ich denke, es ist ein Teil der Seriosität in diesem „Geschäft“, dass wir zugeben müssen, dass wir so wenig wissen und auch in Teilen richtiggehend hilflos sind. Aber in den Fällen, in denen wir können, nämlich bei Rindern über 30 Monaten, tun wir dies auch. Es gibt notifizierte Verfahren, die von der EU zugelassen sind. Diese wenden wir auch an. Alles andere wird mit Hochdruck erforscht.

Ich hoffe sehr, dass sich die Forscherszene stärker zusammensetzt und verbindet, damit wir schneller zu den Ergebnissen kommen. Aber hier so zu tun, als wäre dies ein Test, der dem Verbraucher hilft, ist falsch. Er hilft nicht.

Dies wollte ich nur sagen. Das Anliegen ist gemeinschaftlich richtig: Tests, so schnell wie möglich, am besten am lebenden Rind und im Blut. Das ist der Wunschtraum, den wir im Moment alle hegen.

Vielen Dank.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Präsident Grimm:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bauckhage, mit Ihnen als Agrarminister ist das Vertrauen der Verbraucher nicht zurückzugewinnen oder neu aufzubauen. Sie würden sich am besten aus der Debatte heraushalten und Fleischwurst essen.

Herr Bauckhage, Sie schließen die Augen fest vor der Komplexität der Ursachen und der Versäumnisse in der Agrarpolitik.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

- Herr Creutzmann, ich rede gerade mit Minister Bauckhage.

Versäumnisse der Agrarpolitik gestehen Sie nicht ein. Das wundert nicht. Sie wollen so weitermachen wie bisher. Das ist wenig glaubwürdig, sozusagen gar nicht glaubwürdig für die große Masse der Verbraucher, die die EU-Agrarpolitik der vergangenen 30 Jahre und deren Verlängerung durch die Bundesregierung, durch die Mitgliedstaaten und durch die Landesregierung für eine wesentliche Ursache der Situation hält, die wir jetzt haben, und zwar zu Recht.

Die F.D.P. setzt nach wie vor - sie nimmt Herrn Schröder übel, dass er das eine lange Zeit genauso gemacht hat, aber dann

gelernt hat und eine Wende will - gnadenlos auf den Wettbewerb auf dem Weltmarkt und treibt die Landwirtschaft auch in Rheinland-Pfalz in die Produktionsausweitung, in die Rationalisierung und weg aus der Region, in der sie stattfindet.

(Mertes, SPD: Hier ist doch kein Parteitag!)

Die regionale Verarbeitung und Vermarktung ist von der F.D.P. und von ihren beiden Agrarministern nie als ein ernst zu nehmendes Instrument begriffen worden, mit dem regionale Kreisläufe belebt, die Landwirtschaft gestärkt und das Vertrauen zwischen Erzeugern und Verbrauchern aufgebaut werden kann. Wo wird überhaupt jetzt noch Rindfleisch abgenommen? - Von den Ökobetrieben, die nachweislich kein Tiermehl verfüttert haben - Herr Billen, das ist der Unterschied zwischen der konventionellen und der ökologischen Landwirtschaft -, oder es sind Betriebe, die die Verbraucher kennen.

Herr Bauckhage, wenn Sie Ihre Blockade so weitertreiben, wie Sie angekündigt haben, das heißt, wenn Sie dies wahr machen, dann machen Sie auf den ausgetretenen Pfaden weiter. Das ist wie vieles in Ihrer Politik sehr schlecht für die Bauern und Bäuerinnen in Rheinland-Pfalz, und es bietet auch für die konventionellen Betriebe keine Perspektive. Es ist vielleicht gut für die Funktionäre des Berufsstands, damit sie nicht lernen müssen, neue Reden auf den Bauernversammlungen zu halten und ihr Feindbild „Ökolandbau“ zu pflegen.

(Staatsminister Bauckhage: Das ist Quatsch! Das stimmt nicht!)

Für die Betriebe selbst ist es nicht gut.

Herr Bauckhage, hören Sie gut zu: Es kann in Zukunft zum Standortnachteil geraten, wenn ein landwirtschaftlicher Betrieb in Rheinland-Pfalz unter einem Agrarminister Bauckhage im Wettbewerb mit anderen Bundesländern produziert, wo vernünftige, vorausschauende Landwirtschaftsminister die Zeichen der Zeit erkannt haben und daran arbeiten, das Vertrauen der Verbraucher neu aufzubauen, den Dialog zwischen Erzeugern und Verbrauchern auszubauen und zu verstärken und die Landwirtschaft auf einen neuen zukunftsfähigen Weg zu bringen. Das hätten die rheinland-pfälzischen Bauern verdient.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Grimm:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache.

Ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Mitglieder des Clubs der Behinderten und ihre Freunde aus Neu-

stadt an der Weinstraße, Aussiedler aus dem Raum Pirmasens sowie Mitglieder des Vergnügungsvereins Gutenberg. Herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Ich rufe nun Punkt 4 der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung

„Verkehr in Rheinland-Pfalz - auf gutem Weg in die Zukunft“

Zur Abgabe der Regierungserklärung erteile ich Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Rheinland-Pfalz steht vor großen internationalen und nationalen Herausforderungen.

Die europäische Einigung, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Öffnung der Grenzen zu den mittel- und osteuropäischen Staaten stellen die Politik insgesamt vor neue vielfältige Aufgaben.

Dies gilt im Besonderen für den Verkehr. Deshalb muss unser Verkehrssystem im Interesse des Standorts Rheinland-Pfalz zukunftsorientiert gestaltet werden.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung das Landesverkehrsprogramm Rheinland-Pfalz 2000 vorgelegt. Es soll den verkehrspolitischen Kurs des Landes in der zeitlichen Perspektive bis zum Jahr 2010 bestimmen.

Zunächst möchte ich in diesem Zusammenhang einen kurzen Rückblick auf die 90er-Jahre werfen.

Im letzten Jahrzehnt ist die Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz mit mehr als 7 % Anstieg bei heute über 4 Millionen Menschen außerordentlich dynamisch verlaufen. Im Übrigen: Die Menschen kamen alle freiwillig in dieses Land Rheinland-Pfalz. Offensichtlich fühlt man sich in unserem Bundesland wohl.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

In Verbindung mit einer deutlich gestiegenen Bruttowertschöpfung von 27 % und einer gewachsenen Kaufkraft der Bevölkerung nahm in diesem Zeitraum die individuelle Motorisierung um 8 % zu. Gleichzeitig stiegen die Personen- und Güterverkehrsströme um 15 % bzw. 17 % erheblich an.

Vor diesem Hintergrund hat das Land seit dem Jahr 1990 eine Vielzahl strukturpolitisch bedeutsamer Infrastrukturprojekte

auf den Weg gebracht. Aus dem Bereich des Straßenverkehrs nenne ich beispielsweise den vierstreifigen Ausbau Prüm - Bitburg im Zuge der A 60, den Abschnitt Landstuhl - Wesseling im Zuge der A 62, den Weiterbau der A 63 in Richtung Kaiserslautern, den Abschnitt Edenkoben - Landau-Süd im Zuge der A 65 und den sechsstreifigen Ausbau des Streckenabschnitts Oggersheimer Kreuz - Ludwigshafen-Gartenstadt im Zuge der A 650.

Weiterhin sind im Zeitraum von 1990 bis 1999 rund 60 Ortsumgehungen als Bundes- und Landesstraßen neu gebaut worden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Bei den kommunalen Straßenbaulastträgern lag der Umfang der Zuwendungen des Landes in den 90er-Jahren bei insgesamt rund 1,4 Milliarden DM. Damit konnten landesweit in vielen Städten und Gemeinden das innerörtliche Straßennetz ausgebaut, neue Radwege geschaffen und vor allem verkehrsberuhigende Maßnahmen durchgeführt werden.

Meine Damen und Herren, im Schienenpersonenfernverkehr sind Ende des vergangenen Jahrzehnts in unserem Land drei bedeutende Schnellbahnverbindungen in die Realisierungsphase eingetreten. Dies sind die Neubaustrecke Köln - Rhein/Main mit dem neuen ICE-Bahnhof Montabaur, der Ausbau der linksrheinischen Schienenschnellverbindung Köln - Koblenz - Mainz - Ludwigshafen/Mannheim mit den ICE-Bahnhöfen Koblenz, Mainz und Worms und der Ausbau der Schienenschnellverbindung Mannheim/Ludwigshafen - Kaiserslautern - Saarbrücken - Paris (POS-Nord) mit den rheinland-pfälzischen ICE-Bahnhöfen Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße. Nach ihrer Fertigstellung werden diese Schienenprojekte erhebliche Effekte auf die großräumige Erreichbarkeit unseres Landes haben.

Auch der öffentliche Personennahverkehr wurde ausgehend von den neuen Möglichkeiten nach der Bahnreform im Jahr 1994 mit der Einführung des Rheinland-Pfalz-Takts auf eine völlig neue Grundlage gestellt. So hat sich allein das Zugkilometerangebot im Zeitraum von 1994 bis 1999 in Rheinland-Pfalz um 45 % erhöht. Im gleichen Zeitraum stiegen die Fahrgästzahlen um rund 90 %.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Insgesamt sieben stillgelegte Strecken wurden für den täglichen Betrieb reaktiviert. Vier längere Regionalstrecken, die Pfalzstrecke, die Nahestrecke, die Lahnstrecke und die Saar-Eifel-Strecke, wurden für den Einsatz von Neigetechnikzügen ausgebaut.

In Ergänzung zum Angebot auf der Schiene wurden in den ländlichen Räumen erstmals 25 schnelle Regio-Bus-Linien mit gesicherten Anschlüssen an den angefahrenen Bahnhöfen eingerichtet.

Schließlich hat die Landesregierung seit 1990 rund 100 Millionen DM für die Modernisierung von mehr als 70 der insgesamt etwa 400 rheinland-pfälzischen Bahnhöfe bereitgestellt. Mit weit mehr als 200 Millionen DM wurde im gleichen Zeitraum der Einsatz neuer Fahrzeuge gefördert. Es wurden in diesem Zeitraum also insgesamt rund 300 Millionen DM für die Sanierung von Bahnhöfen und für den Einsatz neuer moderner Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Abgerundet wurde die rheinland-pfälzische ÖPNV-Landschaft durch die Planung und Einrichtung von flächendeckenden Verkehrsverbünden mit einer einheitlichen und transparenten Tarifstruktur. So ist der südliche Landesteil bereits in die Verkehrsverbünde „Rein-Neckar“, „Karlsruhe“, „Westpfalz“ und „Rhein-Nahe“ komplett integriert. Im Norden ist am 1. Januar dieses Jahres der Verbund „Region Trier“ hinzugekommen. Der Verkehrsverbund „Rhein-Mosel“ ist leider noch nicht installiert worden.

(Schwarz, SPD: Warum wohl nicht?)

- Das können wir nachher noch diskutieren, Herr Kollege Schwarz.

Der Ausbau des ÖPNV wurde in Rheinland-Pfalz seit 1990 mit weit mehr als drei Milliarden DM an Investitionen, Betriebszuschüssen und Planungsmitteln gefördert.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Damit ist Rheinland-Pfalz und der Rheinland-Pfalz-Takt zu einem Vorbild für den Personennahverkehr in ganz Deutschland geworden.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Verkehrsträger für Rheinland-Pfalz ist die Binnenschifffahrt. So ist der Anteil am gesamten rheinland-pfälzischen Güterverkehrsaufkommen aufgrund der Lage des Landes an den leistungsfähigen Wasserstraßen Rhein, Mosel und Saar mit rund 22 % deutlich höher als im gesamten Bundesgebiet, in dem der Durchschnitt bei rund 14 % liegt.

(Zuruf des Abg. Dr. Gölter, CDU)

Allein der Containerumschlag ist zwischen den Jahren 1990 und 1997 in den Häfen von Rheinland-Pfalz um etwa 110 % auf rund 1,9 Millionen Tonnen angestiegen. Vor diesem Hintergrund verfolgt das Land mit Nachdruck seit dem Jahr 1991 die Einrichtung der Güterverkehrszentren Koblenz, Trier, Mainz-Bingen, Ludwigshafen/Germersheim und Wörth.

Meine Damen und Herren, auch die Bedeutung des Luftverkehrs als einem weiteren wichtigen Standortfaktor für das Land ist in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen.

Mit dem Flughafen Hahn als bedeutendem Konversionsprojekt verfügt Rheinland-Pfalz über einen hoch entwicklungsfähigen Flughafen mit einer 24-Stunden-Fluggenehmigung. Bisher konnten an diesem Standort rund 1 600 Arbeitsplätze neu geschaffen werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Bei den US-Streitkräften waren demgegenüber in den 80er-Jahren maximal 800 zivile Arbeitskräfte beschäftigt. Die Zahl der Arbeitskräfte ist also verdoppelt worden. Das muss natürlich in diesem Zusammenhang gesehen werden. Vor dem Hintergrund der Anzahl der Arbeitskräfte muss auch berücksichtigt werden, wer diesen Flughafen befürwortete und wer ihn nicht befürwortete.

Meine Damen und Herren, nicht unerwähnt sollte bei einem verkehrspolitischen Rückblick auf die 90er-Jahre bleiben, dass es der Landesregierung gelungen ist, die Formel 1 wieder am Nürburgring zu etablieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zusammen mit dem Freizeitpark „Erlebniswelt Nürburgring“ und dem großen Fahrsicherheitszentrum trägt der Nürburgring heute ganz wesentlich zur Strukturverbesserung der gesamten Eifelregion bei.

Die in Rheinland-Pfalz im Zeitraum von 1990 bis 1999 aufgewendeten öffentlichen Mittel zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Verkehrsinfrastruktur sowie der Verkehrsangebote belaufen sich auf mehr als 18 Milliarden DM. Die Anstrengungen zum Ausbau des rheinland-pfälzischen Verkehrssystems im vergangenen Jahrzehnt haben in erheblichem Maß zur Verbesserung der Standortgunst des Landes und seiner Regionen beigetragen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird ihre zukunftsorientierte Verkehrspolitik auf dieser guten Grundlage kontinuierlich fortsetzen; denn der Verkehr in Rheinland-Pfalz wird auch in den kommenden Jahren weiter wachsen.

Die wichtigsten Gründe hierfür sind

- die EU-Osterweiterung,
- ein Wachstum der Bruttowertschöpfung in der Größenordnung von 23 % bis zum Jahr 2010,
- höhere Mobilitätserfordernisse bei den Berufspendlern sowie im Einkaufs- und Freizeitverkehr,
- größere Transportweiten mit kleineren Sendungsgrößen und höherer Bedienfrequenz im Güterverkehr sowie
- die Zunahme der Motorisierung und des Personenverkehrsaufkommens von jeweils 1,3 % jährlich.

Beim Aufkommen im motorisierten Personenverkehr ist bis zum Jahr 2010 ein Wachstum von 19 % zu erwarten. Dabei geht die Landesregierung davon aus, dass ein überproportionaler Anstieg des PKW-Verkehrs durch weiter verbesserte Angebote im öffentlichen Verkehr zumindest in Teilen aufgefangen werden kann bzw. aufgefangen werden muss.

Der rheinland-pfälzische Luftverkehr wird mit einer Steigerung von 35 % bis zum Jahr 2010 die höchste Wachstumsrate im Personenverkehr aufweisen.

Für den Güterfernverkehr in Rheinland-Pfalz wird bis zum Jahr 2010 ein Wachstum von etwa 21 % prognostiziert.

Trotz der Wachstumsdynamik beim Gütertransport auf der Straße von etwa 19 % ist es aus Sicht der Landesregierung möglich, einen wesentlichen Teil des Güterfernverkehrs vor allem über die rheinland-pfälzischen Güterverkehrszentren auf Bahn und Schiff zu verlagern. Das ist eine richtige Politik.

Insoweit ist beim Bahnverkehr von einem Wachstum von etwa 23 % und bei der Binnenschifffahrt von einem Wachstum von rund 27 % auszugehen. Ein überproportionaler Teil des Fernverkehrszuwachses auf der Straße wird auf den Durchgangsverkehr durch Rheinland-Pfalz entfallen, der um rund 74 % zunehmen wird.

Meine Damen und Herren, angesichts der prognostizierten und sehr dynamischen Verkehrsentwicklung hält die Landesregierung den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der Verkehrsangebote für zwingend erforderlich.

Folgende Ziele sollen dabei Orientierungsmaßstab sein:

1. Den Standort Rheinland-Pfalz stärken.

Aufgrund des hohen Anteils an ländlich strukturierten Regionen in Rheinland-Pfalz ist das Land im europäischen und globalen Standortwettbewerb in besonderem Maß auf leistungsfähige Verkehrsverbindungen angewiesen; denn eine gute Verkehrsinfrastruktur ist ein wichtiges Instrument zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und im Tourismusgewerbe sowie zur positiven Entwicklung der ländlichen Räume.

Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau als das Strukturministerium für den ländlichen Raum misst daher den Maßnahmen zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Bedeutung zu. Diese Maßnahmen sind Bestandteil eines umfassenden Instrumentenkatalogs für den ländlichen Raum, der im Ministerium gebündelt und im Rahmen der Initiative für den ländlichen Raum „Land schafft“ mit den Menschen in den Räumen entwickelt werden soll.

(Vizepräsident Schuler übernimmt den Vorsitz)

2. Die Mobilität sichern und Erreichbarkeiten verbessern.

Angesichts der vorliegenden Prognosen darf das Verkehrssystem nicht zum Engpassfaktor der wirtschaftlichen Entwicklung werden. Dies gilt insbesondere für das Straßen- und Schienennetz.

3. Die Verkehrssicherheit steigern.

Die Beseitigung von Unfallschwerpunkten, die Sanierung des vorhandenen Straßennetzes, Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, verkehrsordnerische Maßnahmen sowie eine permanente Verkehrserziehung und -aufklärung insbesondere junger Führerscheininhaber sind die Schlüssel auf diesem Weg.

4. Die Umweltbelastungen verringern.

Die vom Bau neuer Verkehrswege und vom Verkehr selbst ausgehenden Umweltbelastungen sollen durch eine möglichst geringe Flächeninanspruchnahme, durch die Vermeidung von Trennwirkungen sowie durch geringere Lärm- und Schadstoffemissionen so weit wie möglich vermindert werden.

5. Den Wettbewerb im Verkehr voranbringen.

Preise und Ordnungspolitik sind Instrumente für eine gerechtere und umweltfreundlichere Gestaltung des Verkehrs. Deshalb muss insbesondere im Güterkraftverkehr eine angemessene Belastung des in- und ausländischen Verkehrs unter Berücksichtigung auch der externen Kosten erreicht werden. Insofern begrüße ich die ab 2003 vorgesehene Einführung einer entferungsunabhängigen Autobahnbenutzungsgebühr für schwere LKW.

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Verkehrsgewerbes sind aber parallel dazu hinsichtlich der technischen Vorschriften und der Sozialvorschriften auf internationaler Ebene dringend weitere Harmonisierungsschritte erforderlich. Ich sage das deshalb, weil es nicht sein kann, dass die Wettbewerbsverzerrung noch größer wird. Wir brauchen dann gleiche Wettbewerbsbedingungen in Europa.

Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs müssen die Chancen des Wettbewerbs für eine wirtschaftlichere Leistungserbringung mit allem Nachdruck und zeitnah genutzt werden. Wettbewerb - das ist nicht meine eigene Philosophie - ist schon eine Faszination an sich. Wettbewerb hebt immer die Leistung und senkt den Preis. Das ist das Urelement des Wettbewerbs. Wir erkennen das jetzt sehr deutlich bei der Rhein-Neckar-Bahn. Dort gab es unterschiedliche Kräfte, die mich daran hindern wollten, Wettbewerb auf die Schiene zu bringen. Das alles will ich jetzt nicht mehr bewerten, sondern ich will Ihnen nur sagen, dass es mittlerweile 17 Bewerber für die Dienstleistung gibt. Wir müssen jetzt abwarten, wer gewinnt, aber es gibt 17 Bewerber für die Dienstleistung.

6. Finanzierungskonzepte weiterentwickeln.

Die Finanzierung der notwendigen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen und attraktiver Bedienungsangebote stößt insgesamt der Finanzlage der öffentlichen Hände allerdings an Grenzen. Die Quadratur des Kreises ist mir noch nicht gelungen. Die üben derzeit andere.

Im Rahmen der Finanzierung durch öffentliche Mittel muss daher die Sanierung der vorhandenen Verkehrsinfrastrukturen Vorrang haben. Für Maßnahmen zur Neuerstellung von Verkehrsinfrastrukturen sollte so weit wie möglich privates Kapital, zum Beispiel über Mautfinanzierungsprojekte, mobilisiert werden.

Eine Vorfinanzierung von Projekten kann jedoch aus meiner Sicht in Zukunft im Hinblick auf die jetzt schon hohe Vorbelastung künftiger Haushalte nur noch bei strukturpolitisch besonders bedeutsamen Verkehrsprojekten in Betracht kommen.

Meine Damen und Herren, der Landesregierung ist bewusst, dass sich die vorgenannten Ziele nur durch das Zusammenwirken eines breiten Maßnahmenbündels der Verkehrsträger Straße, Schiene, ÖPNV, Wasserstraße und Luftverkehr erreichen lassen.

Mit Blick auf die Verbesserung der großräumigen Standortgunst des Landes sind künftig die folgenden Fernstraßenverbindungen von herausragender Bedeutung:

- vierstreifiger Ausbau der B 50 von Rheinböllen bis Wittlich einschließlich des Hochmoselübergangs,

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

- Fertigstellung der A 63, Mainz - Kaiserslautern,
- sechsstreifiger Ausbau des Mainzer Rings im Zuge der A 60,
- durchgehende Fertigstellung der A 60, Bitburg - Wittlich,
- durchgehende Fertigstellung der A 1, Mehren - Landesgrenze Nordrhein-Westfalen,
- durchgehender sechsstreifiger Ausbau der linksrheinischen Autobahn A 61,
- Lückenschluss der A 65 zwischen Wörth/Kandel und Lauterbourg,
- weiterer Ausbau der B 10 und
- der Lückenschluss Koblenz - Wetzlar/Gießen im Zuge der A 48/B 49.

Meine Damen und Herren, diese Projekte erfordern ein Investitionsvolumen von rund 3,6 Milliarden DM und sind mit dem Bund vorrangig zu vereinbaren.

Neben den großräumigen Straßenverbindungen wird insbesondere zur Verbesserung der regionalen Standortgunst der Bau von Ortsumgehungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen mit einem Investitionsvolumen von rund 2,2 Milliarden DM in den Jahren 2001 bis 2010 verfolgt.

Neben den Maßnahmen, die sich bereits in der Bauvorbereitung befinden, nenne ich insbesondere die Ortsumgehung Neuhäusel im Zuge der B 49, die Ortsumgehung Rengsdorf im Zuge der B 256, die Umgehung Nierstein im Zuge der B 9 und die Ortsumgehungen im Zuge der Deutschen Weinstraße (B 271).

Höchste Priorität bei der Landesregierung und auch beim Bund hat zudem die Rheinbrücke bei Worms.

Im Netz der Landesstraßen haben die Neuführung der L 600 bei Pirmasens und die L 700 zwischen Zweibrücken und der Landesgrenze zum Elsaß bei Hornbach eine große strukturpolitische Bedeutung.

(Beifall der Abg. Frau Schneider, SPD)

Für die von der Landesregierung mit Nachdruck betriebene Sanierung des rheinland-pfälzischen Bundes- und Landesstraßennetzes sind im Zeitraum von 2001 bis 2010 insgesamt 3,4 Milliarden DM zu veranschlagen. Im kommunalen Straßenbau sollen im gleichen Zeitraum zur Verbesserung der Kreis- und Gemeindestraßen noch einmal rund 1,5 Milliarden DM investiert werden.

Meine Damen und Herren, von besonderer Bedeutung für den Standort Rheinland-Pfalz sind im Schienenverkehr folgende Projekte:

- die Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Köln - Rhein/Main mit dem Bahnhof Montabaur unter gleichen Haltebedingungen wie Limburg,
- die Fertigstellung der Schienenschnellverbindung Mannheim/Ludwigshafen - Kaiserslautern - Saarbrücken - Metz/Paris (POS Nord),
- der Ausbau der linksrheinischen Strecke Mainz - Ludwigshafen/Mannheim - Karlsruhe/Straßburg und verständlicherweise
- der weitere Ausbau des Rheinland-Pfalz-Takts mit flächendeckenden Verkehrsverbünden.

Die Neubaustrecke Köln - Rhein/Main hat insbesondere für die Region Mittelrhein-Westerwald erhebliche strukturpolitische Auswirkungen.

Der ICE-Bahnhof Montabaur verfügt über einen direkten Autobahnanschluss an die hochfrequentierte Autobahn A 3. Die Reisezeitentfernung vom ICE-Bahnhof Montabaur in das Rhein-Main-Gebiet wie auch in den Raum Köln/Bonn beträgt rund eine halbe Stunde. Damit bietet sich dem Raum Montabaur eine Entwicklungschance ersten Ranges. Dies gilt vor allem im Hinblick auf die Ansiedlung von Betrieben und die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Die zweite bedeutende Schienenschnellverbindung in unserem Land, die POS-Strecke nach Paris mit den rheinland-pfälzischen ICE-Haltepunkten Kaiserslautern und Neustadt, verbessert die Verbindungen zu den französischen Wirtschaftsräumen Metz und Paris entscheidend. Diese Verbindung kann damit neue Entwicklungsimpulse vor allem in den rheinland-pfälzischen Regionen Rheinpfalz und Westpfalz auslösen.

Der durchgehende Ausbau der linksrheinischen Schienestrecke Mainz - Ludwigshafen/Mannheim - Karlsruhe mit der Weiterführung über Wörth/Lauterbourg in Richtung Straßburg soll insbesondere die Verbindungen der rheinland-pfälzischen Wirtschaftszentren am Rhein zu den Räumen Straßburg/Mülhausen wesentlich stärken.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, der Rheinland-Pfalz-Takt verbessert die Erreichbarkeiten des Landes im öffentlichen Schienennverkehr landesweit und stellt sicher, dass auch die ländlichen Räume qualitativ gut an das Schienenfernverkehrsnetz angebunden werden. Nur das macht Sinn. Damit werden regionale Standortverbesserungen auf breiter Basis erreicht.

Ein weiterer wichtiger Schritt nach vorn bei der zukünftigen ÖPNV-Gestaltung ist die Schaffung einer möglichst einheitlichen flächendeckenden Verbund- und Tarifstruktur auf regionaler und kommunaler Ebene. Deshalb muss der noch fehlende Verkehrsverbund Rhein-Mosel rasch kommen. Sie wissen, woran das liegt.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ein besonders bedeutsamer verkehrs- und strukturpolitischer Ansatz im Rahmen des weiteren Ausbaus des Rheinland-Pfalz-Takts ist im Übrigen die bessere Anbindung der Region Trier/Luxemburg an das Rhein-Main-Gebiet über eine durchgehende schnelle Verbindung in der Relation Luxemburg - Trier - Koblenz - Mainz - Frankfurt. Hier verfolgen wir gemeinsam mit der DB AG das so genannte „Talgo“-Projekt.

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Weiterentwicklung des Flughafens Hahn hat die Landesregierung vor wenigen Wochen eine wichtige Entscheidung für die schienenseitige Anbindung getroffen. Auf der Hunsrückstrecke im Abschnitt Bingen/Langenlonsheim - Simmern - Hahn soll der Personenverkehr nach rund 20 Jahren wieder aufgenommen werden.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Dabei ist vorgesehen, die Schieneninfrastruktur mit Investitionsmitteln von rund 80 Millionen DM auszubauen. Ziel ist eine Fahrzeit von Mainz zum Flughafen Hahn von 75 Minuten.

Im Süden des Landes sind für die Standortgunst der Region Rheinpfalz der weitere Ausbau der Regionalbahn/S-Bahn Rhein-Neckar und die Stadtbahn Karlsruhe von großer Bedeutung.

Insgesamt soll im Zeitraum 2001 bis 2010 für den Ausbau des rheinland-pfälzischen Schienennetzes rund 1 Milliarde DM investiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft des Landes hängt wesentlich von leistungsfähigen Luftverkehrsverbindungen zu den bedeutenden nationalen und internationalen Wirtschaftszentren ab.

Mit den benachbarten Verkehrsflughäfen Frankfurt, Köln/Bonn, Stuttgart, Saarbrücken und Luxemburg sowie dem rheinland-pfälzischen Verkehrsflughafen Hahn, den Flughäfen Zweibrücken und Siegerland (Nordrhein-Westfalen) und den wichtigen Verkehrslandeplätzen Speyer, Worms und Koblenz-Winningen verfügt Rheinland-Pfalz über sehr gute Voraussetzungen.

Für die Standortgunst des Landes im Besonderen spielt der Flughafen Hahn eine herausgehobene Rolle. Dafür spricht vor allem die Lage im direkten Einzugsgebiet des Großflughafens Frankfurt und des Rhein-Main-Gebiets.

Diese große strukturpolitische Chance wird die Landesregierung durch den raschen Ausbau der Bundesstraße 50 und der Hunsrückbahn mit Nachdruck nutzen.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Der Flughafen Zweibrücken im Süden des Landes hat demgegenüber eine wichtige Schrittmacherfunktion für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Westpfalz. Ziel der Landesregierung ist eine enge betriebliche Kooperation zwischen den Flughäfen Saarbrücken und Zweibrücken.

(Frau Schneider, SPD: Oder Zweibrücken und Hahn! Das geht auch!)

- Das kann man machen. Wir müssen dann über die Trägerschaften reden. Das ist für mich kein Thema. Man kann sogar eine Holding darüber setzen. Ich bitte auch aus Gründen der Verlässlichkeit der Politik um Verständnis.

Meine Damen und Herren, ich habe mit dem saarländischen Kollegen Georgi vereinbart, dass wir ein gemeinsames Gutachten über die Potenziale beider Flughäfen erstellen lassen,

um auf der Grundlage dieses Gutachtens zu untersuchen, ob eine Kooperation sinnvoll und möglich ist. Ich hoffe, dass wir dieses Gutachten Mitte Februar vorlegen können.

Gestatten Sie mir, dass ich an dieser Stelle etwas zu einer Diskussion sage, die sich derzeit insbesondere im Süden des Landes abspielt und mit dem Flughafen Zweibrücken einerseits und der irischen Fluggesellschaft andererseits befasst. Ich möchte zunächst Folgendes klarstellen: Ob die irische Fluggesellschaft in Zukunft auch von Zweibrücken fliegt, ist einzig und allein Sache der Fluggesellschaft und des jeweiligen Flughafens.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

- Herr Lelle, ich freue mich auf die Beantwortung Ihrer Mündlichen Anfrage morgen.

(Zuruf des Abg. Lelle, CDU)

Meine Damen und Herren, dies ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass es nicht sinnvoll sein kann, wenn zwei vom Land mitgetragene Flughäfen in ein direktes Konkurrenzverhältnis eintreten. Genau das wäre der Fall. Dies und nichts anderes habe ich dem Geschäftsführer des Flughafens Zweibrücken mitgeteilt.

Meine Damen und Herren, ich habe dem Geschäftsführer des Flughafens Zweibrücken auch mitgeteilt, dass wir ein gemeinsames Gespräch in der Sache führen könnten, weil ich höchstes Interesse daran habe, die Sache voranzubringen. Anstatt ein Gespräch mit mir zu führen, ist der Brief offensichtlich bei der Presse gelandet, und das noch mit einer Tendenz. Wenn das der Umgangsstil in Zukunft sein soll, muss ich sagen, dass das ein schlechter Stil ist.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Meine Damen und Herren, was den Flughafen Zweibrücken betrifft, habe ich mich immer für eine Intensivierung des Flugbetriebs eingesetzt und der Geschäftsführung meine persönliche Unterstützung angeboten. Derzeit werden die Gespräche mit der Landesregierung aus dem Saarland zügig geführt. Ich gehe davon aus, dass wir beide Konversionsprojekte zu einem guten Ziel führen werden.

Klar muss auch sein, dass sowohl der Hahn als auch Zweibrücken eine bestimmte Bedeutung haben und letztendlich die Fluggesellschaft und niemand anderes entscheidet. Ich habe nie die Absicht gehabt, einzugreifen. Es muss nur erlaubt sein, auf diese Konkurrenzsituation hinzuweisen.

Meine Damen und Herren, es macht keinen Sinn, wenn die Fluggesellschaft von A nach B, von einer Landesgesellschaft zur anderen, geht. Es macht auch keinen Sinn, wenn man im eigenen Geschäft selbst in Konkurrenzsituationen tritt. Wettbewerb ist immer gut und richtig. Die einfachste Form der Akquisition ist, wenn man bei sich selbst akquiriert. Ich bleibe

dabei, dass das Vier-Säulen-Projekt für Zweibrücken und für uns eine hohe Bedeutung hat. Deshalb werden wir versuchen, gemeinsam mit dem Saarland diesen Flughafen zu entwickeln, weil wir sonst erhebliche andere Probleme bekommen würden.

(Vereinzelt Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz ist durch die Lage an Rhein, Mosel und Saar im Güterverkehr besonders begünstigt. Rund 75 % der in Deutschland auf den Binnenwasserstraßen transportierten Güter werden auf dem Rhein befördert.

Die rheinland-pfälzischen Häfen sind deshalb Ausgangspunkte erheblicher wirtschaftlicher Aktivitäten mit einer überdurchschnittlichen Bruttowertschöpfung. Sie sichern in ihrem Umfeld eine Vielzahl qualifizierter Arbeitsplätze. Der Wandel der Häfen zu multimodalen Güterverkehrszentren ist in vollem Gang und wird seitens des Landes mit Nachdruck gefördert.

Der Ausbau der rheinland-pfälzischen GVZ-Standorte Trier, Koblenz, Mainz/Bingen, Ludwigshafen/Germersheim und Wörth stellt gleichzeitig eine wesentliche Voraussetzung für die Verlagerung von Teilen des Straßengüterverkehrs über große Entfernungen auf die umweltverträglichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße dar.

Meine Damen und Herren, im Betrieb befinden sich derzeit die Güterverkehrszentren Trier, Koblenz und Ludwigshafen/Germersheim. Für das geplante Güterverkehrszentrum in Mainz bedarf es dringend des Ausbaus des stadtseitigen Hafens. Die Landesregierung hat hierzu eine entsprechende Förderung für die Stadt in Aussicht gestellt.

Einen großen Schritt nach vorn hat das Güterverkehrszentrum Wörth mit dem geplanten Ankauf der wasserseitigen Teilflächen und der Gleisanlagen des ehemaligen Mobil-Oil-Geländes gemacht. Hier eröffnen sich vor den Toren des Oberzentrums Karlsruhe aufgrund des großen Flächenreservoirs hervorragende Ansiedlungsmöglichkeiten für Betriebe mit hohem Transportbedarf, und letztlich schaffen diese Betriebe neue Arbeitsplätze. Wörth ist ein 1a-Standort.

Ich habe vor kurzem eine große Papierfabrik, die früher in Baden-Württemberg operativ tätig war, nach Wörth holen können, und zwar aufgrund dieser guten Verkehrssituation.

Meine Damen und Herren, im Verkehrsbereich gibt es vielfältige Einsatzmöglichkeiten für die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. So können durch telematische Systeme die Verkehrsabläufe rationeller und emissionsärmer gestaltet und die Verkehrssicherheit entsprechend erhöht werden.

Unser langfristiges Ziel ist es, zum Beispiel im Bereich des gesamten Autobahnnetzes ein flächendeckendes Verkehrsleit-

system einzurichten. Darüber hinaus gilt es, über den Verkehrssektor hinausführende Lösungsansätze zu verfolgen.

Durch die multimediale Vernetzung von verkehrlichen und touristischen Angeboten, wie zum Beispiel dem Rheinland-Pfalz-Takt und dem Kultursommer Rheinland-Pfalz, kann auch der Tourismus neue Impulse erhalten.

Natürgemäß spielt der Verkehr bei der Weiterentwicklung des Tourismus in Rheinland-Pfalz insgesamt eine wichtige Rolle. Für die weitere Stärkung der nationalen und internationalen Wettbewerbspositionen sind vor allem von Bedeutung:

- die verbesserte Erreichbarkeit der touristischen Regionen im öffentlichen Nahverkehr,
- gute Angebote an umweltverträglichen Verkehrsmitteln vor Ort, wie Fahrrad und ÖPNV und
- die Erweiterung von verkehrsberuhigten Zonen, insbesondere in den Heilbädern und Kurorten.

Einen besonderen Schwerpunkt zukünftiger tourismusbezogener Verkehrspolitik soll die Initiative „Radwanderland Rheinland-Pfalz“ bilden. Sie sieht ein hochwertiges Netz attraktiver großräumiger Fahrradwege vorrangig in den reizvollen rheinland-pfälzischen Flusstälern und auf ehemaligen Eisenbahnstrecken vor.

Die Landesregierung will damit einen neuen touristischen Marktanteil für unser Land schaffen. Man muss wissen, für die Urlaubsentscheidung Rheinland-Pfalz - das sind Menschen, die das alles freiwillig machen - haben wir jährliche Wachstumsraten jenseits von 6 %. Es sind über 133 000 Arbeitsplätze in der Branche etabliert. Das ist ein Arbeitsmarktfaktor, der nicht zu unterschätzen ist. Darüber hinaus werden jenseits von sieben Milliarden DM Umsatz gemacht. Dafür ist entscheidend:

- die Natur,
- die Kultur und
- die Möglichkeit des Radwanderns.

Das ist sehr naturbezogen. Deshalb müssen wir dafür die notwendige Infrastruktur schaffen.

Meine Damen und Herren, das Verkehrssystem für den Standort Rheinland-Pfalz zukunftsorientiert gestalten - dies ist die Intention des neuen Landesverkehrsprogramms 2000. Entscheidende Erfolge in den 90er-Jahren waren vor allem der gezielte Ausbau des Bundesfernstraßennetzes, die Schaffung des Rheinland-Pfalz-Takts, die Errichtung von Güterverkehrszentren und eine wesentlich verbesserte Verkehrssicherheit auf den Straßen. An diese Erfolge will die Landesregierung anknüpfen.

Mit einer modernen, an den Anforderungen des neuen Jahrtausends ausgerichteten Verkehrspolitik soll der Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz gesichert und weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Für unsere Bürgerinnen und Bürger sollen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die unter Wahrung der Umweltbelange eine bestmögliche Mobilität erlauben. Das ist die Voraussetzung für eine hohe Lebensqualität in den Zentren, in deren Umland und in den ländlichen Räumen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist bewusst, dass die Realisierung der dazu im neuen Landesverkehrsprogramm vorgeschlagenen vielfältigen Projekte und Initiativen erhebliche öffentliche Mittel seitens des Bundes, des Landes und der Kommunen in einer Größenordnung von rund 25 Milliarden DM erfordern. Dies sind rund 6,5 Milliarden DM mehr, als Rheinland-Pfalz im gleichen Zeitraum der 90er-Jahre investiert hat.

Wir werden uns mit aller Kraft und unserem Ideenreichtum der Lösung dieser Aufgabe widmen; denn es handelt sich um gut angelegtes Kapital angesichts der zukünftigen Herausforderungen für unser Land, für unsere Bürger und für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltend Beifall der F.D.P.
und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache zur Regierungserklärung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Bracht das Wort.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart.

(Bischel, CDU: Was normalerweise angesichts der Länge der Regierungserklärung über den Haufen geworfen werden muss!)

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wirtschafts- und Verkehrspolitik sind als eine Einheit zu sehen. Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz gehört zu den wichtigsten Voraussetzungen für eine blühende, wachstumsorientierte Wirtschaft. Versäumnisse in der Verkehrspolitik verringern über kurz oder lang die Attraktivität eines Wirtschaftsstandorts entscheidend.

Meine Damen und Herren, gemessen an dieser Feststellung ist die Verkehrspolitik des Landes Rheinland-Pfalz - entgegen Ihren Beteuerungen, Herr Minister - in den letzten zehn Jahren in weiten Teilen gescheitert.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU -
Staatsminister Bauckhage: Sie haben
die Zahlen nicht gehört! -
Widerspruch bei SPD und F.D.P.)

Den guten Weg, den Sie vorgeben, erkennen wir in der bisherigen Arbeit der Landesregierung nicht in dem Maß. Das gilt für den öffentlichen Personennah- und Fernverkehr auf Straße und Schiene. Das gilt aber insbesondere für den Straßenbau, sowohl für den Bundes- als auch für den Landesstraßenbau, der sich, wie jeder sieht, in einer katastrophalen Situation befindet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, gescheitert ist auch die Politik, die durch den Bau von Güterverkehrszentren als Umschlagsplätze in allen Teilen des Landes darauf abzielte, die Logistik von Gütern zu optimieren und möglichst viele Güter auf die Schiene oder auf das Wasser zu bringen. Zehn Jahre haben Sie daran gearbeitet. Aber nur das GVZ Trier ist im Zeitplan. Alle anderen dämpeln unentschlossen und richtungslos vor sich hin. Das muss endlich entschlossener angegangen werden.

Meine Damen und Herren, das gilt auch für den Personenverkehr auf der Schiene. Nach der Bahnreform galten die Bemühungen zunächst dem SPNV. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist dort eine gute Lösung - das will ich ausdrücklich bestätigen -, wo es noch ein relativ dichtes Schienennetz gibt. Die Landesregierung hat aber aus dem Auge verloren, dass dieser Takt ganz wesentlich davon abhängt, dass die regionalen Verbindungen an die Fernverbindungen in Rheinland-Pfalz andocken können müssen. Genau dies ist derzeit in großer Gefahr. Ein Lichtblick wird sicher die ICE-Verbindung Paris - Mannheim sein. Nicht Sie, Herr Beck - er ist nicht anwesend -, sondern Helmut Kohl hat diesen Pflock noch eingeschlagen.

Die Schnellbahntrasse Köln - Frankfurt hat sicher einige Vorteile für den Kölner und den Frankfurter Raum. Rheinland-Pfalz - dies wird immer deutlicher - nutzt dies nur wenig. Der Bahnanbindung des Rheintals wird sie sogar massiv schaden; denn diese für Rheinland-Pfalz wichtigste Strecke wird entwertet. Zudem droht Mannheim, seine Bedeutung als zentraler ICE-Knotenpunkt mit allen negativen Folgen einzubüßen. Wenn dann auch noch die InterRegio-Linien ganz wegfallen, verliert Rheinland-Pfalz in dramatischer Weise den Anschluss an die Fernverbindungen der Bahn.

Die meisten dieser Probleme sind nicht erst drei Monate alt, sondern zum Teil zumindest mehrere Jahre. Daran - das ist

unser wesentlicher Vorwurf an die Regierung - wurde nicht ausreichend konzeptionell in diesen letzten Jahren gearbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern Sie auf, entwickeln Sie endlich ein Fernverkehrskonzept Bahn, in dem alle Landesteile vernünftig angebunden bleiben, und setzen Sie dies gegenüber Bahn und Bund durch.

Ich komme zum Luftverkehr und den Flughäfen. Mit der Einrichtung der drei Flughafenstandorte Hahn, Bitburg und Zweibrücken hat die wirtschaftsgeographische Karte unseres Landes eine erhebliche strukturelle Veränderung erfahren. Die darin liegenden Chancen müssen wir nutzen. Wir sind uns weitgehend einig in der außerordentlichen Bedeutung des Hahn und der Zusammenarbeit mit Frankfurt für das ganze Land Rheinland-Pfalz.

Wir vermissen aber nach wie vor die infrastrukturpolitischen Entscheidungen der Landesregierung, damit das, was Sie vorhin verkündet haben, auch tatsächlich in allen Punkten Realität werden kann, Herr Minister. Ich nenne beispielsweise das Planfeststellungsverfahren für den Streckenabschnitt B 50 Simmern - Hahn.

Meine Damen und Herren, es kann und darf auch nicht sein, dass wir bei aller Bedeutung des Hahn die Entwicklung der beiden weiteren Flughafenkonversionsprojekte Bitburg und Zweibrücken vergessen. Herr Minister, ich glaube, Zweibrücken haben Sie angesprochen, aber Bitburg haben Sie gar nicht erwähnt.

(Zuruf des Staatsministers Bauckhage)

Die CDU vermisst klare Konzepte der Landesregierung, klare Ziele, in welche Richtung diese Flughäfen entwickelt werden sollen. Für jeden Standort muss ein eigenes Profil entwickelt werden, jeder Standort muss seine Stärke nutzen: Hahn als unerlässlicher Partner für die Zukunft von Frankfurt, Bitburg in der Kooperation mit Luxemburg, und Zweibrücken - das haben Sie angesprochen - in Kooperation mit Saarbrücken, was nicht ganz einfach zu sein scheint. Es scheint mir aber dennoch eine sinnvolle Sache zu sein.

Als Alternative dazu bietet sich aber natürlich auch die Zusammenarbeit von Zweibrücken mit Bitburg und Luxemburg an. Auch dies ist eine denkbare Alternative, die einen Sinn ergibt. Aber man muss die Dinge anpacken, damit wir sie realisieren können.

Meine Damen und Herren, mit dieser durch die Flughäfen wesentlich mitbestimmten veränderten strukturellen Gegebenheit in Rheinland-Pfalz, hängt die Verkehrseröffnung des Landes über die Straße zusammen. Die Erschließung des Hahn von Frankfurt kommend über den Hunsrück und die Mosel zu den Eifelautobahnen habe ich in ihrer Bedeutung

für weite Teile des Landes angesprochen. Die Bedeutung, die der B 50 für den Hahn zukommt, kommt in der Pfalz ganz eindeutig der B 10 als Voraussetzung für die Entwicklung von Zweibrücken zu.

Der Ausbau der B 10 hat zudem eine vergleichbar strukturer-schließende Bedeutung für den Süden des Landes wie die B 50 für den Norden. Auch in diesem Bereich geht es nicht voran.

Insgesamt müssen wir feststellen, dass der von Heinrich Holkenbrink begonnene Anschluss der verschiedenen Landesteile an das europäische Fernstraßennetz unter der SPD/F.D.P.-Koalition massiv ins Stocken geraten ist.

(Frau Schneider, SPD: Jetzt erzählen Sie aber etwas! Das ist eine Frechheit! -
Zurufe von der SPD: Ach, ja!)

Das lag sicher nicht nur an der hiesigen Politik, sondern auch an der Deutschen Einheit und dem Investitionsbedarf im Osten. Aber klar ist auch, dass diese Regierung nicht die Kraft hatte, im Land wie auch im Bund wichtige Projekte auch im Wettbewerb mit anderen durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU -
Creutzmann, F.D.P.: Das war auch unter
der CDU-Regierung nicht so! -
Weitere Zurufe von der SPD)

Bestes Beispiel dafür ist der Mainzer Ring, der ganz wesentlich von der SPD blockiert wurde.

Heute kündigt der Wirtschaftsminister ein Landesverkehrsprogramm sowie zahlreiche wichtige Bundesstraßenprojekte an. Diese umfangreiche Liste können wir durchaus unterschreiben. Es sind sehr wichtige Projekte.

(Creutzmann, F.D.P.: Aha!)

Aber weshalb haben Sie nicht längst mit der Umsetzung begonnen?

Herr Bauckhage, Sie kündigen ein Milliarden-Programm zur Verbesserung der ländlichen Infrastruktur für den Fall an, dass Sie wiedergewählt werden. Ich frage Sie: Weshalb sind Sie ein solches Programm nicht in den letzten zehn Jahren angegangen?

(Beifall der CDU -
Creutzmann, F.D.P.: Das haben
wir doch gemacht!)

- Dann hätten wir heute nicht die katastrophale Situation, die wir derzeit haben, lieber Herr Creutzmann.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, SPD)

Allein diese Ankündigung ist doch der eindeutige Beleg von Ihnen, dass Ihre bisherige Verkehrspolitik fehlgeschlagen ist.

Die CDU fordert deshalb die Landesregierung auf, endlich zur Tat zu schreiten und beim Bund die entsprechenden Mittel für Bundesstraßenprojekte durchzusetzen. Aber auch dies werden wir wahrscheinlich selbst erledigen müssen.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das gilt auch für die innere Erschließung der Flächengebiete des Landes durch Landesstraßen. Diese innere Erschließung hat in den letzten zehn Jahren den gravierendsten Rückschlag erlitten. In diesem Bereich war Ihre Verkehrspolitik am katastrophalsten, und diesbezüglich können Sie keine Schuld auf Bonn oder Berlin schieben. Der damit verbundene Rückfall des Wirtschaftsstandorts liegt allein in den Händen von SPD und F.D.P.

Man kann durch das Land fahren, wohin man will: Im Westerwald, in der Eifel, im Hunsrück, in Rheinhessen und der Pfalz, überall das gleiche Bild: Miserable Landesstraßen und entsprechend berechtigte Kritik der Bürger, weil ihre Mobilität gefährdet ist und die Verkehrssicherheit auf unseren Straßen immer schlechter wird. Das kommt nicht von ungefähr. Es liegt an der aktuellen Politik.

Es gibt ein Gutachten, das Sie kennen und das fortgeschrieben worden ist. Dieses Gutachten belegt eindeutig, dass Sie 205 Millionen DM, und nach der aktuellen Fortschreibung 210 Millionen DM, als Investition für die Infrastruktur der Landesstraßen einsetzen müssten, um allein den Bestand zu erhalten.

Was haben Sie getan? - Anstatt den Gutachtern zu folgen, haben Sie die Mittel massiv von 205 Millionen DM im Jahr 1991 auf 94 Millionen DM im Jahr 1998 reduziert. Zur Wahl hin haben Sie sie noch einmal leicht erhöht, und in 2001 werden sie erneut reduziert. Meine Damen und Herren, das ist die Ursache für die maroden Landesstraßen.

Ich frage mich, wieso macht die Landesregierung dies?

Als ich mir heute die Regierungserklärung angehört habe, kam mir die Lösung. Die Regierung und die sie tragenden Parteien SPD und F.D.P. haben kein Interesse an Landesstraßen.

(Creutzmann, F.D.P.: Ach! -

Zuruf des Abg. Schweitzer, SPD)

Landesstraßen sind nach Ihrer Meinung offensichtlich nicht notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Über etwas, das nicht notwendig ist, reden Sie auch nicht.

Herr Minister, haben Sie einmal darüber nachgedacht, wie viel Ihrer Regierungserklärung Sie diesem für die Erschließung der Fläche des Landes so wichtigen Thema gewidmet haben? - Ich kann es Ihnen sagen. Es waren zwei Sätze. Auf Seite 7 steht ein Satz zur Finanzierungsproblematik und auf Seite 8 ein Satz zur L 600 bei Pirmasens. Ich muss schon sagen, es ist nicht angemessen, mit einem so wichtigen Thema so lapidar umzugehen. Ich denke, die Landesregierung sollte sich schämen, den ländlichen Raum so aus ihrer Politik zu verdammen.

(Beifall der CDU)

Mit Erstaunen habe ich heute Morgen die „Rhein-Hunsrück-Zeitung“ gelesen. Wissen Sie, was darin stand? - MdL Günter Rösch wird am Freitag den Hunsrück besuchen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Er wird die schlechten Straßenverhältnisse in den Gemeinden Hecken, Lindenschied und Rohrbach begutachten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Er ist momentan nicht da, aber vielleicht geben Sie es ihm weiter. Er kommt zu spät, ich war schon überall.

(Beifall der CDU)

Die Leute nehmen ihm das nicht mehr ab. Er hätte früher einmal aktiv werden müssen. Er hätte früher unseren Anträgen in den Haushaltsberatungen zur Aufstockung der Mittel zustimmen müssen.

(Beifall der CDU)

Alle Anträge haben Sie abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Sehen Sie einmal, es hat nichts genutzt!)

Wenn in den letzten Jahren der Druck im Frühjahr oder Sommer zu groß wurde, haben Sie noch schnell ein Sonder-, Sofort- oder Deckenprogramm für einige Millionen aufgelegt. Aber damit war und ist der riesige Investitionsstau, der sich nach dem Bauprogramm mittlerweile auf rund 800 Millionen DM aufgetürmt hat, nicht mehr abzubauen.

(Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
860!)

Das gilt mit gleicher Eindeutigkeit für die im Rahmen der Vorfinanzierung von Landesstraßenbauprojekten mittlerweile aufgetürmten, noch zu leistenden Zins- und Tilgungsraten inklusive dieses Jahres von 1,1 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, um dieses Problem zu lösen, bedarf es nach meiner festen Überzeugung einer grundlegen-

den Umorientierung der Landespolitik. Wir müssen weg vom Verschwenden von Geld für Imagekampagnen, Regionalkonferenzen und anderen Veranstaltungen hin zu den für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wichtigen Feldern, nämlich zu der Bildung und zur Infrastruktur. Das aber ist offensichtlich mit dieser Regierung nicht zu machen. Deshalb engagieren wir uns für einen Regierungswechsel. Ich bin mir sicher, die Bürger werden das ähnlich sehen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Bracht, als ich Ihre Rede gehört habe, habe ich mir überlegt: Was machst du jetzt? - Hältst du deine Rede, in der du deutlich machst, wie hervorragend und wie gut wir gemeinsam viele Dinge auf den Weg gebracht haben, aufbauend auf einem Verkehrswegeplan, den wir 1990 gemeinsam verabschiedet haben und dessen Folge eigentlich Grundlage der Regierungserklärung des Ministers war, die nun vorliegt?

Herr Minister, ich möchte mich bei Ihnen und Ihrem Hause ganz herzlich für die Fortschreibung des Verkehrswegeplans sowie für die Darstellung dessen, was geschehen ist, bedanken. Herr Bracht, dann hätte sich ein großer Teil dessen, was Sie vorgetragen haben,

(Creutzmann, F.D.P.: Er hat es nicht gelesen!)

wenn er es gelesen hätte, erübrigt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Herr Bracht, ich habe mich dann entschlossen, nicht auf Ihr Tamtam, Ihr Geplärre und auf das Heruntermachen einzugehen, sondern mich an das zu halten, was ich mir vorgenommen habe, nämlich deutlich zu machen, wie in diesem Land in den letzten zehn Jahren Verkehrspolitik gemacht wurde und wie sie erfolgreich in diesem Land vollzogen wurde.

Wir stimmen überein, dass Verkehrswege eines der wichtigsten Potenziale sind, um einen Standort zu sichern. Wir stimmen auch überein, dass es die Globalisierung von uns erfordert, gerade in diesem Bereich besonders aktiv zu sein, damit Güter und Dienstleistungen ausgetauscht werden können. Dieser Grundkonsens hat uns auch in der Vergangenheit im

Ausschuss immer beflügelt, zu sagen - dies sage ich ganz bewusst -, was uns wichtig und was uns weniger wichtig ist.

Wenn wir also sagen, die Mobilität der Menschen und der Güter liegt uns besonders am Herzen, dann müssen wir miteinander abwägen, wie wir das wirtschaftlich auf eine Reihe bringen können. Unsere Politik geht davon aus, dass wir die drei Verkehrsträger, die auch in der Rede des Ministers eine große Rolle gespielt haben, vernetzt nutzen müssen. Es wird in Zukunft darauf ankommen, dass wir alle vier Verkehrswege zusammenbringen. Dies bedeutet, wir müssen, wenn wir davon ausgehen, dass die Prognosen zutreffen - der Minister hat gesagt, 19 % Verkehrssteigerung -, alle derzeit vorhandenen Verkehrsressourcen auch optimal nutzen.

Wir müssen die derzeit vorhandenen Sicherheitsrisiken, also auch die Unfallrisiken mit ins Auge fassen und versuchen, diese zu minimieren. Es geht nicht nur darum, darüber zu reden, dass Straßen gebaut und Verkehrswege ausgebaut werden, sondern wir müssen diesen Sicherheitsfaktor auch im Auge behalten.

Wir müssen gewährleisten, dass wir dauerhaft eine Mobilität für unser Land erreichen. Wir müssen gewährleisten, dass die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz kontinuierlich weitergeht.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn die Zahlen stimmen - ich gehe davon aus, dass diese Zahlen eintreffen werden - und die Bruttowertschöpfung in dem Maß steigt, wie wir es erwarten, dann werden wir gefordert sein, auch entsprechende Leistungen im Rahmen der Verkehrspolitik zu erbringen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Ich möchte mich dann mit diesen Verkehrswege beschäftigen. Es ist eigentlich unrecht von Ihnen, Herr Bracht, wenn Sie dem Herrn Minister vorwerfen, dass er gerade in dem Flächenland Rheinland-Pfalz im Rahmen des Landesstraßenbaus zurückhaltend ist. Sie wissen ganz genau, als die Probleme ganz besonders groß wurden, hat der Minister sofort entsprechende Programme aufgelegt, um das, was an größten Schäden vorhanden war, auszubessern. Sie wissen ganz genau, dass der finanzielle Rahmen sehr eng war. Sie wissen auch ganz genau, dass es eine besonders schwierig war, aus diesem Haushalt diese Mittel für diese Ertüchtigung herauszuschlagen.

Es geht jedenfalls auch darum, dass wir in Zukunft dafür sorgen, dass die Modernisierung der Landesstraßen und die Modernisierung des gesamten Straßenbaus vor dem Neubau Priorität haben. Ein wichtiger Punkt, den wir in der Politik einmal angehen müssen, ist, dass wir überlegen müssen, ob die derzeitigen Straßenbauunterhaltungsplanungen so noch zutreffen. Vielleicht sollen wir auch einmal über Querschnitte reden. Vielleicht sollten wir auch einmal über Ausbaudinge

reden, ob es wirklich erforderlich ist, mitunter sehr viel Geld in eine Ausbaumaßnahme zu stecken, die man unter Umständen dann, wenn man das, was an Technik heute vorhanden ist, anders nehmen und billiger bauen könnte.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Das wäre eine Möglichkeit, die man einmal politisch gegenüber denen, die Verantwortung haben, aufnehmen müsste.

Ich sehe im Moment den Kollegen Anheuser nicht, aber es ist auch mein Anliegen, weil ich sehr oft auf der Straße unterwegs bin, dass wir es schaffen müssen, dass das Management im Zusammenhang mit Baustellen besser wird. Wir müssen dafür sorgen, dass das Baustellenmanagement dann, wenn Baustellen auf unseren Landes- oder Bundesstraßen vorhanden sind, so ist, dass der Verkehrsfluss nicht zum Erliegen kommt, sondern erhalten bleibt.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Es gibt noch einen weiteren Punkt, der mich ärgert. Wir müssen vielleicht auch einmal politisch darauf hinwirken, dass die massiven Beschilderungen, die wir in vielen Bereichen haben, zurückgefahren werden. Es wird auch eine ganze Menge Geld für Schilder ausgegeben, die im Grunde entweder nicht beachtet werden oder aber sogar irreführend sind.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Dafür müssen wir aber auch den politischen Willen aufbringen, zu sagen: Weg mit diesen Schildern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Highlight Schiene ist von Minister Bauckhage bereits dargestellt worden. Herr Bracht hat dieses Highlight Schiene besonders dann, wenn es den Rheinland-Pfalz-Takt betrifft, gelobt. Herr Heinz, wenn ich daran denke, was wir am Anfang alles zu diesem Thema zu hören bekommen haben, dann finde ich es ganz erfreulich, dass man bereit ist, es dann, wenn es gut geworden ist, auch zu loben. Herr Minister, das ist Ihrem Ministerium wirklich ganz hervorragend gelungen.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Sie haben aber auch angedeutet, wir haben in diesem Land einen besonderen Nachholbedarf, wenn es darum geht, über den Güterverkehr auf der Schiene zu reden. Das hat sicher etwas mit der Deutschen Bahn AG zu tun, die in der Vergangenheit wenig daran getan hat, Güter zu übernehmen.

(Zuruf der Abg. Frau Kiltz,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Frau Kiltz, das hat aber auch etwas damit zu tun, dass diejenigen, die als nicht bundeseigene Bahn bereit sind, auf der Schiene zu fahren, Güter übernehmen können. Frau Kiltz, da sind wir aber beim alten Thema. Dann müssen wir darüber re-

den, ob es sinnvoll ist, dass wir das Netz dort belassen, wo es ist. Ich glaube, da hat sich zwischenzeitlich ein gewisser Stimmungswandel ergeben. Ich gehe davon aus, es gelingt uns, dies aus der Hoheit der Deutschen Bahn AG herauszulösen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird notwendig sein, dass wir einen großen Teil der Schienenwege, die wir derzeit haben, stärker sanieren. Das heißt, wir brauchen umfangreichere Finanzierungsressourcen, um dies zu tun. Dazu gehört, dass die UMTS-Mittel, die dafür vorgesehen sind, wo zu es auch mittlerweile eine Zusage gibt, auch in einer sehr starken Weise für das Land Rheinland-Pfalz und dessen Schienennetze eingesetzt werden.

Herr Bauckhage hat darauf hingewiesen, dass es notwendig sein wird und dass er schon auf diesem Wege ist, mit Talgo eine Verbindung von Luxemburg bis ins Rheinland zu schaffen. Dies wird sicher notwendig sein. Wir müssen politisch den Weg in diesem Parlament bereiten, damit es uns gelingt, ein EU-Programm zu bekommen, weil wir grenzüberschreitend sehr viel Schienenverkehr betreiben. Wir müssen grenzüberschreitend ein Programm bekommen, mit dem wir auch mit den Luxemburgern und mit den Belgien die Möglichkeit schaffen, solche Schienennetze für die Zukunft zu ertüchtigen und zu finanzieren.

Eines ist aber wichtig. Wir müssen dann, wenn es um die Schiene geht, dafür sorgen, dass die Schiene schneller und sicherer wird und vor allem mit ihrer Qualität treffsicherer mit ihren Fahrzeiten wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Minister ist auf die Güterumschlagplätze eingegangen. Sie sind ein ganz wichtiger Faktor, um überhaupt die Möglichkeit zu schaffen, die Vernetzung der vier Verkehrsträger zu erreichen. Nur dann wird es uns gelingen, den derzeit hohen Verkehrsanteil der Straße auf das Wasser und auf die Schiene umzulenken.

Rheinland-Pfalz ist in besonderer Weise mit Wasserstraßen gesegnet. Diese Wasserstraßen sind im Grunde genommen nicht unser Thema. Wasserstraßen sind Bundesverkehrswege. Das heißt, wir müssen versuchen, diesen Bundesverkehrswege entsprechend auch mit Mitteln aus dem Bundesverkehrswegeplan zu stützen, das heißt, es geht darum, sowohl die Fahrinne in Ordnung zu bringen als auch zu versuchen, diese Güterverkehrszentren in Zusammenarbeit mit den Kommunen, mit dem Land und mit dem Bund zu ertüchtigen.

Ein ganz hervorragendes Beispiel dafür, dass es funktionieren kann, ist der Cargo-Bahnhof in Mainz. Wenn es uns gelingt, dies in den übrigen Bereichen auch zu tun - der Minister hat Wörth angesprochen, Trier sollte auch aktiviert werden - dann gehe ich davon aus, dass wir auch einen erfolgreichen Weg beschreiten werden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Wir haben uns zwischenzeitlich mit dem Flughafen Hahn und den übrigen Flughäfen, die seinerzeit viel belächelt und mit sehr viel Widerstand und Skepsis aufgenommen wurden, zu einem wichtigen Teilnehmer entwickelt, wenn es darum geht, Luftverkehr zu machen. Der Flughafen auf dem Hahn hat eine wichtige Priorität. Herr Bracht, Sie haben das auch gesagt. Nur hat mir eben mein Kollege gesagt, dass es Unterschiede in Ihrer Fraktion gibt. Sie sind der Meinung, dass es notwendig sein wird, neben dem Flughafen Hahn auch die Flughäfen Zweibrücken und Bitburg mit zu finanzieren.

Ihr Fraktionsvorsitzender muss wohl in einer Parteiversammlung

(Mertes, SPD: Parteitag!)

oder auf dem Parteitag erklärt haben,

(Mertes, SPD: Alle Anstrengungen
für den Hahn!)

wer den Hahn haben will, muss erkennen, dass alle Anstrengungen, die wir machen, dem Hahn zugute kommen. Ich frage Sie, wie Sie das mit Ihrem Fraktionsvorsitzenden zusammenbekommen wollen.

(Beifall der SPD -
Zuruf des Abg. Hammer, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es macht überhaupt keinen Sinn,

(Dr. Weiland, CDU: Das übersteigt Ihre
Vorstellungskraft, das ist klar!)

in der Region etwas zu verkünden, was den in der Region Wohnenden sehr zugute kommt. Sie haben dazu ein hervorragendes Beispiel genannt. Sie haben erklärt, dass durch den Ausbau oder den Bau der ICE-Strecke von Köln nach Frankfurt das Rheintal mit erheblichen Problemen belastet wird. Jetzt ist Ihre Kollegin Schmidt leider nicht anwesend. Aber ich gehe davon aus, Sie haben dies mit Ihrer Kollegin Schmidt nicht abgestimmt; denn die Kollegin Schmidt möchte alles, was möglich ist, zur ICE-Strecke transferieren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Auch darüber müssen Sie für Klarheit in Ihrer Fraktion sorgen. Man kann nicht vor Ort populistisch etwas erklären und sich hierhin stellen und dann das ganze breite Spektrum unter seinen Gürtel nehmen. Es wird darauf ankommen, auch die Prioritäten, die man haben will, zu benennen, damit diese Prioritäten gemacht werden können.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD -
Bracht, CDU: Das macht die Landes-
regierung doch auch! Das
ist das Problem!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ziel unserer Verkehrspolitik ist es, die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sowie der Wirtschaft sinnvoll zu organisieren und weiterzuentwickeln. Das gebietet die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Der soziale Ausgleich, der Umweltschutz und die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft müssen den Rahmen für die verkehrspolitischen Aktivitäten setzen. Es ist eine wichtige Schlüsselkraft, wenn wir auf die technischen Entwicklungen in den Fahrzeugen abheben. Es wird darum gehen, dass wir diese Technologien zum Nutzen der Mobilität einsetzen, nicht nur für die Straße, sondern auch auf den übrigen drei Verkehrsträgern. Wir wollen erreichen, dass Mobilität eine möglichst effektive Wirkung bei angemessenen Preisen entfaltet. Wir setzen dabei in erster Linie auf Vernunft und Freiwilligkeit, auf die Marktmechanismen und auf die fiskalischen Anreize.

Schönen Dank.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, ich darf zunächst Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen, und zwar Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Mainzer Landtagsseminar, die Tanz- und Trachtengruppe Harxheim und schließlich die Gesundheitsgymnastikgruppe der Volkshochschule Andernach. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren!

(Beifall im Hause)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Abgeordneten Frau Kiltz das Wort.

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, die Schlagzeilen bei der Vorstellung des Landesverkehrsprogramms im September lauteten: Land setzt auf Straßen, weiter voran für Auto und Straße. - Die „dpa“-Vorabmeldung zur heutigen Regierungserklärung hat die gleiche Aussage.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Bei so viel Übereinstimmung können die Interpreten in der Einschätzung nicht ganz falsch liegen, wer das liebste Kind der Ländesregierung ist und wo die Schwerpunkte der Landesverkehrsrichtlinie liegen.

(Zuruf von der CDU)

Meine Damen und Herren von der Regierungsbank und den Regierungsfraktionen, im Moment sieht es so aus: Der Rheinland-Pfalz-Takt, den Sie immer so stolz vor sich hertra-

gen, kommt aus dem Tritt, auf der Nahestrecke, in Rheinhessen, in der Eifel und anderswo. - Tausende von Fahrgästen des Schienennahverkehrs sind erbost, verzweifelt oder resigniert.

(Lelle, CDU: Das ist wahr!)

Sie fabulieren wieder über Straßen, Straßen, Straßen.

(Schwarz, SPD: Der Eine sagt zu wenig --).

- Herr Schwarz, Sie tun mir leid. Sie können es keinem recht machen. Aber ich will es gar nicht jedem recht machen, insofern habe ich es einfacher.

Herr Minister Bauckhage, Ihre Perspektive ist die durch die Windschutzscheibe oder, besser gesagt, vom Rücksitz eines möglichst schnellen Dienstwagens aus.

(Creutzmann, F.D.P.: Da wollen Sie hin, Frau Kiltz!)

Die Landesregierung ist einfallslos, phantasielos und hechelt den Prognosen der Verkehrszuwächse hinterher. Das beweist das neue Landesverkehrsprogramm. Sie stellen deren Vorgaben nicht infrage. Zumindest habe ich das im Ausschuss noch nie gehört. Sie haben keinen eigenen Gestaltungsanspruch. Sie lassen sich die politischen Ziele von Ingenieurbüros diktieren, deren Prognosen Sie folgen.

(Schwarz, SPD: Dummes Zeug!
Weitere Zurufe von der SPD und der F.D.P.)

Ergebnis: Sie erfüllen brav Ihr Soll dessen, was an zusätzlichem Straßenraum für die Bewältigung der prognostizierten Zuwächse gebraucht wird und werden so niemals aus der Spirale, dass mehr Straßen auch mehr Verkehr erzeugen, aussteigen können - im Gegenteil, Sie drehen weiter daran.

(Kuhn, F.D.P.: Wir sind froh, wenn wir Verkehr haben!)

Es ist kein guter Weg für Rheinland-Pfalz in die Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist einfallslos. Es ist langweilig. Es ist so grau wie der Straßenbeton, für den diese Politik steht.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P., und des Staatsministers Bauckhage)

Meine Damen und Herren, es ist kein Weg, der die Mobilität von Menschen und Gütern in Rheinland-Pfalz an die erste Stelle setzt.

(Zuruf des Abg. Creutzmann, F.D.P.)

Herr Creutzmann, es ist ein Weg, der Rheinland-Pfalz als Transitland durchquert und Verbesserung der Mobilität für die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer im besten Fall als Nebeneffekt mitbringt. Auch wir wissen, dass wir eine besondere Lage, eine besondere geographische Lage innerhalb Europas haben, die geradezu zu einer Transitpolitik einlädt, wie Sie sie machen.

(Creutzmann, F.D.P.: Machen wir die Grenzen dicht!)

Aber ist das dann in jedem Fall gut für die Regionen unseres Landes? Ist es in jedem Fall gut für die Zukunft der Wirtschaft in unserem Land, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, für die Erhaltung lebenswerter Regionen mit eigener Wertschöpfung?

(Creutzmann, F.D.P.: Natürlich!)

Ich will diese Fragestellung am Beispiel Ihrer heißgeliebten neuen Lebensader - so nennen Sie Straßen immer - B 50 (neu) und dem Hochmoselübergang verdeutlichen.

(Creutzmann, F.D.P.: Ihr altes Lied!)

Sie haben sich noch nicht genug damit beschäftigt, sonst hätten Sie eine andere Auffassung. Wir haben in der Region, die vom Hochmoselübergang überquert und zerschnitten werden soll, eine wunderschöne in langen Jahren erarbeitete Kulturlandschaft. Die Winzerinnen und Winzer dort haben es hervorragend verstanden, ihre Produkte mit der Landschaft zusammen zu vermarkten. Sie haben in ihren Betrieben touristische Angebote entwickelt und sich damit zusätzliche Standbeine geschaffen.

(Schwarz, SPD: Das soll so bleiben!)

Sie haben zusammen mit der Gastronomie und dem Hotelgewerbe eine Infrastruktur geschaffen, die gern von Urlaubsgästen in Anspruch genommen wird.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Dies Ganze hat erheblich dazu beigetragen, die Wirtschaftskraft dieser Region zu stärken. Herr Pörksen, fahren Sie doch einmal hin, bevor Sie herummeckern.

(Creutzmann, F.D.P.: Jetzt kommen die Leute noch schneller dorthin!)

Seit Jahrzehnten lagen die Planungen in der Schublade für diesen Hochmoselübergang.

(Schwarz, SPD: Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute!)

Damals waren sie noch zugeschnitten auf die Anbindung der stationierten Streitkräfte, Bitburg und Hahn. Meine Damen

und Herren, die Streitkräfte sind weg. Ihre Planungen wurden nie neu überdacht - im Gegenteil. Sie haben nach dem Motto, das ziehen wir jetzt durch, alle Verkehrsprognosen schöngerechnet; denn der Bedarf war noch nicht einmal laut Prognose vorhanden. Noch vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens wurde das Projekt in den Investitionsplan der Bundesregierung katapultiert und in einem Affentempo die Anhörung durchgeführt.

(Staatsminister Bäckhage:
Das war gut!)

Das Anhörverfahren wurde durchgepeitscht.

(Schwarz, SPD: Ich verbiete Ihnen das!)

- Herr Schwarz, Sie können nachher noch einmal.

Alle Einwände derjenigen, die die vorhandene Struktur der Region mit aufgebaut haben und befürchten, dass dieser Hochmoselübergang vieles vom Aufgebauten zerschlägt, haben Sie von der Regierungsbank und den Regierungsfraktionen als Partikularinteressen diffamiert. Die Gäste wollen dann nicht mehr kommen. Es gibt eine Befragung, die das eindeutig mit vielen Rückmeldungen belegt. So gehen Sie mit den Regionen um.

(Schwarz, SPD: Ach, hören
Sie doch auf!)

Für 25 Minuten Zeitersparnis für belgische und holländische LKW sollen ganze Wirtschaftszweige gefährdet, eine wunderschöne Landschaft verschandelt und 50 Millionen DM Landesgelder, die woanders dringend gebraucht würden, bei einem Gesamtvolumen von 257 Millionen DM verbuddelt werden,--

(Schwarz, SPD: Verbauen
werden wir die!)

- Aber die Pfosten müssen schon auf dem Boden stehen, sonst wird es ein bisschen wackelig, Herr Kollege.

-- von der schlechteren Umweltbilanz für diese Region ganz zu schweigen.

(Schwarz, SPD: Ach, hör
doch auf!)

Meine Damen und Herren, Sie bauen Einbahnstraßen. Sie fördern das rollende Warenlager der EU, statt sich um die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen und um regional bedeutsame Wirtschaftszweige zu kümmern.

(Glocke des Präsidenten -
Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Creutzmann?

Abg. Frau Kiltz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Creutzmann, ich glaube, ich bekomme dann Probleme mit der Zeit. Wir machen das nachher draußen.

Sie haben im Fall des Hochmoselübergangs besonders deutlich bewiesen, dass die Gefährdung regionaler Wirtschaft kein Argument ist, das Sie dazu bringen könnte, eine Transitverbindung noch einmal neu zu überdenken. Was vor 30 Jahren geplant wurde, wird durchgezogen, egal,--

(Schwarz, SPD: Also Frau Kiltz, jetzt halten
Sie diese Rede zum fünften Mal!
Irgendwann muss etwas
Neues kommen!)

- Nein, zum ersten Mal

-- wie sich die Umstände inzwischen geändert haben.

Meine Damen und Herren, Ihre Ängste sind falsch. Der Transitverkehr zwischen Belgien und dem Rhein-Main-Gebiet kommt nicht zum Erliegen, wenn der Hochmoselübergang nicht gebaut wird.

(Staatsminister Bauckhage: Wo
kommt der denn her?)

Auch der Flughafen Hahn - mit vielen Steuermitteln aufgepumpt - wird nicht dichtmachen müssen, wenn die B 50 (neu) nicht kommt.

(Staatsminister Bauckhage: Sie
haben eine Ahnung!)

- Ja.

(Staatsminister Bauckhage: Ja!)

Wir hoffen, dass der Klageweg und die Einsicht von Finanzministern noch eine Wende bringen.

(Creutzmann, F.D.P.: So ist es!)

Im Landtagswahlprogramm Ihrer Partei, Herr Minister Bauckhage,

(Creutzmann, F.D.P.: Haben Sie
es schon gelesen?)

habe ich dieser Tage gelesen, dass bei großen Verkehrsprojekten der Dialog mit den Betroffenen gesucht werden solle,

offenkundig erst nach dem 25. März, weil Sie das Mediationsverfahren, das von dort unten an der Mosel gefordert wurde, strikt abgelehnt haben.

Meine Damen und Herren, wir haben immer scharf kritisiert, dass Sie zu viel Geld aus dem Verkehrsbereich auf die Straße werfen. Aber auch die Schwerpunktsetzung Ihrer Straßenpolitik ist falsch. Sie sind verantwortlich für die vielen Langsamfahrstellen auf den Straßen - Herr Bracht hat sie für den Hunsrück schon sehr gut beschrieben -

(Staatsminister Bauckhage: Wie hätten Sie es denn gern?)

weil Sie den Schwerpunkt Ihrer Straßenpolitik nicht auf die Sanierung des bestehenden --

(Zuruf aus dem Hause)

- Das ist kein Widerspruch, hören Sie zu!

-- Straßennetzes legen.

(Schwarz, SPD: Hören Sie doch auf! Schauen Sie sich doch den Haushalt an, was darin steht!)

- Sie können das noch so lange herbeten, die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Die Autofahrerinnen und Autofahrer merken es täglich.

Herr Minister, Sie müssten es eigentlich wissen, dass die Erneuerung eines Straßenbelags umso teurer wird, je länger Sie damit warten. Eine sinnvolle Schwerpunktsetzung im Straßenbau würde bedeuten, die zahlreichen maroden Brücken, die Stützwände und die Teerdecken zu sanieren und dann zu schauen, ob überhaupt noch Geld übrig bleibt.

Die F.D.P.-Verkehrspolitik - die F.D.P. stellt den Verkehrsminister -

(Creutzmann, F.D.P.: Ist gut!)

ist nicht nur konzeptionslos, sie ist auch maßlos.

(Creutzmann, F.D.P.: Ach!)

Besonders deutlich wird das an den Anmeldungen zum Bundesverkehrswegeplan. Die alte Bundesregierung hat in trauriger Einigkeit mit den Bundesländern einen aufgeblasenen Wunschzettelkatalog im vollen Bewusstsein in den Fernstraßenbedarfsplan aufgenommen, dass dieser niemals finanziert ist. Die Unterdeckung betrug bei der Abwahl der Kohl/F.D.P.-Regierung 90 Milliarden DM. Die rotgrüne Regierung ist angetreten - Herr Schwarz, rot und grün - mit dem

Ziel, die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur in Ordnung zu bringen.

(Schwarz, SPD: Ist in Ordnung, was sie machen!)

Das ist notwendig.

(Schwarz, SPD: Jawohl!)

Die überfällige Neuorientierung beruht auf drei Säulen:

1. Bereitstellung von Mitteln zur Fertigstellung dringender Projekte.

(Zuruf des Abg. Schwarz, SPD)

- Sie müssen nicht jaulen, ich rede noch ein bisschen.

2. Die schrittweise Gleichstellung von Schiene und Straße.

3. Das ist das Wichtige: Beschränkung der Verkehrswegeplanung auf das finanziell Machbare.

(Schwarz, SPD: Da haben wir es!)

Das machen wir auch! -

Creutzmann, F.D.P.: Machen wir seit zehn Jahren! -

Zuruf der Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die F.D.P. sind das alles Fremdwörter. Hören Sie zu. Herr Creutzmann und Herr Kuhn, bei der Neuanmeldung für den reformierten Bundesverkehrswegeplan hat die Landesregierung nicht nur alle Alt- und Uraltprojekte aus der Schublade gegraben, sie hat auch gleich noch ein paar neue, ganz große Projekte in den Wunschzettel aufgenommen, Kostenpunkt rund 1,3 Milliarden DM. Das ist maßlos, kann ich dazu nur sagen.

Nun möchte ich ein paar Worte zum Klima sagen. Es hat mich sehr erschreckt, als wir neulich im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr über die Flughäfen debattiert haben. Ich glaube, dieses Parlament oder entscheidende Teile dieses Parlaments haben völlig vergessen, dass es einmal so etwas wie Rio gab, dass es so etwas wie einen Erdball gibt, mit dessen Ressourcen wir vielleicht schonend umgehen sollten.

(Schwarz, SPD: Umweltschutz!)

- Der Begriff „Umweltschutz“ oder „Klimaschutz“ - Herr Schwarz, Sie haben ihn in den Mund genommen, ich habe es deutlich gehört - kommt in der Regierungserklärung - Sie haben ihn zumindest in den Mund genommen, was Sie damit meinen, haben Sie offen gelassen - gar nicht vor oder ist nur eine schmückende Girlande.

(Staatsminister Bauckhage: Sie haben nicht zugehört!)

Umweltschutz ist kein gestaltendes Element in Ihrer Verkehrspolitik. Das ist auch kein Wunder. Der zuständige Minister gehört einer Partei der ökologischen Bewusstlosigkeit an,

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

oder soll ich lieber der ökologischen Verantwortungslosigkeit sagen. Das kann auch Frau Hatzmann als Feigenblatt nicht verbergen.

(Creutzmann, F.D.P.: Diese Märchen können Sie niemandem mehr erzählen! Das glaubt Ihnen doch niemand mehr! -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Verkehrsminister Bauckhage, es genügt nicht, zu erklären, dass die Umweltbelastung neuer Verkehrswege möglichst gering sein soll. Das haben Sie zumindest gesagt. Es sind Konzepte notwendig - die fehlen -, wie die Schadstoffbelastungen insgesamt reduziert werden können. Im Moment haben die verkehrsbedingten Emissionen einen Anteil von rund 22 % des CO₂-Ausstößes, und sie steigen weiter an. Welchen Beitrag gedenkt die Landesregierung Rheinland-Pfalz dazu zu leisten, um das schon von Kohl gesteckte Ziel einer CO₂-Minderung von 25 % zu erreichen --

(Dr. Weiland, CDU: Bundeskanzler Kohl! So viel Zeit muss sein!)

- Oh, Herr Dr. Weiland: Herr Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl. - Sind Sie jetzt zufrieden?

(Staatsminister Bauckhage: Doktor!)

- Ach, den „Doktor“ habe ich vergessen.

-- und damit die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen zu erhalten? Offenkundig haben Sie kein Ziel dafür. Die Umweltministerin gibt da auch keine Vorgaben. Sie macht auch keinen Druck. Es interessiert nicht. Die Verkehrspolitik des Landes ist so gestaltet, als hätte es Rio nicht gegeben, als würde die weltweite Klimaveränderung nur in den Köpfen von Außerirdischen stattfinden.

Meine Damen und Herren, die Zunahme von Naturkatastrophen ist real. Die Versicherungsvertreter - sicher unverdächtig in Sachen Parteizugehörigkeit - und Rückversicherer sind der Landesregierung in diesem Punkt Lichtjahre voraus. Sie wissen um die ökonomischen Belastungen von Klimaveränderungen. Aber Minister Bauckhage setzt weiter auf umweltschädliches Wachstum, mehr Autos, mehr LKW, mehr Flugverkehr, kein Konzept.

(Dr. Schiffmann, SPD: Ist an allem schuld!)

- Er kann es anders machen. Er kann Zielvorgaben machen. Er kann ein Konzept vorlegen.

(Schwarz, SPD: Entschuldigung, dann lesen Sie dieses Ding! Dann haben Sie die Zielvorgaben!)

- Das Landesverkehrsprogramm ist kein Konzept. Herr Kollege, ich habe es gelesen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Er kann es nicht!)

Ich lese alle Landesverkehrsprogramme.

(Schwarz, SPD: Alle?)

- Ja. Das ist das Zweite in zehn Jahren. Mehr hat er nicht vorgelegt, und Konzept ist das auch nicht.

Wenn die Zeit noch reicht, habe ich noch ein paar Anmerkungen zur Schiene. Reicht sie noch?

(Kuhn, F.D.P.: Ja, ja!)

Meine Damen und Herren, im Schienenverkehr verspielt diese Landesregierung den Kredit, der im weitgehenden Konsens aller Landtagsparteien mühsam erwirtschaftet wurde.

(Pörksen, SPD: Den ihr gar nicht habt!)

Bei Minister Bauckhage ist der Schienenverkehr eine Nebensache

(Schwarz, SPD: Ist doch gar nicht wahr!)

- Ihr Vorgänger hat das noch ein bisschen mehr gepuscht -, der nur mit Bundeszuschüssen finanziert wird, dessen Ausbau bis auf wenige punktuelle Verbesserungen immer schärfter abgebremst wird. Interessant ist für Sie die Schiene doch nur dann, wenn es noch etwas einzuweihen gibt, was schon lange vor Ihrer Zeit geplant wurde oder durch die Zweckverbände durch pfiffige Finanzierungskonzepte auf die Beine gestellt wird.

(Schwarz, SPD: Nun lassen Sie ihn doch auch die Schiene, die er gebaut hat, einweihen! Was haben Sie denn dagegen?)

- Ich will das anhand eines Zahlenbeispiels verdeutlichen, damit auch Sie es verstehen, Herr Kuhn, und auch Sie, Herr Kollege Schwarz. 1997 - die Regionalisierung des SPNV war schon umgesetzt - erhielt das Land vom Bund zweckgebundene Finanzhilfen aus dem Regionalisierungsgesetz und dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz von 697 Millionen DM, also knapp 700 Millionen DM. Neben den Zuschüssen für die Bahn AG für die Durchführung des Schienenverkehrs gingen

von diesen Mitteln 178 Millionen DM in die investive Förderung von Bahnen und Bussen.

(Glocke des Präsidenten)

Darf ich den Satz noch zu Ende führen?

Heute, im Jahr 2001, bekommt das Land aus den gleichen Bundestöpfen 737 Millionen DM, also 40 Millionen DM mehr. Allerdings wurde der Haushaltsansatz für Investitionen in Bahn und Busse, also in die Modernisierung des ÖPNV, um die Hälfte auf rund 90 Millionen DM reduziert. Das andere Geld geht in den Straßenbau.

Herr Minister Bauckhage, wir fordern Sie auf, kümmern Sie sich um Reaktivierungen und den Rheinland-Pfalz-Takt, nehmen Sie eine Wende und eine Vernetzung der Verkehrsträger vor. Schauen Sie bei Ihrer Konzeptionierung, wenn Sie denn eine vornehmen und wenn Sie Verkehrspolitik definieren, auf die Umwelt und auf die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Heinz das Wort.

Abg. Heinz, F.D.P.:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kiltz, wir kennen Ihre grundsätzliche Kritik zu allem, was Wirtschafts- und Verkehrspolitik in Rheinland-Pfalz betrifft.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was Ihre Wirtschaftspolitik betrifft!)

Ich meine, die Zeit der Ochsengespanne und Postkutschen ist ein für alle Mal vorbei.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD -
Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen uns ein bisschen mehr mit den Realitäten beschäftigen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Herr Heinz ist der ICE des Parlaments!)

Ich denke zum Beispiel an die Ausführungen des Herrn Kollegen Bracht, bei denen wir im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr und im Plenum in vielfältigen Punkten der Wirtschafts- und Verkehrspolitik große Übereinstimmung haben. Man musste sich höchstens dann und wann einmal über das auseinander setzen und streiten, was noch schneller und noch zügiger gemacht werden müsste.

Zu dem heutigen Redebeitrag hätte ich kritisch gar nichts anmerken, außer dass der Kollege anhand der sehr gut gestalteten Broschüre des Wirtschafts- und Verkehrsministers die Zukunftsperspektiven als das bisher Vergessene bezeichnet.

Herr Kollege Bracht, wir stimmen mit dem Koalitionspartner darin überein, dass wir die aufgezeigten Zukunftsperspektiven sukzessive angehen. Der Herr Minister hat die in Aussicht gestellten Mittel in seinem ausführlichen Redebeitrag erwähnt, sodass wir das in den nächsten Jahren der kommenden Legislaturperiode gemeinsam schaffen werden.

(Beifall des Abg. Kuhn, F.D.P. -

Beifall des Abg. Lewentz, SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, zu der heute abgegebenen Regierungserklärung zu dem Thema „Verkehr in Rheinland-Pfalz - auf gutem Weg in die Zukunft“ für die F.D.P.-Fraktion sagen zu dürfen, dies ist ein hervorragender Beitrag der Landesregierung in der Berichterstattung, aber auch zu dem, was in der zu Ende gehenden Legislaturperiode geleistet wurde. Mehr konnte man bei noch so viel gutem Willen und Engagement nicht tun, wenn man mit den vorgegebenen Haushaltssmitteln sinnvoll haushaltet und dennoch viel auf den Weg bringt.

Ich denke, durch die ausgewogene Verkehrspolitik der vergangenen Jahre, die auf eine wirklich erfolgreiche Arbeit und ein erfolgreiches Zusammenwirken von Schiene, Straße, Schifffahrt und Luftverkehr setzt, wurde in erheblichem Umfang zur Verbesserung der Standortlage des Landes Rheinland-Pfalz beigetragen. Wichtig ist, diese Komponenten zusammenzuführen, und dazu sind die allerbesten Voraussetzungen geschaffen worden. Zentrale Aufgabe unserer Verkehrspolitik bleibt es deshalb, ausgehend von veränderten, auch nationalen und internationalen Rahmenbedingungen die notwendige Mobilität für Bürger, Wirtschaft, Handel, Handwerk und Gewerbe in diesem Land zu gewährleisten.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der bei uns in Rheinland-Pfalz durch die Landesregierung praktizierte Mix der Förderung verschiedener Verkehrsmittel ist daher beispielhaft in Deutschland und wird auch in Zukunft nach unseren Vorstellungen so fortgesetzt werden. Besonders wichtig für die zukünftige Entwicklung ist hierbei die Weiterentwicklung der Vernetzung der Verkehrsträger, wie vorhin genannt und aufgezählt.

Wie die im Landesverkehrsprogramm Rheinland-Pfalz 2000 dargelegten Wirkungsabschätzungen zeigen, können damit die gesteckten Ziele der Verkehrspolitik des Landes insbesondere zur Stärkung unseres Standorts Rheinland-Pfalz erreicht werden. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist räumliche Mobilität das gesellschaftliche Grundbedürfnis. Deshalb

möchte ich in diesem Zusammenhang einige Beispiele der erfolgreichen Verkehrspolitik anführen dürfen.

Meine Damen und Herren, man muss sich doch einmal vor Augen halten, dass wir im Land 450 Bahnhöfe und Haltepunkte haben, von denen inzwischen allein - immer wieder wurde geschimpft, sie sind marode, alt, schlecht und abbruchreif - 70 modernisiert, attraktiv gestaltet und zu echten Verknüpfungspunkten des Personenverkehrs mit Fahrradabstellanlagen, besseren Übergangsmöglichkeiten, eingehend auf den straßengebundenen ÖPNV und auf die Park-and-ride-Anlagen angepasst, ausgebaut wurden.

Meine Damen und Herren, das sind doch Leistungen, die man in diesem Zusammenhang auch einmal erwähnen darf.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Das sind auch Forderungen, die die verehrten Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN immer wieder gefordert haben, die aber heute bei dem Thema kritisch bewusst nicht anmerkt werden. Nur das, was nicht erreicht wurde, wird moniert und beschimpft.

Unter anderem hat diese Landesregierung mit dem Modellprojekt „Umweltbahnhof Rheinland-Pfalz“ eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen. Ich erinnere an die neu gestalteten Verkehrsstationen in Bullay, Grünstadt, Monsheim und Niederlahnstein in Zusammenarbeit mit DB-Station und Service AG. Das Konzept des Umweltbahnhofs konnte umgesetzt werden.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was? - Niederlahnstein!)

- Verehrte Frau Kollegin, ist das etwa nichts, macht man das aus der hohen Hand, oder wie wollen Sie es haben?

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD -
Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Des Weiteren wurden in Trier, Koblenz, Ludwigshafen und Wörth Güterverkehrszentren geschaffen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Das ist genau das, was Ihre Kollegin vorhin am Rednerpult angesprochen hat: weg von der Straße, hin auf die Schiene, auf das Schiff.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Aber nein, alles das wird bewusst verschwiegen, als wenn es das nicht gegeben hätte.

(Creutzmann, F.D.P.: So ist es! -
Glocke des Präsidenten)

Wenn es dann darum geht, Mittel für diese Dinge in den Haushalt einzustellen, dann reicht es nicht, und wenn man baut, ist es falsch. Was sollen wir denn nur machen?

(Beifall der F.D.P. und der SPD -
Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Heinz, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Frau Thomas?

Abg. Heinz, F.D.P.:

Verehrter Herr Präsident, nein; denn dann wird wertvolle Zeit vergeudet.

Frau Kollegin Thomas, wir können uns gern nachher draußen bei einer Tasse Kaffee unterhalten.

Ich weise darauf hin, dass die Fertigstellung der ICE-Neubaustrecke Köln - Rhein/Main - auch eine immer wieder geforderte Sache der Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN - geschaffen wird. 2002 kann man über den neu gebauten ICE-Bahnhof in Montabaur in kürzester Zeit zu den Flughäfen Frankfurt bzw. Köln/Bonn gelangen, wenn man denn von dort mit Verkehrsmaschinen weiterfliegen, statt mit der Postkutsche fahren will. Das muss sich jeder überlegen.

Ich weise darauf hin, dass es uns durch den Bau der A 63 zwischen Mainz und Kaiserslautern, wo in Kürze die letzte Lücke geschlossen wird, gelungen ist, die Westpfalz an das Rhein-Main-Gebiet anzubinden. Wir meinen, dass das eine hervorragende Leistung ist, die dadurch möglich geworden ist, weil Mittel im Haushalt vorhanden waren, der Bund mit finanziert hat und die Dinge nun endlich so geschaffen werden konnten.

Der Flughafen Hahn wurde einerseits kritisiert, andererseits wurde gesagt, es müsse noch mehr kommen. Deshalb ist der vierstreifige Ausbau der B 50 notwendig. Diesbezüglich gibt es eine übereinstimmende Meinung des Herrn Verkehrsministers und des Herrn Ministerpräsidenten, der unlängst in einer Veranstaltung im Hunsrück erklärt hat, im Jahr 2004 bzw. im Jahr 2005 gebe es den Hochmoselübergang und die Hunsrückbahn. Damit wird ein wesentlich besseres Gesamtverkehrssystem geschaffen, das wir alle dringend benötigen.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf das erfolgreiche Konversionsprojekt Flughafen Hahn. Meine Damen und Herren, viele von Ihnen, die heute im Plenum anwesend sind, haben die Diskussionen auf dem Hunsrück miterlebt. Als die Amerikaner vor Jahren abziehen sollten, hieß es: Jetzt machen wir die Türen zu, jetzt ist Schluss, und jetzt geht die Welt

unter. - Diese Landesregierung hatte die Kraft und den Mut, initiativ zu werden.

(Bracht, CDU: Die noch vorhergehende Landesregierung!)

Herr Kollege Bracht, wir scheuen uns nicht, auch die vorhergehende Landesregierung mit einzubeziehen. Wir stehen dazu, was wir gemeinsam geschaffen haben. Wir sind froh, der Bürgerschaft erklären zu können, dass das die Leistungen der rheinland-pfälzischen Landesregierungen sind. Was soll das denn? Wir sind doch froh über alles, was wir gemeinsam geleistet haben.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Meine Damen und Herren, alles in allem - ich will die Redezeit gar nicht voll ausschöpfen - können wir mit all dem, dem Radwegebau, der wunderschönen Strecke nach Daun entlang der Maare über Wittlich bis an die Mosel -

(Staatsminister Bauckhage: Bin ich selbst gefahren!)

und mit vielen anderen Strecken

(Zuruf des Abg. Lewentz, SPD)

sowie dem Fremdenverkehr sagen, dass wir Exzellentes geleistet haben. Wenn wir ehrlich sind, können wir der Landesregierung für all das, was in dieser Legislaturperiode an Verkehrspolitik geleistet und vollbracht worden ist, Dankeschön sagen.

Wir haben unseren Beitrag dazu geleistet, indem wir im Haushalt die Mittel hierfür zur Verfügung gestellt haben. Die Landesregierung hat mit den genehmigten Mitteln das auf den Weg gebracht, wozu wir sie legitimiert haben.

(Schwarz, SPD: Das musste gesagt werden!)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Heinz, wenn Sie die Regierungserklärung des Herrn Verkehrsministers nutzen, um ihm den Weihrauchkessel um das

Haupt zu schwingen und ihn für Wohltaten für das Land zu loben,

(Zurufe von der SPD und von der F.D.P.)

sollten Sie als Grundlage einmal etwas anderes nutzen als die Hochglanzbroschüren des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau.

Sie sollten einmal das Wittlicher Land verlassen und auf das Land fahren und schauen, was von dem umgesetzt wurde. Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen, weil Sie leider keine Zwischenfrage zugelassen haben.

Ich weiß nicht, ob Sie einmal am Bahnhof in Niederlahnstein waren, den Sie vorhin als ein so genanntes Umweltbahnhofprojekt beschrieben haben. Waren Sie einmal dort? Ich kann Ihnen den Besuch nur empfehlen.

Ich war vor kurzem am Bahnhof in Niederlahnstein. Sie treffen dort eine Bruchbude von Bahnhof an. Sie kommen nicht in die Haltestelle. Sie kommen in eine Unterführung, bei der es nicht nur der Frau graust, sondern dabei graust es jedem Mann. Es gibt keine Toiletten und schon gar keinen Umweltbahnhof. Dort gibt es nichts.

Sie sind mit der Planung keinen Schritt vorangekommen. Ich kann Ihnen den Besuch nur empfehlen, wenn Sie einmal ein abschreckendes Beispiel sehen wollen. Vielleicht nehmen Sie Frau Hatzmann gleich mit, damit Sie sehen können, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispiel zwei: Die Güterverkehrszentren sind Projekte dieser Landesregierung, die gefördert wurden, weil es gut ankommt, wenn man sagt, dass man die Verkehrsträger vernetzt. Das ist wirklich ein gutes Projekt.

Herr Heinz, ich empfehle Ihnen, einmal zum Güterverkehrszentrum nach Koblenz zu fahren. Dann suchen Sie doch einmal, wo irgendein Verkehrsträger vernetzt wird. Dieses Güterverkehrszentrum befindet sich am Autobahnkreuz Koblenz. Das Autobahnkreuz Koblenz ist bekanntlich kilometerweit von jedem Bahngleis und von jeder Wasserstraße entfernt. Das heißt: Der Rhein fließt dort unten, das Güterverkehrszentrum ist dort oben. Es gibt keine Verbindung und keine Vernetzung. Es gibt nur wortgewaltige Bezeichnungen dafür. Man nennt das dann dezentrales Güterverkehrszentrum.

Alle Gesellschafter aus der Umgebung ziehen sich nach und nach zurück, weil klar ist, dass das Ganze nur ein Unterfangen war, um dort ein weiteres Gewerbezentrum mit Speditionsbetrieben aufzubauen. Das ist Ihre Luftnummer, wenn

es um die Vernetzung von Verkehrsträgern geht. Das sollten Sie sich anschauen und nicht die Broschüren von Herrn Bauckhage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -

Dr. Gölter, CDU: Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

**Bauckhage, Minister
für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die leichte Aufregung von Frau Thomas belegt, dass die GRÜNEN nur ein Konzept haben. Sie meinen nämlich, wenn man keine Straßen baut, könnte man Verkehre verhindern. Sie erreichen dadurch nur, dass eine ganze Nation im Stau steht und ihre Zeit verschwendet. Das ist Ihre Verkehrspolitik. Das ist die Wende, die Sie wollen, die wir aber nicht zulassen. So einfach ist das ganze Spiel.

(Unruhe im Hause)

Sie behaupten, es gäbe das Diktat von Ingenieurbüros. Im Unterschied zu Ihnen bedienen wir uns der Hilfe von Fachleuten und betreiben keine ideologische Verkehrspolitik. Wir betreiben eine sehr klare pragmatische Verkehrspolitik. Dass Sie das stört, ist mir klar.

Herr Dr. Braun, der Mainzer Ring ist ein entscheidender Verkehrsträger für Mainz und

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Koblenz!)

Übrigens auch für die ganze Region. Darüber hinaus ist es ein wichtiger Verkehrsträger für die Zufahrt zum Flughafen Hahn, dessen Bau durch Ihre Beteiligung in der Kommunalpolitik um Jahre verzögert worden ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie sind in Wahrheit für den Stau auf dem Mainzer Ring verantwortlich, sodass die Bevölkerung einer ganzen Stadt täglich ihre Zeit vertut, weil sie nicht fahren kann.

(Unruhe im Hause -

Dr. Gölter, CDU: Was ist aber mit der Mainzer SPD? Jetzt erzählen Sie doch nicht so einen Quatsch!)

- Es geht doch um die Regierungsbeteiligung. Ich sage doch nicht das Gegenteil.

Zum nächsten Punkt, Frau Thomas.

(Dr. Gölter, CDU: Manchmal wird es zu niveaulos!)

- Herr Dr. Gölter, dies geschah unter der Beteiligung eines grünen Verkehrsdezernenten in dieser Stadt.

(Unruhe im Hause)

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Frage des Hochmoselübergangs. Ich verstehe Ihre Aufregung. All das, was Sie fälschlicherweise erzählt haben, habe ich gut und gern und ohne große Aufregung ertragen.

(Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Ich war neulich an der Mosel. Der Hochmoselübergang bedeutet, dass wir den Verkehr unten von der Mosel weg und aus den Orten herausholen. Es muss klar gesagt werden, ob man das will oder nicht will. Sie wollen das nicht. Wir wollen das aber, weil wir wissen, dass die Verkehre nicht verhinderbar sind, wir einen vernünftigen Verkehrsfluss haben und die Ortschaften entlasten wollen.

(Kuhn, F.D.P.: Richtig!)

Das ist das ganze Problem des Hochmoselübergangs, zu dem man sich bekennen muss.

(Beifall der Abg. Kuhn und Creutzmann, F.D.P.)

Ich war neulich auf einer Veranstaltung, auf der ein Bürger sagte: Wenn die nicht wollen, dann nehmen wir die, weil wir den Hochmoselübergang aus strukturpolitischen Gründen brauchen.

Zur Frage der Gefährdung der regionalen Wirtschaft: Jede verkehrliche Verbesserung, jede zusätzliche Erschließung und jede gute Infrastruktur des Verkehrs bedeutet eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Das heißt, eine gute Verkehrsinfrastruktur bietet Chancen für die Wirtschaft. Keine Verkehrsinfrastruktur bedeutet: keine Chancen, auch nicht für die regionale Wirtschaft.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Noch einen Satz zur Frage des Bahnhofs in Niederlahnstein: Man muss dann den Bürgermeister einmal fragen; denn die Mittel sind geflossen.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Nein, nein, da gibt es auch immer die kommunale Seite, die mitspielen muss. Ich will jetzt keine Farbenlehre betreiben. Tatsache ist aber, dass die Mittel geflossen sind. Die Kommune muss das dann umsetzen. So einfach ist das.

Jetzt will ich noch etwas zur Frage der Landesstraßen sagen, weil Herr Bracht seinerseits die Verkehrspolitik dargestellt hat. Im Gegensatz zu Ihnen will Herr Bracht noch Verkehre. Sie wollen Verkehre verhindern. Sie haben das über zehn Jahre in diesem Staat versucht, was Ihnen aber nicht gelungen ist.

Herr Bracht, man muss redlicherweise immer sagen, dass derzeit Landesstraßen für rund 320 Millionen DM privat finanziert fertiggestellt sind oder der Betrag im Umlauf ist. Ich sage das nur einmal vor dem Hintergrund, dass Sie gesagt haben, wir hätten gekürzt. Diesen Betrag muss man noch hinzuzählen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Es handelt sich insgesamt um fast 60 Einzelprojekte.

Beim Flughafen Bitburg haben wir sogar mit der Region Klarheit. Bitburg wird ein Flugplatz bleiben. Flughafen ist ein etwas hochtrabender Begriff. Wir haben mit der Region, mit den Betroffenen Klarheit; wir klagen gemeinsam; wir sind also Mitläger. Es gibt derzeit eine Entscheidung der Gerichtsbarkeit. Dagegen sind wir mit Einspruchsführer und werden natürlicherweise versuchen, den Flugplatz Bitburg auf der Basis zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, abschließend noch eine Bemerkung. Ich habe kürzlich einem Bürgermeister, der sich über eine bestimmte Haltung der DB AG beklagt hat, gesagt: Es gibt viele Verkehrsprojekte, die man betreiben kann oder nicht. - Wenn der Bürgermeister die Bahnstrecken betreiben müsste, würde er sie schon lange nicht mehr betreiben, selbst wenn ich noch fünf Millionen DM hinzugeben würde.

Ähnlich verhält sich das bei Flughäfen. Wenn man glaubt, man könne Flughäfen so ohne weiteres betreiben, dann täuscht man sich. Das ist ein Riesenunternehmen. In Bitburg haben wir mit der Region und mit den Betroffenen Klarheit. Wir sind bei dem Einspruch mit dabei und müssen nun abwarten, wie der Einspruch beschieden wird. Die Urteilsbegründung ist übrigens sehr interessant. In der Begründung des Gerichtsurteils werden auch die Potenziale mit bewertet. Auch das muss man sehen. Wir haben am Hahn ein Konzept der fliegerischen Nutzung, wir haben in Zweibrücken ein Vier-Säulen-Konzept, und wir haben das Problem in Speyer gelöst. Dort muss jetzt die Stadt noch ihre Hausaufgaben machen. Wir haben das Problem in Speyer gelöst, damit dort ein großer mittelständischer Industriebetrieb fliegen kann. Wir befinden uns also auf der sicheren Seite.

Insgesamt kann sich die Landesverkehrspolitik auch vor dem Hintergrund der enormen Ausgaben meiner Meinung nach sehen lassen. Es steht ein klares Konzept dahinter, nämlich das Konzept, Verkehrsinfrastrukturen zu verbessern und Verkehre zu verbinden, indem man unterschiedliche Verkehrsträger nutzt, deshalb auch die Güterverkehrszentren. Darüber hinaus steht das Konzept dahinter, dass es keine wirtschaftliche Entwicklung ohne eine gute Verkehrserschließung gibt. Wer eine gute Verkehrserschließung nicht will, wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verhindert eine wirtschaftliche Entwicklung sowie die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Sie sind die Arbeitsplatzverhinderungspartei!

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Gölter das Wort.

Abg. Dr. Gölter, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einige ganz wenige Anmerkungen vor dem Hintergrund des Landesverkehrsprogramms und der Regierungserklärung:

Erstens eine kurze Bemerkung zur Schiene: Im Landesverkehrsprogramm und in der Regierungserklärung wird davon ausgegangen, dass der Güterfernverkehr in den nächsten zehn Jahren um 21 % und der Bahnverkehr im Bereich des Güterverkehrs um 23 % steigt. Das heißt logischerweise, dass nach der Einschätzung der Landesregierung die Zuwachsraten der Bahn der allgemeinen Zuwachsraten entspricht. Das ist in der Tat nicht viel. Das ist keine grundlegende Umstrukturierung. Das könnte man jetzt kritisieren, was ich aber nicht tun will. Ich tue das deshalb nicht, weil ich davon ausgehe, dass selbst eine Zuwachsrate Güterverkehr und Bahn im gleichen Schritt, mit anderen Worten Bahn auf niedrigem Niveau, eine grundsätzliche Veränderung der logistischen Arbeit der Bahn bedeutet.

Es ist gar keine Frage, dass seit dem Wegfall der Massengüter, seit der Tatsache, dass die Bahn schneller kleinere Chargen über größere Entfernungen transportieren sollte, die logistischen Probleme der Bahn erheblich gewachsen sind. Vor diesem Hintergrund will ich nur sagen, dass jede Landesregierung in den nächsten Jahren ihrerseits einen Beitrag dazu leisten muss, dass die grundsätzlichen Weichenstellungen der Bahn beschleunigt werden. Dazu gehört aus der Sicht der Bundestagsfraktionen CDU/CSU, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS - nicht aus der Sicht der SPD-Bundestagsfraktion - die Trennung von Netz und Betrieb. Auch ich bin der Überzeugung, dass eine Trennung von Netz und Betrieb dringend notwendig ist. Fragen Sie einmal die Menschen, die bei der BASF mit großem Erfolg in die Bahnpolitik mit einsteigen.

Zweite Bemerkung: Auf der Seite 134 des Landesverkehrsprogramms fasst die Landesregierung zusammen, was an Geld aufgewendet werden muss. Bei Bundesautobahnen und Bundesstraßen geht sie in den nächsten zehn Jahren von 7,4 Milliarden DM aus, davon 5,2 Milliarden DM für Investitionen und 2,2 Milliarden DM für den Erhalt. 7,4 Milliarden DM durch 10 geteilt ergibt eine jährliche Summe von 740 Millionen DM im Schnitt.

Auch wenn man davon ausgeht, dass die Fertigstellung der großen Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ dazu führen kann, dass mehr Mittel nach Rheinland-Pfalz fließen, ist das Papier natürlich bezogen auf diesen Punkt eine blanke Illusion. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Insofern ist das kein Zehn-, sondern ein Zwanzigjahresprogramm.

Dritte Bemerkung: Landesstraßen. Auch in diesem Fall ist die Seite 134 wieder außerordentlich interessant. Dort geht die Landesregierung von Investitionen im Bereich der Landesstraßen von 630 Millionen DM für wichtige Projekte wie Ortsumgehungen usw. und für den Erhalt in Höhe von 1,2 Milliarden DM aus. Meine Damen und Herren, das macht zusammen 1,8 Milliarden DM. Herr Minister Bauckhage, diesen Punkt des Landesverkehrsprogramms rechnen Sie künstlich nach unten. Bei den Bundesautobahnen und den Bundesstraßen nennen Sie realistische Zahlen unbeschadet der Tatsache, ob sie in zehn Jahren umzusetzen sind.

Die Landesstraßen haben Sie in diesem Programm - das ist mein Vorwurf - nach unten gerechnet, weil Sie genau wissen, dass das, was liegen geblieben ist, nämlich in den letzten zehn Jahren rund eine Milliarde DM, und das, was gemacht werden muss, mit Ihren heutigen Vorstellungen nicht erreichbar ist. Sie haben ein Gutachten bestellt. Das sind keine Menschen, die Autobahnen anstelle von Landesstraßen bauen wollen. Das Gutachten geht in den nächsten Jahren von mindestens 200 Millionen DM pro Jahr aus. Der zuständige Abteilungsleiter - ich habe das im Dezember schon einmal gesagt - hat gegenüber der „Rheinpfalz“ gesagt, das sei alles „Marmor“. Das klingt natürlich ganz furchtbar. Das Gutachten enthält keine Marmorstraßen und auch keine Marmor eingrenzungen.

Wenn ich das zusammenfasse, bedeutet das, dass Sie in Bezug auf die Bahn realistisch sind, aber unter sehr optimistischen Annahmen, und Sie ferner in Bezug auf den Bedarf für Autobahnen und Bundesstraßen realistisch sind, auch wenn die Vorstellung etwas illusionär ist, aber Sie sind in Bezug auf die Landesstraßen unrealistisch, weil Sie sie - das halte ich nicht für sauber - im Vergleich zu den anderen Themen im Landesverkehrsprogramm künstlich nach unten gerechnet haben. Ich finde, das relativiert. Das habe ich schon im Dezember über das durchaus beachtliche Datenwerk und diese beachtliche Gesamtdarstellung des Landesverkehrsprogramms gesagt.

Ich möchte noch eine kleine Bemerkung zu einem Thema machen, das uns heute Morgen in der Fraktion etwas intensiver

beschäftigt hat. Ich bin froh - ich denke, das geht auch anderen so -, dass Sie hier klar gesagt haben, dass Sie nicht in Entscheidungen eines Wirtschaftsunternehmens, das zurzeit von dem Flughafen Hahn nach London-Stansted fliegt, hineinrängern wollen. Wenn Sie das machen, bin ich dafür, dass Sie die Regie der ganzen Geschichte und des ganzen Unternehmens übernehmen. Hier bekommen Sie als Liberaler - Sie bekunden das immer - erhebliche Probleme. Die GRÜNEN sind heute wieder einmal als Abschaum und negatives Beispiel der Menschheit dargestellt worden. Das ist bei ihnen alles so liberal und unproblematisch.

Ich möchte aufgrund meiner Befassung mit dem Thema sagen, dass wir wirklich für den Hahn sind. Das war seit vielen Jahren eine Drei-Fraktionen-Geschichte. Wenn unter Umständen eine Luftfahrtgesellschaft auch das eine oder andere Ziel mit drei oder vier Maschinen am Tag von einem anderen Flugplatz anstrebt und dadurch die Investitionen auf dem Hahn gefährdet sein sollten, dann stimmt die offizielle Begründung für die Investitionen auf dem Hahn nicht. Ich habe in sehr vielen Vorträgen bis hin zum Verwaltungsratsvorsitzenden der FAG gelernt, dass die Investitionen auf dem Hahn wegen der Nachtflüge, Cargo und Charter in den Randbereichen getätigt werden, das heißt, wegen dem vierten Mallorca-Flug, der in Frankfurt möglicherweise nicht mehr unterzubringen ist.

Ich habe bislang nie gehört, dass der Hahn und die Zukunft ausschließlich von Ryanair abhängt. Wenn Unternehmen in eine solche Richtung marschieren sollten, meine ich, dass es eine einigermaßen ausgewogene Interessenpolitik zwischen den rheinland-pfälzischen Flughäfen auch im Interesse der Landesregierung geben sollte.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Staatsminister Bauckhage das Wort.

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir war klar, dass diese Frage des Flughafens Zweibrücken noch einmal eine Rolle spielen wird. Es bleibt dabei: Mit keiner einzigen Intention werde und habe ich mich in die Unternehmensentscheidung der Ryanair einmischen wollen und eingemischt. Ich möchte das in aller Klarheit sagen.

Klar ist auch, dass wir zweierlei Konzepte fahren, die übrigens in diesem Hause immer breit getragen werden, und zwar einmal das Vier-Säulen-Konzept mit der Einschränkung des Flughafens Zweibrücken durch die Polygone und zum Zweiten das Konzept Hahn mit der eindeutigen Ausrichtung auf einen Flughafen. Vor dem Hintergrund muss man wissen,

dass wir auf dem Hahn erst Erfolg haben, seitdem ein Profi den Flughafen betreibt, nämlich die Frankfurter Flughafen Aktiengesellschaft.

Zweitens muss man wissen, dass am Flughafen in Zweibrücken das Land Rheinland-Pfalz alleiniger Träger der Verluste ist. Wenn ich akquiriere, entsteht schon die Frage: Akquiriere ich bei mir selbst oder woanders? - Die Frage muss auch vor dem Hintergrund erlaubt sein, dass wir - Herr Dr. Gölter, hierüber sind wir uns wahrscheinlich wieder einig - über Steuergelder reden.

Es bleibt dabei: Wenn die Ryanair von sich aus sagen wird, wir wollen zusätzliche Flüge starten und müssen aus unterschiedlichen Gründen aus Zweibrücken, Saarbrücken oder wo auch immer starten, hat kein Mensch etwas dagegen. Ich habe aber ein Problem damit. Wenn ich in Verhandlungen stehe - nicht nur wir, sondern auch der Partner, der die Verluste trägt -, einen Hub am Hahn mit dieser Fluggesellschaft einzurichten, dann muss es erlaubt sein, den Geschäftsführer darauf hinzuweisen, nicht zu akquirieren.

(Abg. Lelle, CDU, meldet sich zu Wort)

- Herr Lelle, gern.

Abg. Lelle, CDU:

Herr Minister, können Sie vielleicht dem Parlament sagen, von wem diese Schritte ausgingen?

Bauckhage, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:

Das sage ich dem Parlament nicht, weil ich gestern mit Ryanair verhandelt habe. Ich sage Ihnen das privat. Dann werden Sie staunen, wenn ich Ihnen das sage. Es gibt Dinge, bei denen man auch bei Geschäftspartnern Geschäftspartner sein muss und das nicht am Markt austragen kann.

(Vereinzelt Beifall bei F.D.P. und SPD)

Diejenigen, die das auf dem Markt austragen - das ist der Geschäftsführer der Flughafen Aktiengesellschaft und andere -, erweisen sich und dem Flughafen damit einen Bärendienst. Das ist die Wahrheit.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Ich sage Ihnen das im Privatgespräch, woher die Aktivitäten kamen. Ich habe gestern mit dem Geschäftsführer der Ryanair lange in anderer Sache verhandelt. Die Verhandlungen waren lange angekündigt, weil dieser wissen wollte, wie man eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur schaffen kann, damit wir auf dem Hahn mehr durchführen können. Ob die

das woanders durchführen, ist nicht mein Ding. Wenn ich alleiniger Verlustträger bin, muss es erlaubt sein, dass ich sage: Bitte machen Sie die Verluste nicht noch größer, wie sie jetzt schon sind.

Im Übrigen sind richtigerweise insgesamt 177 Millionen DM nach Zweibrücken geflossen. Dazu stehe ich. Ich wäre doch „mit dem Klammersack gepudert“, wenn ich die Entwicklungen nicht wollte. Ich kann doch nicht gleichzeitig sagen: Nehmen Sie bitte einmal den anderen Gesellschaften, an denen das Land beteiligt ist und keine Verluste trägt, die Kunden ab. - Das ist doch keine Geschäftspolitik. Die Geschäftspolitik geht nach hinten los.

(Beifall der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

Abg. Schwarz, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Gölter, es ist sicher in diesem Hause kein Streitpunkt gewesen, die Forderung aufzustellen, dass das Netz heraus muss, wenn wir der Deutschen Bahn AG und dem Güterverkehrsaufkommen einen Gefallen tun oder den Nutzen verstärken wollen.

Als wir 1995 und 1996 in diesem Hause darüber diskutiert haben, war es ganz einfach so, dass die damalige Bundesregierung der Deutschen Bahn AG versprochen hat, dass dies eine wichtige Einnahmequelle bei der Entwicklung ihrer Kosten sein wird. Wir haben damals bereits gesagt - wir waren uns immer einig -, dass das so nicht kommen wird; denn über die Trasseneinnahmen wird sich das Netz niemals finanzieren können.

Von der Pälmann-Kommission gibt es Vorschläge, wie in Zukunft damit verfahren werden kann. Dies ist sicher zutreffend. Klimmt hat bereits den Vorschlag gemacht, dass man versucht, das Netz aus der DB AG herauszubrechen. Wir müssen jemanden finden, der in der Lage ist, die Trasse zu betreiben, ohne dass der Bund seine Finanzierung dort einbringt. Das wird nicht möglich sein.

Das heißt, wer darüber redet, dass die Trasse unter dem Dach der DB AG-Holding heraus muss, muss auch sagen, wie wir in Zukunft mit den Kosten umgehen wollen. Ich hoffe, dass der Weg, den Klimmt angedacht hat, dazu führt, dass zumindest ein diskriminierungsfreier Zugang dadurch gewährleistet wird, dass dies nicht direkt unter dem Dach der DB AG erfolgt.

Letzter Punkt. Wir werden im Zusammenhang mit der Schiene in Rheinland-Pfalz sicher die Notwendigkeit in der Zu-

kunft haben, auch dem Verkehrsminister den Rücken dabei zu stärken, dass die derzeit vorgesehenen Regionalisierungsmittel, wenn sie überprüft werden, für Rheinland-Pfalz nicht gekürzt werden. Es ist überhaupt nicht hilfreich, wenn Frau Kiltz an dieser Stelle erklärt, dass wir Regionalisierungsmittel für den Straßenbau verwendet haben. Das ist schlichtweg eine Lüge und trifft nicht zu. Die Mittel, die Rheinland-Pfalz aus diesem Topf bekommt, gehen ausschließlich in die Infrastruktur des SPNV und in den Bereich, wenn es um Notwendigkeiten für Bahnhöfe und Fahrzeuge geht. Es ist unredlich, dies so zu formulieren.

Schönen Dank.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache zur Regierungserklärung.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „DIZ“

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P.
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

- Drucksache 13/6722 -

Dieser Antrag tritt an die Stelle des Antrags der Fraktion der CDU - Drucksache 13/6690 -, des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6691 - und des Antrags der Fraktionen der SPD und F.D.P. - Drucksache 13/6702 -.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von 15 Minuten vereinbart.

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Weiland das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des DIZ-Skandals ergibt sich logisch. Sie ist die zwingende Konsequenz aus den bisherigen Beratungen und deren Verlauf im Haushalts- und Finanzausschuss, im Rechtsausschuss, im Innenausschuss und im Plenum.

In all diesen Sitzungen hat die Landesregierung nichts dazu getan, die vom Rechnungshof unmissverständlich, eindeutig und klar angeprangerten Vorfälle im DIZ aufzuklären oder auch nur bei deren Aufklärung behilflich zu sein. Stattdessen wurde getarnt, getäuscht und getrickst.

Nachdem, was bekannt geworden ist, muss sich die Landesregierung den Vorwurf gefallen lassen, dass sie die Arbeit des

Rechnungshofs durch das Vorenthalten von Informationen, durch Falschinformationen massiv behindert hat.

Die Landesregierung ist bis zum heutigen Tag nicht einmal bereit, die Kritik des Rechnungshofs in ihren wesentlichen Teilen auch nur als berechtigt anzuerkennen. Stattdessen wurde der fadenscheinige Versuch unternommen, durch ein eigens bestelltes Gutachten die Kompetenz der Prüfer

(Zuruf von der SPD: Wer hat das Gutachten bestellt?)

grundsätzlich infrage zu stellen und den Rechnungshof zu diskreditieren - ein einmaliger Vorgang, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dabei wäre es für die Landesregierung ein Leichtes gewesen, diesen Untersuchungsausschuss überflüssig zu machen. Man hätte Herrn Theilen zum Beispiel frühzeitig aus der Schüssel nehmen können, der wegen seiner Mehrfachfunktionen als größter Auftraggeber, als Inhaber der Rechtsaufsicht und als Verwaltungsratsvorsitzender und der sich daraus ergebenden fragwürdigen Interessenverquickungen denkbar schlecht als Aufklärer geeignet ist und deshalb überall gebremst hat.

Man hätte zum Beispiel die Kritik des Rechnungshofs grundsätzlich anerkennen und dem Parlament die gewünschten notwendigen Informationen geben können, und man hätte zum Beispiel schlicht und ergreifend Fehler an den entscheidenden Punkten eingestehen können.

Stattdessen hat sich die Landesregierung in eine rational kaum noch nachvollziehbare Wagenburgmentalität geflüchtet, rational kaum noch nachvollziehbar, es sei denn, man habe etwas zu verbergen. Herr Mertes, wo Rauch ist, ist bekanntlich auch Feuer.

Diese Wagenburgmentalität, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird der Landesregierung jetzt zunehmend zum Problem. Der Wagenburgmentalität der Landesregierung entspricht auch das bisherige Verhalten der Koalitionsmehrheit von SPD und F.D.P. in diesem Hause und in den Ausschüssen des Parlaments.

Der Gipfel des Mauerns und Blockierens war schließlich das abrupte Abwürgen unserer Fragen im Haushalts- und Finanzausschuss am 19. Dezember des vergangenen Jahres durch einen Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Sitzung. Es ließen sich andere Beispiele nennen.

All das zusammengenommen, erscheint das bekundete Aufklärungsinteresse von SPD und F.D.P. nicht glaubhaft. Auch die Formulierung Ihres ursprünglichen gemeinsamen Antrags geht in dieselbe Richtung. Noch am 5. Januar erklärte der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, die Ein-

setzung eines Untersuchungsausschusses sei Rabatz statt Aufklärung. Nun haben Sie selbst einen Antrag vorgelegt. Sie wollten offensichtlich mit diesem Antrag, wenn man sich die Formulierungen anschaut, ellenlang den Untersuchungsausschuss mit der Entstehungsgeschichte des Daten- und Informationszentrums und seiner Grundkonzeption beschäftigen.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Sie wollten dadurch offensichtlich Zeit schinden, und Sie wollten - wie bisher in den Ausschüssen und im Plenum - einen ursächlichen Zusammenhang zwischen der Grundkonzeption des DIZ und den aufzuklärenden Vorgängen konstruieren. In Übereinstimmung mit dem Rechnungshof stelle ich ausdrücklich fest: Einen solchen sachlichen Zusammenhang gibt es nicht. - Darauf hat der Rechnungshof immer wieder hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Itzek, SPD)

Der Ausschuss soll sich nach unserem Willen nicht mit den Anfängen der Informations- und Kommunikationstechnologie im Allgemeinen und in Rheinland-Pfalz im Besonderen beschäftigen. Der Untersuchungsausschuss soll sich auch nicht mit dem Beginn der Übermittlung von Informationen mittels elektromagnetischer Wellen beschäftigen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Untersuchungsausschuss soll und kann sich vor dem zur Verfügung stehenden Zeithorizont nur mit den zentralen Punkten des Berichts des Rechnungshofs beschäftigen, so wie wir sie in unserem Antrag klar und unmissverständlich formuliert haben.

(Beifall der CDU)

Dabei wollen wir dann zum Beispiel schon wissen, welche Rolle zum Beispiel Herr Olschewski in diesem ganzen Netz der Verbindungen wirklich gespielt hat. Wir wollen zum Beispiel schon wissen, welche Aufgaben Herr Olschewski für den Ministerpräsidenten wahrgenommen hat und wie diese Aufgaben bezahlt wurden. Wir wollen zum Beispiel schon wissen, was der Herr Ministerpräsident über die Vorgänge beim DIZ gewusst hat und was er dazu gesagt und getan hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun hat es gestern und heute gemeinsame Bemühungen gegeben, zu einem gemeinsamen Einsetzungbeschluss für diesen Untersuchungsausschuss zu kommen. Das hat parlamentarische Tradition, und wir verschließen uns diesem Anliegen nicht - im Gegen teil. Wir haben uns am Zustandekommen eines gemeinsamen Einsetzungbeschlusses aktiv beteiligt.

Ich weiß nicht, wie Sie in der umgekehrten Situation gehandelt hätten. Das spielt jetzt auch keine Rolle mehr.

Wir sind damit einverstanden, dass der vorliegende gemeinsame Einsetzungbeschluss verabschiedet wird, allerdings unter der klaren Bedingung, dass die Arbeit des Untersuchungsausschusses zu den entscheidenden Punkten, die im Bericht

des Rechnungshofs angesprochen sind, nicht behindert und nicht über Gebühr verzögert wird.

Wir sind auch mit der Formulierung in Nummer 2 a unter der Bedingung einverstanden, dass Sie vor dem Parlament öffentlich und verbindlich erklären, dass wir uns in der ersten Arbeitssitzung des Untersuchungsausschusses mit der Geschichte des DIZ beschäftigen können, aber nicht während der ganzen ersten Arbeitssitzung des Untersuchungsausschusses, sondern dass wir schon in der ersten Sitzung des Untersuchungsausschusses zu den eigentlichen Kernpunkten, die im Bericht des Rechnungshofs genannt sind, kommen. Wir hätten nichts dagegen, wenn dann der Untersuchungsausschuss in der ersten Arbeitssitzung zum Beispiel den Wissenschaftlichen Dienst des Landtags damit beauftragen würde, ein Exposé über die Entstehungsgeschichte des DIZ und die Grundkonzeption des Daten- und Informationszentrums zu erstellen und dass dieses Exposé dann den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses zur Verfügung gestellt wird, der sich dann in der Folge damit noch einmal beschäftigen könnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unter dieser Bedingung sind wir bereit, dem gemeinsamen Einsetzungbeschluss zuzustimmen. Ich bitte Sie, diese Erklärung in unmissverständlicher Eindeutigkeit abzugeben, weil dies für uns die Voraussetzung ist, an der Ernsthaftigkeit Ihres Mitwirkens im Untersuchungsausschuss nicht zu zweifeln.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Mertes das Wort.

Abg. Mertes, SPD:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss doch etwas über die Gründung des DIZ sagen, weil diese Vorgeschichte doch eine Rolle spielt. Sie spielt nicht die Rolle, die Sie ihr jetzt geben wollten. Sie spielt eine Rolle, weil die Strukturen, die wir heute haben, zum Teil auf dem fußen, was vor zehn Jahren schon an Problemen bekannt war.

Jeder weiß noch vom Trauerspiel der kommunalen Datenverarbeitung. Jeder kennt die Namen von ehemaligen und Fast-Landräten. Jeder kennt das alles noch, wenn er es kennen möchte.

Damals, als dies vom Rechnungshof bereits untersucht worden war, hat die Wibera ein Gutachten erstellt und gesagt: So könnt ihr das, was ihr 1991 geerbt habt, nicht weiter fortsetzen. Das waren die Wurzeln. Es waren drei Wurzeln, über die zu reden ist.

Wir haben bei der Einführung des DIZ die Zustimmung der Personalräte, der Gewerkschaften und der kommunalen Spitzenverbände gehabt. Die CDU hat damals nicht zugestimmt, hat aber auch keine Anträge zur Veränderung gestellt.

Das Problem, mit dem wir zu tun hatten, da daraus ein Teil der berechtigten Kritik des Rechnungshofs geworden ist, war die Personalübernahme nach dem Beamtenrechtsrahmenge-setz, ein Überleitungstarifvertrag, ein Personalüberhang von 45 Stellen, unzureichende Möglichkeiten, erfahreneres Personal aus der Industrie zu bekommen, weil die öffentliche Hand schlicht und einfach auf diesem Gebiet schlecht bezahlt. Wir hatten drei landeseigene Rechenzentren mit unterschiedlichen Standorten und zwei selbstständige veraltete Behördennetze zu verarbeiten. Wie gesagt, die kommunale Datenverarbeitung war bereits konkurs.

Damals haben wir eine Entscheidung getroffen, die strukturpolitisch begründet hat, weshalb es drei Standorte geben sollte: Mainz, Koblenz und Bad Ems. - Ich füge einmal hinzu, diese damalige Entscheidung ist also entweder unser mangelnder Mut, die Menschen, die wir 1991 geerbt hatten, einfach an die frische Luft zu setzen, --

(Kramer, CDU: Das haben Sie an anderer Stelle getan!)

- Ich werde darauf nicht eingehen. Ich werde ganz ruhig bleiben.

-- unsere mangelnde Bereitschaft, diese Sache unter rein betriebswirtschaftlichen Aspekten zu sehen, oder zu sagen, wenn eine Landesregierung schon einmal die Verantwortung für drei Standorte übernommen hat, möchten wir nicht die Landesregierung sein, die diese Leute über die Fehler der alten Landesregierung stolpern lässt.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Wir hätten selbstverständlich allein unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch andere Lösungen zum Tragen kommen lassen können.

Nun, fünf Jahre nach der Gründung des DIZ, gibt der Bericht Anlass, die Frage zu stellen, ob wir damals die Strukturen geschaffen haben, die geeignet sind, die geschilderten Probleme zu lösen. Vielleicht haben wir auch nur einen öffentlich-rechtlichen Dämpfer auf den bewegten Ozean der Technologie gesetzt, obwohl wir eigentlich ein Schnellboot gebraucht hätten. Wenn wir den Bericht des Rechnungshofs sehen, kommen wir auch zu Schlussfolgerungen, die dies durchaus nahe legen. Aber ich wollte auch einmal die menschliche Dimension deutlich machen.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)
(Zurufe von der CDU: Oh!)

- Ach, Herr Kramer, jetzt bin ich aber enttäuscht von Ihnen! Es gibt auch eine menschliche Dimension.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, heute Nachmittag bei der BSE-Diskussion haben wir gespürt, wohin dieser Rigorismus, dieser Neoliberalismus führt, wenn wir lediglich die Kostenfrage berücksichtigen, egal, was mit den Menschen geschieht. Es kommt nur darauf an, was es kostet.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Natürlich ist eines klar: Ein derartiger Bericht des Rechnungshofs ist nichts, was man sich als Regierungskoalition auf dem Weihnachtsgabentisch wünscht; denn es ist auch ein Hinweis darauf, man hätte etwas besser machen können, und man nun einmal ordentlich Zunder bekommen. Den haben wir auch bekommen. Es ist ein Hinweis darauf, dass man vielleicht sogar selbstkritisch sagen muss: Hättest du vielleicht früher etwas tun können? Gab es eine Gelegenheit dazu?

(Bischel, CDU: Dieser schlimme Rechnungshof!)

Wir haben also festzustellen, es gab Abstimmungsprobleme der allgemeinen Verwaltung zwischen den drei Standorten. Es gab Probleme bei der Dokumentation und bei der allgemeinen Registratur. Wir haben sogar zu unserer Überraschung feststellen müssen, es gibt keinen Einheitsaktenplan. Meine Damen und Herren, wenn Sie nicht im öffentlichen Dienst waren, können Sie gar nicht wissen, wie segensreich dieses Instrument für eine Behörde ist. Auch die Aufgabenfelder sind nicht so endgültig durchdefiniert, dass wir sagen können, wir wissen bereits, wohin es geht.

Können wir beispielsweise Polizei und Justiz aus bestimmten Sicherheitsgründen heraustrennen? - Nein, auf dem dynamischsten Markt, den wir derzeit haben, kann man wahrscheinlich nicht mit öffentlichen Strukturen arbeiten, die eigentlich für das Verwalten vorgesehen sind, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es wird deshalb so sein, dass wir ohne Tabus jede Frage und jeden Vorschlag prüfen, der geeignet ist, die Aufgaben zweckmäßig zu erfüllen. Es wird Diskussionen um die Privatisierung oder die teilweise Privatisierung oder um Sicherheitsbedenken geben. Aber wenn man sich überlegt, dass das große Geld auch über private Leitungen läuft - auch dies sind sehr heiße Daten, das ist gar keine Frage - , dann kommen wir vielleicht auch zu der Erkenntnis, dass Sicherheitsbedürfnisse, die Banken und andere große Unternehmen nicht haben, vielleicht auch für uns eine Rolle spielen.

Herr Dr. Weiland, wir stellen also fest, wir sind so, wie Sie es im Zitat bestätigt haben. Wir sind bereits im Ausschuss der

Meinung gewesen, wo Rauch ist, ist auch Feuer. Darüber muss man reden können. Man kann nicht einfach ignorieren, dass es bestimmte Probleme gegeben hat.

Nun möchte ich aber auch ein Wort über die Einschätzung verlieren. Wir als Landespolitiker, nicht Sie, nur wir, die Mehrheit, schicken ein Unternehmen als Landesunternehmen auf einen Markt und erwarten, dass es wie ein Wirtschaftsunternehmen arbeitet, geben ihm aber eine andere Struktur. Der Rechnungshof legt in seinem Bericht eher die Strukturen einer Behörde zugrunde. Das ist rechtlich nicht zu beanstanden.

Meine Damen und Herren, aber ganz genau dies ist das praktische Dilemma des DIZ. Auf einen Markt, der mit vielen schnellen und innovativen Konkurrenten arbeitet, setzt man eine Behördenstruktur.

(Zuruf von der CDU: Das ist Ihre Auffassung!)

Das kann im Grunde genommen zu ungünstigen Leute nicht anders funktionieren.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Mir ist vollkommen klar, was in Ihren Köpfen vorgeht. Es ist schlecht für Sie, dass ich einräume, was ich schon im Ausschuss gesagt habe: Wir werden in Zukunft darüber reden, wie wir das noch besser machen können. Der Bericht des Rechnungshofs ist Anlass dazu.

Aber es muss doch noch möglich sein, in diesem Hause in einem Denk- und Diskussionsprozess - von mir aus nehmen Sie für sich in Anspruch, Sie hätten ihn angeschoben, wenn es denn hilft - zu Schlussfolgerungen zu kommen, die wir heute vortragen.

(Keller, CDU: Sagen Sie einmal etwas zum roten Filz! -

Zurufe von der SPD: Oh! -

Itzek, SPD: Oh, der kleine Seppel!)

- Ich habe mir gesagt, lieber Joachim Mertes, du wirst dich nicht aufregen.

(Zurufe von der CDU -

Keller, CDU: Ist die Wahrheit so aufregend?)

- Sie müssen noch Ihren Koffer verdauen, den Sie nach Bonn und zurück gefahren haben. Das müssen Sie noch verdauen, dann können Sie wieder einmal auftreten.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Es gibt also genügend Gründe, sich mit dem DIZ zu beschäftigen, meine Damen und Herren. Wir haben uns im Innenausschuss, im Rechtsausschuss und im Haushalt- und Finanzaus-

schuss damit beschäftigt, und es gab zahlreiche Kleine Anfragen.

Am 4. Januar - nun kommen wir zu dem Antrag - hat die CDU-Fraktion die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt. Nach dem parlamentarischen Recht bedeutet dies, ein Untersuchungsausschuss des Landtags hat die Aufgabe, Sachverhalte, deren Aufklärung im öffentlichen Interesse liegt, zu untersuchen und dem Landtag darüber einen Bericht zu erstatten. Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal Ihren Antrag vom 4. Januar an.

(Zuruf von der SPD: Blamabel!)

In diesem Antrag wimmelt es von Ausdrücken wie „Verletzung“, „Manipulation“, „Verfälschung“, „Verschleierung“ und „rechtswidrig“.

Früher, als Hans Otto Wilhelm noch die CDU-Fraktion geführt hat, war es so: Wenn es einen Untersuchungsausschuss geben sollte, hat man beschlossen, ihn einzusetzen, und anschließend hat man sich zusammengesetzt und hat die Fragen dazu formuliert, wie wir es nun am Ende doch noch geschafft haben. Früher war das so. Sie haben aber am 4. Januar den einzigen Vorteil darin gesehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

dies in einer Sondersitzung auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist auch okay. Ich erwähne dies nur, damit es von der Chronologie klar ist.

Wenn wir uns anschauen, was im Einzelnen gesagt worden ist, kann ich nur sagen, der Kollege Böhr hat diesen Antrag als Erstes unterschrieben. Herr Kollege Böhr, ich möchte Sie nun einmal mit Ihrer eigenen Methode konfrontieren.

Wenn ich den Satz unter der Nummer 4 Ihres Antrages vom 4. Januar 2001 nehme und nur wenig ändere, dann werden Sie gleich beleidigt sein.

(Berg, CDU: Wieso ändern?)

Ich nehme nun Ihren Text von Nummer 4 und werde ihn geändert vorlesen: Gemäß Artikel 91 der Landesverfassung wird ein Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag eingesetzt zu untersuchen, in welchem Umfang der CDU-Fraktionsvorsitzende Christoph Böhr Kenntnis von den rechtswidrigen Vorgängen um CTT-Manager Doerfert hatte, sie gefördert oder geduldet hat.

(Böhr, CDU: Klar!)

Meine Damen und Herren, Sie haben dem Ministerpräsidenten das Gleiche zugemutet. Aber Sie wollen mit dieser Sprache dann nichts zu tun haben, wenn Sie gemeint sind.

(Anhaltend Beifall der SPD und der F.D.P.)

Das führt dann doch dazu, dass ich mich aufrege. Ich bin jetzt einmal auf meine Weise genauso offen und deutlich. Eigentlich hätte der Untersuchungsauftrag nur einen Satz haben müssen: Ministerpräsident Kurt Beck ist vor den Ausschuss zu laden. - Das hätte gereicht.

(Lewentz, CDU: Vor dem 25. März!)

- Vor dem 25. März, das versteht sich. Warum schicken Sie sechs Tage später einen zweiten Antrag mit dem Begriff, ob Christoph Böhr, ob Kurt Beck Fehler begangen hat. Da plötzlich wird dann die deutsche Sprache --

(Kramer, CDU: Manipuliert!)

- Nein, sie wird nicht manipuliert.

-- zum ersten Mal richtig benutzt. Meine Damen und Herren, wir dürfen es uns nicht zumuten, egal, welches Ziel wir haben, so vorzugehen. Ich habe jetzt bewusst Ihre Methode gewählt, denn es geht untereinander nicht so.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Böhr, CDU: Sie müssen etwas
über Methoden sagen!)

- Herr Böhr, Sie schreiben immer Aufsätze.

(Böhr, CDU: Sie müssen etwas
über Methoden sagen!)

- Das glaube ich. Wenn man mit seinen eigenen Mitteln erwischt wird, dann tut es weher, als wenn es andere Mittel sind.

(Starker Beifall der SPD
und der F.D.P.)

Ich sage Ihnen eines. Sie haben das unterschrieben. Sie wollen irgendwann hier vorne stehen und die Hand auf die Verfassung legen. Dann soll es heißen: Mit Gottes Hilfe, getreu den Gesetzen. - Gibt es denn kein Gesetz des Anstandes unter uns, das so etwas verbietet?

(Starker Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zurufe von der CDU)

Sie haben den ersten Antrag, der ein diffamierender Antrag ist - Sie haben jetzt gerade an einer diffamierenden Frage gemerkt, wie weh das tut -, unterschrieben. Sie haben den zweiten Antrag unterschrieben.

(Jullien, CDU: Sagen Sie einmal etwas
zum Untersuchungsausschuss!)

Meine Damen und Herren, der erste Antrag hatte eigentlich nur eine Aufgabe. Er sollte keinen Untersuchungsausschuss

begründen, er sollte einen Verleumdungsausschuss begründen.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Zurufe von der CDU: Oje!)

Wenn Sie mir gleich vorwerfen, das wäre alles polemisch gewesen, dann werfe ich Ihnen vor, denken Sie daran, jemand, der Verantwortung übernimmt, muss auch moralischen Kategorien entsprechen.

(Jullien, CDU: Gerade Sie! -
Weitere Zurufe von der CDU)

Christoph Böhr hat als Vorsitzender der Grundwertekommision am 8. November 1999 gesagt: Dazu gehört das Wissen, dass die Freiheit, die unser Grundgesetz garantiert, moralischen Bindungen unterliegt. - Sagen Sie mir, wo die Nummer 4 Ihres Antrags einer einzigen moralischen Bindung unterlegen hat, als Sie ihn unterschrieben haben.

(Beifall der SPD und der F.D.P. -
Böhr, CDU: Lächerlich, Herr Kollege!)

- Lächerlich, ja. Das ist alles immer lächerlich, wenn man es anderen Leuten auf die Straße kippen kann.

(Böhr, CDU: Seit Jahren tut Ihr
nichts anderes!)

Wenn man andere Leute diffamieren kann, ist das alles lächerlich. Ich sage Ihnen nur eins: Sie werden in diesem Parlament immer mit dem konfrontiert, was Sie anderen zumuten. Das müssen Sie sich schon selbst zumuten.

(Anhaltend Beifall der SPD
und der F.D.P. -
Böhr, CDU: Das müssen Sie
gerade sagen!)

Vizepräsident Schuler:

Ich erteile der Abgeordneten Frau Thomas das Wort.

Abg. Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben jetzt Ausführungen zu der Frage gehört, was Anstand im Parlament ist.

(Jullien, CDU: An Heuchelei nicht
zu überbieten!)

- Dazu sage ich nichts. Wir haben Ausführungen dazu gehört, was vielleicht strukturelle Fehlentscheidungen waren, die bestimmte Entwicklungen begünstigt haben. Auch das haben

wir gehört. Wir haben kein Wort dazu gehört, dass die SPD mit einem eigenen Antrag für einen Untersuchungsausschuss herausgerückt ist, nachdem sie erst einmal gesagt hat: Untersuchungsausschuss, das ist doch alles nur wahlaktisches Geplänkel, das ist doch alles nur Rabatz, das brauchen wir doch alles nicht.

(Pörksen, SPD: Das ist doch wohl wahr!)

Wir haben nichts über sehr zentrale Vorwürfe und Kritik gehört, die der Rechnungshof in seinem Bericht formuliert hat.

(Pörksen, SPD: Dann haben Sie nicht zugehört!)

- Herr Pörksen, so schreibt es der Rechnungshof nicht, aber so sage ich es. Es war der Vorwurf des Filzes, möglicherweise Korruption bei Auftragsvergaben, Behinderung des Rechnungshofs, skandalöses Mauern seitens des DIZ und der Verantwortlichen in der Landesregierung. Über all das haben wir von Herrn Mertes nichts gehört.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, zu solchen Vorwürfen und zu solcher Kritik in so vehemente Form, die ich noch in keinem Bericht des Rechnungshofs gelesen habe, wird nur ein Untersuchungsausschuss Klarheit bringen, der konzentriert und ohne Ablenkung, Herr Mertes, und ohne Beschränkungen sofort seine Arbeit aufnehmen muss.

Sie müssen auch bedenken, dass durchaus die Möglichkeit besteht, dass politische Entscheidungen über die zukünftige Struktur und die Aufgaben des DIZ getroffen werden, und zwar zu einem Zeitpunkt, bevor eine Rechnungsprüfungskommission oder eine andere Einrichtung sich mit diesem Bericht abschließend beschäftigt. Dazwischen liegt die Landtagswahl. Auch aus diesem Grund sage ich: Nie war ein Untersuchungsausschuss so wertvoll wie heute, Herr Mertes.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach Ihren Ausführungen müssen Sie diesen Satz voll und ganz unterschreiben, Herr Mertes.

(Mertes, SPD: Ich würde ihn vielleicht etwas anders formulieren!)

- Vielleicht schlagen Sie nachher eine andere Modulation vor. Aber ich bleibe dabei: Nie war er so wertvoll wie heute. Nie wird er sonst die zentralen Fragen beantworten, wenn wir nicht zügig darangehen, diese zentralen Fragen, die sich aus dem Rechnungshofsbericht ergeben haben, aufzuklären. Nach einer Landtagswahl kann man noch einmal einen solchen Anlauf unternehmen. Aber ich glaube, bis dahin gibt es Zeit, die wir nutzen müssen, gibt es Schlussfolgerungen, die

wir ziehen müssen, und gibt es Aufklärungsbedarf, den wir haben.

Bislang kamen die Landesregierung und die Vertreter des DIZ mit der Wahrheit nur bröckchenweise heraus.

(Jullien, CDU: Wenn überhaupt! -
Frau Grützmacher, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Und sie wurden ganz schön gequetscht!)

Herr Mertes, dabei haben Sie als SPD-Fraktion genau diese Vertreter prächtig sekundiert. Es war tatsächlich nicht so, dass Sie von einem überragenden und engagierten Aufklärungsbewusstsein in all den Stunden der Ausschusssitzungen getrieben worden wären. Nein, es war mehr so, wenn es Ihnen zu dicke kam, explosionsartig. Obwohl Sie sich noch nicht einmal auf Ihren Hunger bezogen haben, haben Sie gesagt: Schluss, aus, jetzt vertagen wir. - Sie und die Vertreter Ihrer Fraktion waren sich auch nicht zu schade, dem Rechnungshof zu sagen: Vielleicht ist die Kritik etwas kleinkariert - das gab es durchaus auch von Vertretern der Landesregierung - oder es wäre unangemessen, oder es würde nicht genügend berücksichtigt, dass das DIZ in Startschwierigkeiten stand. In den Jahren 1998 und 1999 kann man wohl von Startschwierigkeiten nicht mehr reden.

Manch einer verstieg sich auch in die Behauptung, dass die Einstellung und Beschäftigung von Herrn Olschewski, die gegen Haushaltrecht, gegen Vergabeverordnung und viele andere Dinge verstieß, von großem Weitblick geprägt war.

Meine Damen und Herren, das war mehr Verschleierung, Beleidigung und der Versuch, das Ganze aus einer kämpferischen Ebene herauszuziehen. Das war nicht Aufklärung, sondern Verschleierung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Obwohl Staatssekretär Dr. Theilen ganz oft gesagt hat, er möchte wirklich alles ans Licht bringen, er möchte sich an der Aufklärung beteiligen, er möchte keine Fahnenflucht begehen, sondern er stehe das stellvertretend für die Landesregierung durch - Herr Dr. Theilen, das mag ehrenhaft sein, dass Sie den Buckel dafür hinhalten -, hat er zur Aufklärung an vielen Punkten nicht beigetragen. Ich sage Ihnen, ich hatte oft den Eindruck, dass es oft andere gab, die Sie zurückgepfiffen haben, selbst wenn Sie es gewollt haben.

Meine Damen und Herren, das ging auch so weit, dass Sie sich in den Ausschüssen widersprochen haben oder die Unwahrheit gesagt haben, wenn es darum ging, wann Sie zum ersten Mal von bestimmten Vorgängen erfahren haben. Sie haben gesagt, im März 2000 haben Sie zum ersten Mal von Unregelmäßigkeiten beim DIZ erfahren. In späteren Ausschusssitzungen wurde durch Hinweise des Präsidenten des Rechnungshofs deutlich, dass Sie zum ersten Mal zu einem viel früheren Zeitpunkt davon erfahren haben. Ähnliche Dinge wiederholten sich an vielen Stellen. Ich will Ihnen das nicht in allen Ein-

zelheiten darlegen. Viele von Ihnen haben das in den Medien oder auch in den Ausschusssitzungen verfolgt. Vor solch einem Hintergrund lassen wir uns doch nicht für dumm verkaufen und auf irgendeine abgespeckte Version der Rechnungsprüfungskommission vertrösten. Es geht beim DIZ auch nicht um eine kleine Klitsche. Es geht um eine Einrichtung des Landes mit über 200 Beschäftigten mit einer Bilanzsumme von über 60 Millionen DM. Deshalb ist das Parlament schon verpflichtet, nach einem solchen Bericht und nach solcher Kritik mit Akteneinsicht, mit Zeugenvernehmungen, mit den Möglichkeiten, die sich das Parlament schaffen kann, Einsicht in das DIZ und hinter die Verantwortlichkeit zu verschaffen. Das sind Verantwortlichkeiten, die die Landesregierung in den vergangenen Monaten verstellt hat.

Herr Mertes, wenn Sie fragen, ob es nicht zu einem früheren Zeitpunkt Gelegenheiten gab, diese Fragestellungen auch zu reflektieren, auch strukturelle Fragen bezogen auf das DIZ, dann sage ich Ihnen, diese Möglichkeiten gab es. Diese Anforderungen gab es auch. Wir haben mehrfach bei Haushaltseratungen über das DIZ gesprochen, angefangen mit der Frage, wie bestimmte Größenordnung, Gebührenkostenansätze zustande kommen. Wir haben nach der Wirtschaftlichkeitsentwicklung gefragt. Es gab extra Sitzungen, bei denen das DIZ ein Tagesordnungspunkt war. Ich habe nie gemerkt, dass sie strukturelle Fragen gestellt haben und diese überhaupt angedacht hätten. Ich habe auch diese Landesregierung nie erlebt, dass sie gesagt hat, es gibt zum Beispiel Schwierigkeiten mit einer Vollkostenrechnung, wir müssen es im Prinzip ganz anders handhaben. Es gab diese Hinweise nicht. Wenn es den Bericht des Rechnungshofs nicht gegeben hätte, würden wir als Parlament heute noch im Dunkeln tappten, und Sie würden sich immer noch im Dunkeln tummeln und sich einen Kehricht darum kümmern.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist kurz zu sagen, was dieser Untersuchungsausschuss leisten muss. Er muss klären, wie Verträge mit Herrn Olschewski zustande gekommen sind. Das war in etwa eine Gesamtsumme von ungefähr 700 000 DM. Auch dafür übernimmt Herr Theilen die Verantwortung und sagt, ich habe das veranlasst. Er sagt auch, ich würde es immer wieder tun. Das sagt er nicht nur an der Stelle. Ich finde das auch schwierig, dass die Landesregierung und die Vertreter sagen, eigentlich würden wir das alles wiederholen, die Vertragsgestaltung, die Vergabeentscheidungen und Ähnliches. Er teilt nur die Verantwortung ein bisschen mit seinem Kollegen Glahn, weil er sagt, Herr Glahn habe die Verbindung zu Herrn Olschewski hergestellt. Aber die Rolle anderer Regierungsmitglieder, die Rolle der anderen Staatssekretäre im Verwaltungsrat ist immer noch unklar. Ich glaube, dort wurde uns nicht reiner Wein eingeschenkt.

Es geht darum, herauszufinden, warum das DIZ permanent gegen Vergabevorschriften verstoßen hat. Es sind nicht nur diese beiden Vorgänge, über die diskutiert wurde, nämlich

Kassettenarchivsystem und Großrechner. Wenn Sie sich das auch im öffentlichen Bericht des Rechnungshofs ansehen, dann listet der Rechnungshof über 15 Seiten Beispiele auf, glaube ich, bei denen die Vergabevorschriften nicht eingehalten wurden, bei denen freihändige Vergaben vorgenommen wurden, bei denen es keine Vergleiche gab, bei denen man gesagt hat, hier wurde nicht auf Wirtschaftlichkeit geachtet.

Herr Mertes, wenn Sie in diesem Zusammenhang argumentieren, das sei alles eine Behördenstruktur, dann sage ich Ihnen Folgendes: Wenn Sie damit argumentieren, dann müssen Sie genauso sagen, aber wenn das Behördenstrukturen und Beamtenentscheidungen sind, dann hätte genau unter entsprechenden Vorgaben der Vergabeordnungen usw. die Entscheidung getroffen werden müssen. Dazu gibt es erheblichen Nachforschungs- und Überprüfungsbedarf. Es reicht nicht zu sagen, es besteht ein Widerspruch, ein Grundwiderspruch im DIZ, sondern es ist nachzuprüfen, was der Hintergrund für diese permanenten Verstöße ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein weiterer Punkt, den wir mit in den Antrag eingebracht haben, war Folgendes: Dieser Untersuchungsausschuss muss sich auch damit beschäftigen, warum der Rechnungshof bei seinen Überprüfungen eigentlich immer wieder auf enorme Schwierigkeiten gestoßen ist, Unterlagen nicht vorgelegt bekommen hat. Es war nicht nur so, dass es nur Dokumentationsmängel waren. Gerade durch Beschreibungen von Herrn Dr. Schneider in der letzten Ausschusssitzung war ziemlich klar zu erkennen, dass er oft unglaublich lange nachfragen und nachforschen musste, dass er ewig lange auf Unterlagen warten musste und es über bestimmte Vorgänge keine Unterlagen gab. Er weiß nicht, gab es die nie oder wurden sie nicht vorgelegt.

Meine Damen und Herren, das ist ein einmaliger Vorgang. Wir müssen prüfen, ob es eine Strategie der Verschleierung gab oder ob es Schlampelei bedingt durch das Fehlen eines gemeinsamen Aktenplanes und Ähnliches gewesen ist; so lautet das Entlastungsargument der SPD immer wieder. Auch das muss geprüft werden.

Meine Damen und Herren, ich will noch einen Punkt ansprechen, der mir doch noch sehr wichtig erscheint. Herr Dr. Theilen hat die Vorgänge mehrfach dargestellt. Wenn Sie sich überlegen, er hat im Juni die Staatsanwaltschaft benachrichtigt. Die Staatsanwaltschaft hat über viele Monate vorermittelt. Sie hat im Dezember durchsucht und Unterlagen beschlagnahmt. Aber seit Juni hat weder der Vorstand oder ein Vorstandsmitglied noch jemand vom Verwaltungsrat oder der Verwaltungsratsvorsitzende die Notwendigkeit erkannt, solche Vorwürfe nach innen hinein zu prüfen. Bei der letzten Sitzung des Haushalt- und Finanzausschusses, als klar war, dass die Staatsanwaltschaft ihre Ermittlungen auf drei Personen konzentriert, gab es lapidar die Antwort, wir können vorbeugend oder korrigierend oder innerhalb des Unterneh-

mens präventiv gar nichts unternehmen; denn wir wissen nicht, wer die drei Personen sind, gegen die die Staatswirtschaft ermittelt.

Ich frage Sie: Herr Schiffmann, wenn Sie ein Unternehmen hätten und gegen eine Führungskraft oder gegen einen Mitarbeiter Ihres Unternehmens würden strafrechtliche Ermittlungen laufen, es würde der Vorwurf bestehen, dass Vergabentscheidungen nicht korrekt gewesen sind, es würde geprüft werden, ob dabei Korruption im Spiel ist, würden Sie dann als Unternehmer sagen, ich lasse die Staatsanwaltschaft ermitteln, ich lege meine Hände in den Schoß und schaue, was dabei herauskommt, bevor ich in meinem eigenen Unternehmen initiativ werde?

(Itzek, SPD: Das ist der Unterschied zwischen öffentlichem Dienst und privater Wirtschaft! - Zuruf des Abg. Schwarz, SPD - Weitere Zurufe von der SPD)

Ich sage Ihnen, dass auch im öffentlichen Dienst oder in einer Anstalt des öffentlichen Rechts Vorkehrungen vorgenommen werden müssten. Entweder machen Sie andere Kontrollen, oder Sie versuchen, einen anderen Vergabebereich zu machen. Ich lasse doch einen Menschen, gegen den in diesem Zusammenhang ermittelt wird und gegen den in diesem Zusammenhang auch Vorwüfe seitens des Rechnungshofs erhoben wurden, nicht so weitermachen wie bisher. Da gibt es überhaupt keine Einsicht in eine Notwendigkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Stattdessen gibt es immer wieder Versuche, Entlastungsargumentationen bis hin zu Rechtsgutachten zusammenzustellen, die aber seitens des Rechnungshofs auch schon wieder zerfetzt wurden.

Meine Damen und Herren, zur Vorgeschichte des Untersuchungsausschusses noch ein Wort, es war die Opposition, die im Spätsommer vom Rechnungshof gefordert hat, dass diese einmalige Prüfung nicht in einem Jahresbericht untergeht, sondern ein Sonderbericht abgefasst wird. Nur so konnten wir eine rechtzeitige Behandlung auch sicherstellen, bevor der Jahresbericht vorgelegt wird. Er kommt erst in den nächsten Wochen.

Die Landesregierung und die Regierungsfraktionen haben zum damaligen Zeitpunkt schon abgewiebelt. Das tun Sie immer noch. Das haben Sie auch heute getan. Herr Mertes hat es mit seinem Beitrag getan. Ich kann nur sagen, wir stehen zu dem gemeinsamen Untersuchungsauftrag. Wir wollen, dass nicht nur die Vorkommnisse geprüft werden, sondern auch über Konsequenzen aus den Ergebnissen beraten wird. Das ist auch ein Punkt, den wir eingebracht haben.

Meine Damen und Herren von der SPD, Ihre Absicht war es, zunächst einmal Missmanagement, rechtswidrige Auftragsvergabe, Rücklagenbildungen zulasten des Landeshaushalts usw. nicht zu beleuchten, sondern weit in die Geschichte zurückzugehen. Da sage ich Ihnen nur, ein Blick in das Gesetz erleichtert die Rechtsfindung. Genau dort sehen Sie die Gründe, die Zusammenhänge und die Grundkonstruktion. Dafür brauche ich weder eine Beweisaufnahme noch Zeugeneinnahmen.

Meine Damen und Herren, bisher werden notwendige Konsequenzen seitens der Landesregierung negiert.

(Glocke des Präsidenten)

In diesem Bermudadreieck Innenministerium - Rechtsaufsicht - Verwaltungsratsvorsitz ist schon einiges verschwunden. Wir glauben, dass dieser Untersuchungsausschuss auch dazu beitragen kann, genau diese Grundstruktur zu verändern. In diesem Sinn sollten wir uns sofort an die Arbeit machen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Kuhn das Wort.

Abg. Kuhn, F.D.P.:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist die F.D.P.-Fraktion sehr zufrieden damit, dass es uns gemeinsam gelungen ist heute Nachmittag einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Das zeugt von einem guten parlamentarischen Stil. Dies ist uns auf der Grundlage des zweiten Antrags der CDU, des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Regierungskoalition gelungen. Der erste Antrag der CDU - das hat sie wohl auch selbst eingesehen, sonst hätte sie nicht den zweiten Antrag formuliert - war in der Tat unsäglich. Insoweit kann ich nur bestätigen, was Herr Mertes gesagt hat. Er ist jetzt vom Tisch. Es ist äußerst positiv, dass wir jetzt zumindest Klarheit haben, dass wir mit einem gemeinsamen Text einen Untersuchungsausschuss auf den Weg bringen.

Das Ziel dieses Untersuchungsausschusses muss es sein, wenige Wochen vor der Wahl konstruktiv die Strukturen zu durchleuchten. Ausgangspunkt ist der Bericht des Rechnungshofs. Auf dieser Grundlage sind die Strukturen zu durchleuchten und den Vorwüfen, die formuliert sind, auch nachzugehen.

Die beiden Fraktionen der Regierungskoalition haben ein gemeinsames Interesse daran, dass der Untersuchungsausschuss funktioniert, schnell zu Ergebnissen kommt und die knappe

Zeit ausreichend genutzt wird. Ich möchte mich an dieser Stelle nicht vorab noch einmal bis ins Detail äußern, wie das zum Beispiel von Frau Thomas gemacht worden ist. Das ist ihr gutes Recht. Ich möchte nicht Dinge ansprechen, die selbst Thema des Untersuchungsausschusses sein werden. Das überlassen wir dem Untersuchungsausschuss selbst.

Ich denke, dass das Strukturproblem nun oft genug auch dargelegt worden ist. Das DIZ ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Es hat hoheitliche Aufgaben zu erfüllen und sich gleichzeitig am Markt zu bewegen. Auch Herr Kollege Mertes hat es deutlich gemacht: Wir sind uns als Regierungsfraktionen auch einig. Wir müssen über neue Strukturen nachdenken. Der Untersuchungsausschuss wird - wir hoffen, dass auch konstruktiv gearbeitet wird - einen Beitrag dazu leisten, dass wir einen vertieften Einblick in diese Strukturen mit dem Ziel bekommen, nach den Wahlen - in den wenigen Wochen vor den Wahlen geht es nicht - so schnell wie möglich eine sinnvolle Struktur zu schaffen.

Es ist doch so, dass sich in den letzten Jahren auch der IT-Markt rasant entwickelt hat. Es ist nicht nur so, dass hier eine Altstruktur mit Schwächen existiert. Es ist auch so, dass sich das gesamte Umfeld verändert hat. Auch das wird eine Rolle spielen, wenn wir über eine solche Institution neu nachdenken.

Liebe Frau Thomas, dann bitte noch eine Korrektur. Wir sollten aufpassen, dass wir jetzt nicht im Untersuchungsausschuss ähnlich unvorsichtig formulieren. Sie hatten formuliert, es würde gegen Mitarbeiter wegen Korruption ermittelt.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das habe ich nicht gesagt!)

- Das haben Sie gesagt. Das haben Sie wortwörtlich gesagt. Das wird auch aus dem Protokoll deutlich. Wenn Sie sich davon distanzieren, dann ist das gut, Frau Thomas. Es ist nämlich falsch. Frau Thomas, es ist falsch.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Lesen Sie nach im Protokoll! Das habe ich so nicht gesagt!)

Es wird nicht wegen Korruption ermittelt.

(Zuruf der Abg. Frau Thomas,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ich weiß nicht, wer es noch gehört hat. Wir werden es im Protokoll sehen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Lesen Sie es nach! Hören Sie auf damit!)

Es ist allgemein so herübergekommen. Es gibt eine ganze Reihe von Zeugen.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Dann hören Sie zu!)

- Liebe Frau Thomas, streiten wir uns nicht. Wir schauen ins Protokoll. Es gibt mehrere, nicht ich allein habe Sie so vernommen. Es ist in Ordnung, wenn Sie sich davon distanzieren.

(Frau Thomas, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, das tue ich nicht! Ich weise Sie zurecht, weil Sie mich falsch zitiert!)

- Das muss jetzt geklärt werden. Da haben wir eine unterschiedliche Auffassung. Bei nächster Gelegenheit können wir dazu noch einmal Stellung nehmen. Es wird nicht wegen Korruption ermittelt; sondern wegen Untreue. Das ist mit Sicherheit auch nicht schön. Das ist ganz klar, aber man sollte die Dinge doch ein bisschen auseinander halten.

Noch einmal zusammenfassend: Wir erhoffen uns von dem Untersuchungsausschuss weitere Erkenntnisse im Hinblick auf die Struktur des DIZ. Wir wollen konstruktiv als F.D.P.-Fraktion und auch als SPD-Fraktion mit dem Ziel mitarbeiten, so schnell wie möglich aus diesen Erkenntnissen heraus zu Überlegungen zu kommen, wie die Strukturen sinnvoll geändert werden.

(Beifall der F.D.P. und bei der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Herr Kollege Dr. Weiland, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will ganz kurz auf die Kritik eingehen, die an unserem Ursprungsantrag geübt wurde. Die darin enthaltenen Feststellungen finden sich allesamt in den Prüfungsfeststellungen des Rechnungshofs. Insofern hat in diesem Antrag der Antragsteller nicht eine einzige Feststellung vorgenommen, die nicht vorher schon vom Rechnungshof in seinem Bericht gestanden hätte. Insofern weise ich diese Vorwürfe zurück, weil sie sachlich nicht gerechtfertigt sind.

(Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt ist Herr Mertes leider nicht anwesend - er wird gute Gründe haben, nicht hier zu sein - ich möchte aber etwas zu dem sagen, was er glaubte, vorhin hier bieten zu müssen. Anlass für das, was er hier vorgetragen hat - ich drücke mich zurückhaltend aus - war die Frage, in welchem Umfang bzw. ob und in welchem Umfang Ministerpräsident Kurt Beck Kenntnis von beanstandeten Missständen hatte, sie förderte oder duldet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann an einer solchen Frage weder etwas ethisch fragwürdiges noch etwas moralisch Anstößiges, noch etwas parlamentarisch Bedenkliches finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir ist auch nicht bekannt, dass es für die Beurteilung parlamentarischer Debatten schon den Tatbestand der Majestätsbeleidigung gibt.

(Starker Beifall der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Ministerpräsident muss sich Fragen gefallen lassen,

(Pörksen, SPD: Fragen!)

erst recht dann, wenn Vertreter der Landesregierung im Ausschuss deutlich ausführen, dass sie im Auftrag der Landesregierung gehandelt haben, etwa bei der Auftragsvergabe an Herrn Olschewski.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Ministerpräsident dieses Landes muss sich im Parlament auch dann Fragen gefallen lassen, wenn ein Vertreter der Landesregierung im Ausschuss mehr oder weniger beiläufig erklärt, selbstverständlich hat Herr Olschewski auch den Herrn Ministerpräsidenten beraten. Das ist weder ethisch fragwürdig noch moralisch anstößig, sondern solche Fragen zu stellen, ist schlicht und ergreifend Aufgabe und Pflicht der Opposition.

(Starker Beifall der CDU)

Vizepräsident Schuler:

Zur einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Bruch das Wort.

Abg. Bruch, SPD:

Herr Präsident, vielen Dank! Ich ergreife das Instrument der Kurzintervention, weil die Zeit für die SPD-Fraktion abgelaufen ist:

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

- Meine Damen und Herren, ich gönne Ihnen jeden billigen Triumph.

Ich wollte allerdings ernsthaft reden, nicht mehr zum Inhalt, weil dazu schon gesprochen wurde, sondern ein Wort zu dem letzten Beitrag sagen. Herr Abgeordneter, es fehlt das einfache Wörtchen „ob“. Dann wäre es in Ordnung gewesen.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Ich will zwei Bemerkungen machen, weil ich dazu aufgefordert wurde, eine Erklärung abzugeben, und zwar zum Verfahren. Nun ist die Erklärung von dem angefordert worden, der sie angeboten hat. Ich habe diese für die Fraktionen der SPD und F.D.P. in den Gesprächen angeboten. Deswegen kann ich dies tun.

Wir werden so verfahren, dass wir in der ersten Sitzung über die Gründung reden werden. Wenn es Aufträge gibt, werden wir diese verteilen. Wenn es notwendig ist, werden wir wieder darüber reden. Ansonsten haben wir kein Interesse daran, die Sache weit hinaus oder überhaupt zu verzögern.

Zum Ablauf: Herr Abgeordneter, ich nehme gern entgegen, dass Sie mit dem Ablauf insoweit einverstanden sind, dass wir mit der Einsetzung des Ausschusses abwarten, bis die Landesregierung den Beauftragten ernannt hat, weil an diesen Aufträge zum Akteneinholen und Ähnliches mehr gegeben werden müssen. Nun ist bekannt, dass die Landesregierung nächste Woche keine Kabinettssitzung durchführt. Der Ministerpräsident war damit einverstanden bzw. hat vorgeschlagen, ein etwas unübliches Verfahren zu wählen, damit auch dies nicht als eine Verzögerung dargestellt wird, nämlich im Umlaufverfahren diesen zu benennen. Ich bitte, dass wir danach, so etwa Mittwoch oder Donnerstag, über die Terminierung reden können.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, Ihre Aufregung und Ihre Hinweise waren relativ unnötig. Es war ein Angebot von uns.

(Beifall der SPD und der F.D.P.)

Vizepräsident Schuler:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Bischel das Wort.

Abg. Bischel, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach den versöhnlichen Formulierungen des Kollegen Bruch will ich auch keinen schärferen Ton anschlagen. Ich bin aber doch der Auffassung, dass es dringend notwendig ist, noch einmal auf die Rede des Kollegen Mertes einzugehen.

Meine Damen und Herren, diese Rede war der eindeutige Versuch, noch einmal nach den gesamten Ausschussberatungen, die bereits durchgeführt wurden, die Versäumnisse, die Fehler und die Fehlhandlungen, die durch den Bericht des Rechnungshofs in aller Öffentlichkeit dargestellt und festgestellt worden sind, in einem anderen Licht erscheinen zu lassen, nämlich in dem Licht, dass an der Sache nach Möglichkeit überhaupt nichts dran ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich selbst habe in den Ausschussberatungen dem Herrn Staatssekretär sinngemäß

mäß gesagt, es zeugt von wenig Souveränität einer Regierung, wenn sie sich so verhält, wie sie sich in diesen Debatten verhalten hat. Sie hat nämlich nicht dazu beigetragen, die Fragen der Abgeordneten umfänglich, genau und präzise zu beantworten. Es gab immer Ausflüchte. Es ist fast in jeder Debatte fünfmal das Gleiche wiederholt worden.

Meine Damen und Herren, es war klar erkennbar, dass es nur möglich ist, diese Versäumnisse und Fehler parlamentarisch im Rahmen eines Untersuchungsausschusses aufzuklären. Jetzt kommt Herr Mertes und zieht wieder diese Schau hier ab, spricht von Menschlichkeit

(Kramer, CDU: Diffamiert!)

diffamiert in einer Art und Weise und in einem Stil, wie man ihn von der SPD seit drei Jahren in diesem Hause und darüber hinaus gewohnt ist.

Meine Damen und Herren, es ist doch eindeutig hier im Landtag und darüber hinaus auch in den Pressemeldungen der SPD-Fraktion dokumentiert, dass die SPD seit drei Jahren ein unverschämtes Kesseltreiben gegen unseren Fraktionsvorsitzenden fährt.

(Beifall der CDU -
Mertes, SPD: Der hat damit
angefangen!)

Meine Damen und Herren, das ist eindeutig. Heute ist der Versuch wieder unternommen worden.

(Zuruf des Abg. Mertes, SPD)

Ich erinnere nur einmal an die Debatte, die der Kollege Redmer damals über die so genannte CTT-Angelegenheit geführt hat, in der er nicht ein einziges Wort zu CTT sagte und in der gesamten Aktuellen Stunde nur unseren Fraktionsvorsitzenden angegriffen hat. Das ist alles Ausdruck dessen, was die SPD tatsächlich bewegt. Sie will unseren Fraktionsvorsitzenden in der Öffentlichkeit herabsetzen, will ihn madig machen.

(Unruhe im Hause)

Wenn dann eine normale Frage im parlamentarischen Geschäft an den hochverehrten Ministerpräsidenten gestellt wird - Kollege Dr. Weiland hat schon die Formulierung gebraucht -, dann wird es so dargestellt, als wenn er persönlich angegriffen werden sollte und es schon eine Majestätsbeleidigung wäre, überhaupt Fragen zu stellen.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, wir befinden uns nicht im Zeitalter des Absolutismus. Wir leben in der Demokratie. Wir haben als Parlament Aufgaben, auch die der Aufklärung von Fehlern und Versäumnissen innerhalb des Regierungsbereichs. Das ist unsere Funktion.

Herr Kollege Mertes, wir haben die herzliche Bitte an Sie - um dies zurückhaltend zu formulieren -, Sie sollten einmal überlegen, ob Sie diesen Stil, den Sie heute wieder und letzte Woche im Haushalt- und Finanzausschuss angewandt haben, in Zukunft fortsetzen wollen.

(Mertes, SPD: Das ist euer Papier! Ihr
habt es unterschrieben!)

Wenn das so ist, tragen Sie wesentlich zur Vergiftung des Klimas im rheinland-pfälzischen Landtag bei.

(Beifall der CDU -
Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Schuler:

Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 13/6722 -. Es handelt sich um die „Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Daten- und Informationszentrum Rheinland-Pfalz“. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Meine Damen und Herren, damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Wir wählen heute auch noch den Vorsitzenden. Es ist Kollege Schneiders vorgeschlagen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Damit ist Abgeordneter Schneiders einstimmig zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt.

Wir kommen zur Wahl des Vertreters. Vorgeschlagen ist Kollege Pörksen. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! - Damit ist Abgeordneter Pörksen einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses gewählt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich darf Sie herzlich zur 126. Plenarsitzung morgen früh um 9.30 Uhr einladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 19.17 Uhr.